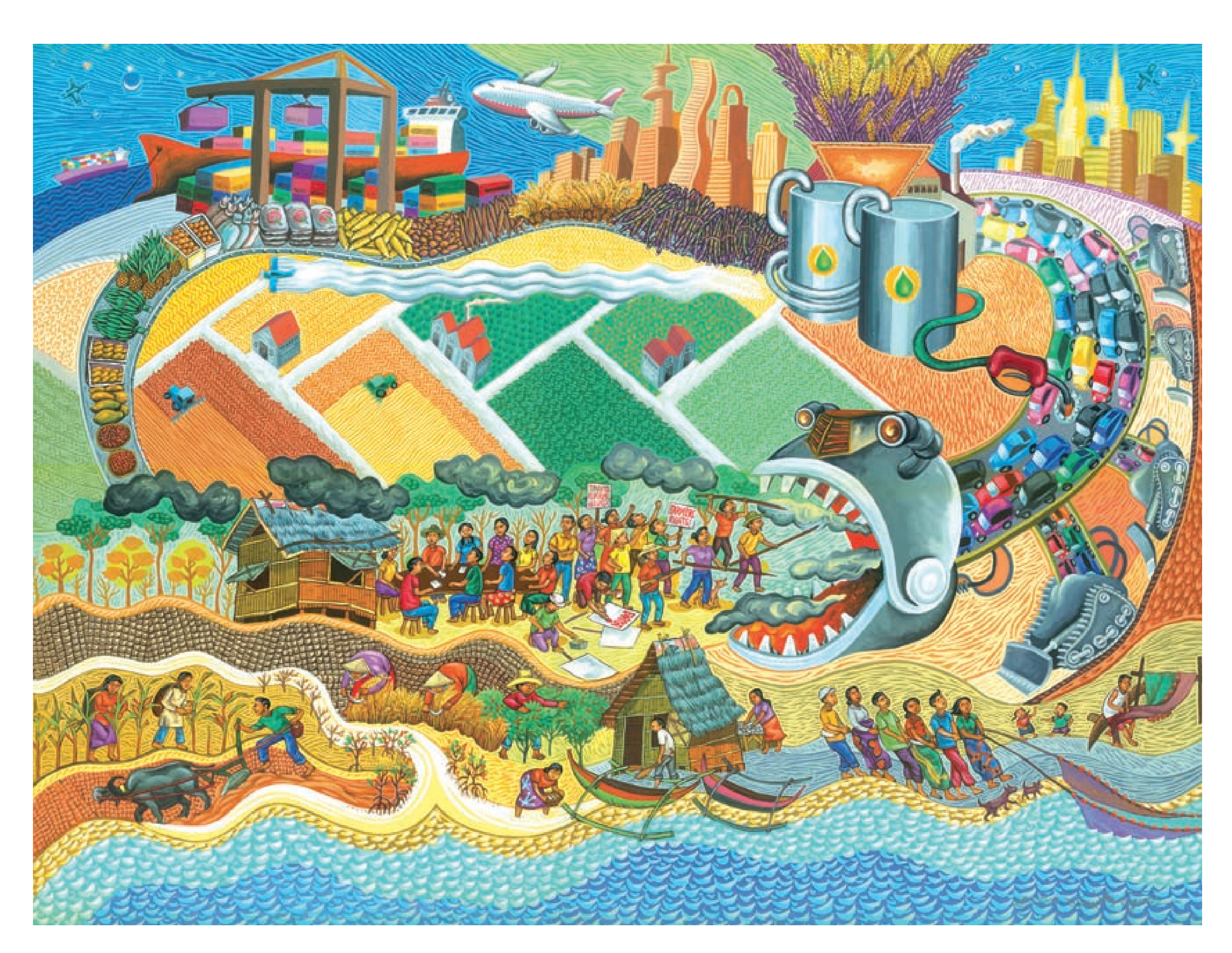


LUXEMBURG 1

GESELLSCHAFTSANALYSE UND LINKE PRAXIS 2018

ERST KOMMT DAS FRESSEN PHILIP MCMICHAEL | STEPHANIE WILD | CHRISTA WICHTERICH | KALYANI MENON-SEN | KIRSTEN TACKMANN | SATURNINO M. BORRAS | LINDA REHMER | BENJAMIN LUIG | STEFFEN KÜHNE | ULRICH BRAND | MARKUS WISSEN | RHONDA KOCH U.A.



Boy Dominguez: »Bio Fuels«. Die Gemälde des philippinischen Künstlers und Aktivisten erscheinen regelmäßig im *Journal of Peasant Studies*, das von Saturnino M. Borras herausgegeben wird. Das Bild greift Motive des von Borras beschriebenen »Agrarpopulismus von Links« auf (siehe S. 46 im Heft).

ERST KOMMT DAS FRESSEN

*»Und wenn
ein Leben mehr ist
als nur Arbeit,
Schweiß und Bauch,
wollen wir mehr:
gebt uns das Brot, doch
gebt uns die Rosen auch.«*

James Oppenheim, 1911

*»Der erste, der ein Stück Land eingezäunt hatte und
es sich einfallen ließ zu sagen: ›Dies ist mein‹ und der Leute fand,
die einfältig genug waren, ihm zu glauben,
war der wahre Gründer der bürgerlichen Gesellschaft.
Wie viele Verbrechen, Kriege, Morde,
wie viel Not und Elend und wie viele Schrecken
hätte derjenige dem Menschengeschlecht erspart,
der die Pfähle herausgerissen, den Graben zugeschüttet
und seinen Mitmenschen zugerufen hätte:
›Hütet euch, auf diesen Betrüger zu hören; ihr seid verloren,
wenn ihr vergesst, dass die Früchte allen gehören
und die Erde niemandem.‹«*

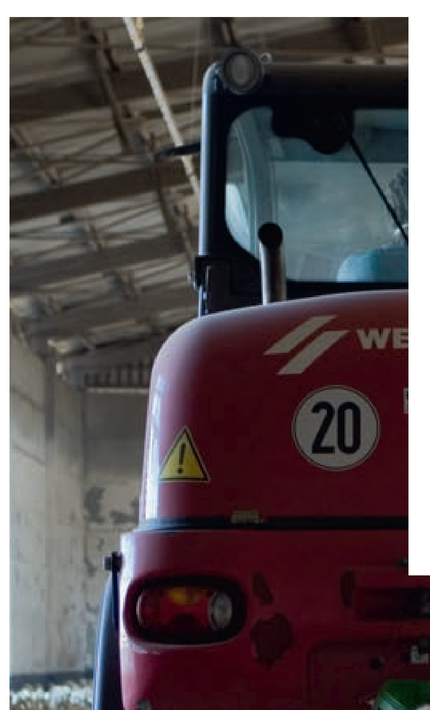
Jean-Jacques Rousseau, 1755

SCHWERPUNKT: ERST KOMMT DAS FRESSEN



EDITORIAL

Wie und was wir essen, wird oft als moralische Entscheidung oder persönliche Geschmacksfrage verhandelt. Wer keine Lust auf die individuelle Suche nach dem richtigen Essen im falschen System hat, schiebt die Frage gern beiseite, gerade als Linke*r. Doch wirkliche gesellschaftliche Veränderung geht nicht ohne eine Revolution unseres Essens. Die Krisen und Verwerfungen des globalen Kapitalismus sind eng mit den Umbrüchen eines von Konzernen dominierten Ernährungssystems verknüpft.
So ist rund ein Drittel der erwerbsfähigen Weltbevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Die neuen Landnahmen und die Marktmacht der Lebensmittelindustrie zerstören natürliche Ressourcen und lokale Versorgungssysteme auf der ganzen Welt. Abgehängte ländliche Räume bieten auch autoritären populistischen Bewegungen einen Boden, die »traditionelle« Lebensweisen verteidigen wollen.
Es zeigt sich: Das globale Ernährungssystem scheitert nicht nur an dem Anspruch, die Welt satt zu machen. Es schafft auch neue Abhängigkeiten und untergräbt die Selbstbestimmung von Staaten und lokalen Gemeinschaften. Es sind die Bewegungen von Landlosen und Kleinbäuer*innen im globalen Süden, die sich seit Jahrzehnten für »Ernährungssouveränität« stark machen. Für sie ist der Kampf gegen das Ernährungsregime der Konzerne ein Kampf um Demokratie. Auch hierzulande regt sich Widerstand gegen die Nahrungsmittelindustrie, nicht erst seit den »Wir haben es satt«-Demonstrationen. Wie lässt sich diese Kritik von links aufgreifen und zuspitzen?
LuXemburg 1/2018 fragt danach, was »Ernährungssouveränität« für ein linkes Transformationsprojekt leisten kann. Wie sehen Alternativen zu einem Markt des Fressens und Gefressenwerdens auch jenseits von Nischen aus? Wie geht »bio für alle« und wer kämpft dafür? Wie wird eine Bewegung für gutes Essen auch zur Bewegung für gute Produktions- und Arbeitsbedingungen? Wie lassen sich Verbraucher*innen politisieren und was können wir von globalen Bewegungen für Ernährungssouveränität lernen?





20



Blühende Landwirtschaften

Andere Felder





Nelson Mandela, Aufnahme aus dem Apartheid-museum in Johannisburg. Foto: Jauretsi/flickr ⓒⓘ

EIN JAHRHUNDERT MANDELA
DIE PERSON HINTER DEM MYTHOS
FILMREIHE, DISKUSSIONEN, AUSSTELLUNG MAI UND JUNI 2018 IN BERLIN

Am 18. Juli 2018 wäre Nelson Mandela 100 Jahre alt geworden. Er gilt als Schlüsselfigur der Antiapartheidbewegung in Südafrika. Als Anwalt engagierte er sich in friedlichen Protesten; gleichzeitig war er einer der Initiatoren des militärischen Flügels des ANC. Er verbrachte einen Großteil seines Lebens in Haft, wurde später Präsident des befreiten Südafrika und trat international als großer Staatsmann auf, bevor er sich aus der Politik zurückzog. Mit seiner Politik der Versöhnung prägte er den Übergang zu einem demokratischen Südafrika, schien sich mit seinen ökonomischen Reformen aber von seinen früheren progressiven Idealen verabschiedet zu haben. Daher rührt die Kritik, er habe lediglich für kurze Zeit eine Gesellschaft einen, aber keine Nation erschaffen können.

Dennoch: Mandela wurde zu Lebzeiten eine Ikone. So gut wie jede*r kennt Fotos von ihm. Wer zum Mythos aufgebaut wird, hat es schwer, alle Erwartungen zu erfüllen, oder wird unkritisch heroisiert. Je nach Erfahrungshintergrund variieren die Sichtweisen: Die sogenannte Born-Free-Generation, die Akteur*innen der internationalen Solidaritätsarbeit oder die Generation, die unter der Apartheid litt oder von ihr profitierte – sie alle erinnern auf ihre Art an Mandela.
Dieses Spannungsfeld wird in Diskussionen, einer Filmreihe und einer Ausstellung ausgelotet, die die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit Partner*innen organisiert. Es werden Gäste aus der Diaspora, aus Südafrika und Deutschland teilnehmen.
Filmreihe und Diskussionen jeden Donnerstag vom 17. Mai bis zum 14. Juni 2018
Ausstellung ab 19. Juni 2018

Andreas Bohne

Mehr Infos: www.rosalux.de/stiftung/zid/afrika



KABARETT UND COMEDY
FEST DER LINKEN
23. JUNI 2018 IN BERLIN

»Trotz schwerer Verhältnisse, guter Humor«, schrieb Marx einst. Der Weltlage zum Trotz darf am 23. Juni beim Fest der Linken in Berlin viel gelacht werden. Schnipo Schranke bringen musikalisch die Peinlichkeiten des Lebens und viel Wahrheit zu Gehör. Aus dem politisch ungemütlichen Wien kommt Stefanie Sargnagel, Ingeborg-Bachmann-Publikumspreisträgerin und Lieblingsfeindin rechter Hasskommentatoren. Mit Stand up-Comedian Jilet Ayşe betritt eine waschechte Kreuzbergerin die Bühne, Youtuber Firas Alshater (»Zukar«) ist ein humorvoller Kommentator seiner neuen Heimat. Marco Tschirpke sowie Inge Borg und Gisela Sommer (SO36) mit ihrem Bingo garantieren ausgelassene Stimmung. Und wenn Bewegungsdrang aufkommt, übernehmen »Banda Internationale« aus Dresden.

Mehr Infos: www.fest-der-linken.de

ÜBER:MORGEN. EINE WELT ZU GEWINNEN
14.–15. SEPTEMBER IN BERLIN

Was ist in Zeiten der globalen Rechtsverschiebung das linke Versprechen einer besseren Zukunft? Wie sieht ein »Sozialismus 2.0« aus und wie können wir ihn gewinnen? Diese Fragen stehen im Zentrum der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung organisierten zweitägigen Veranstaltung. Sie bringt Theorie und Debatte, Kultur und Politik zusammen und diskutiert konkrete Projekte linker Politik: Vom Pflegeaufstand zu Willkommensstädten, von Neuer Klassenpolitik und linkem Feminismus zu Infrastruktursozialismus.

Mit Diane Abbott, Dietmar Bartsch, Klaus Dörre, Katja Kipping, Volker Lösch, David McNally, Laura Perez, Bernd Riexinger, Ulrich Schneider, Nick Srnicek, Keeanga-Yamahtta Taylor, Hilary Wainwright, Winnie Wong und vielen mehr.

Mehr Infos und ein erstes Programm in Kürze unter www.rosalux.de/uebermorgen

---

AUFBRUCH UND ERINNERUNG
ERÖFFNUNG DES REGIONALBÜROS
4. JUNI 2018 IN PRAG

Während in Ungarn die demokratischen Spielräume schwinden, entstehen in Tschechien und der Slowakei trotz einer Rechtsverschiebung auch neue linksgerichtete Akteure. Im Juni wird die Rosa-Luxemburg-Stiftung ein neues Auslandsbüro in Prag eröffnen, das die politische Arbeit in dieser Region stärken soll. Es ist nach dem Büro Warschau das zweite in den sogenannten Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei. Joanna Gwiazdecka hat das Büro mit aufgebaut und wird Leiterin des Hauses werden. Neben der Zusammenarbeit mit linken Partnern vor Ort hat es einen Schwerpunkt in der Geschichtsarbeit und ihrer Bedeutung für aktuelle politische Prozesse. Zur Eröffnung am 4. Juni sind Gregor Gysi sowie regionale Akteur*innen eingeladen. Dabei soll es auch um die Erinnerung an den Prager Frühling gehen, der sich zum 50. Mal jährt und wie kaum ein anderes Ereignis Hoffnungen und Enttäuschungen eines demokratischen Sozialismus in Europa verkörpert.

Mehr Infos: www.rosalux.de/stiftung/zid/europa/tschechien-slowakei-ungarn

UNSER TÄGLICHES BROT

HENK WILDSCHUT



Torsius hat drei Scheunen mit insgesamt 120 000 Legehennen. Neben den Standard-Freilandvögeln verfügt die Brüterei über weitere 5 700 Bio-Legehennen. Die Scheunen werden mit speziellen hochfrequenten Lichtbändern beleuchtet, damit die Hühner ruhig bleiben. Torsius produziert jeden Tag ungefähr 100 000 Eier und zählt damit zu den wichtigsten Brütereien.

Kaum ein Thema polarisiert so stark wie das der industriellen Nahrungsproduktion. Gleichzeitig ist das Wissen darum, wo und wie unser tägliches Essen hergestellt wird, meist gering. Der Fotograf Henk Wildschut ging dem Thema zwei Jahre lang in den Niederlanden mit seiner Kamera nach und suchte die ›Hotspots‹ der Lebensmittelindustrie auf: die großen Mastanlagen, Samenbanken und Gemüsefabriken, deren Hallen 40 Hektar messen. Seine eindrucksvollen Arbeiten, von denen wir hier einige Bilder zeigen, waren in einer Ausstellung des Rijksmuseum in Amsterdam zu sehen. www.henkwildschut.com



Wachstum. Auf einem 40 Hektar großen Gelände baut der Paprika-Produzent De Wieringermeer rote, gelbe und grüne Paprika an. Die Pflanzen wachsen zwischen fünf und zehn Zentimetern pro Woche. Das rot-weiße Farbband markiert eine Fläche von einem Hektar.

IM BAUCH DER BESTIE

WIDERSPRÜCHE DES GLOBALEN ERNÄHRUNGSREGIMES

PHILIP MCMICHAEL

DIE DREI PHASEN DES ERNÄHRUNGSREGIMES

Die Geschichte der Globalisierung der Landwirtschaft weist verschiedene Perioden auf. Sie lässt sich weder von Industrialisierungsprozessen noch von geopolitischen Kämpfen um Hegemonie trennen. Etwa Ende des 19. Jahrhunderts entstand das, was man einen »echten Weltmarkt« nennen kann. Das heißt, die Produktion und die Zirkulation von Nahrungsmitteln waren in großen Teilen der Welt von jeweils einheitlichen Weltmarktpreisen wesentlich beeinflusst. Insgesamt lassen sich drei Phasen von Ernährungsregimen, das heißt stabilen geopolitischen Ordnungen, unterscheiden: eine britisch dominierte (1870er Jahre bis 1914), eine von den USA beherrschte (1940er bis 1970er Jahre) und eine neoliberale Phase (1980er Jahre bis heute), die von der finanzwirtschaftlichen, neoliberalen Hegemonie der Konzerne gekennzeichnet ist.

Im britisch dominierten imperialen Ernährungsregime wurden neben klassischen Kolonialwaren auch Getreide und Vieh aus der Neuen Welt in die hungrige englische Exportindustrie importiert. Nach der Aufhebung der protektionistischen Korngesetze wurde die Produktion der Grundnahrungsmittel zum Ende des 19.Jahrhunderts in die Siedlerkolonien ausgelagert, um die Arbeiterklasse in Europa mit billigen Lebensmitteln zu versorgen und die Lohnkosten zu senken. Die Weizen- und Maisproduktion in den USA verdreifachte sich nahezu – ebenso wie die Zahl der Farmbetriebe – und es entstand ein einheitlicher Weltmarktpreis für Weizen.

Zugleich wurde die auf Expansion drängende Landwirtschaft zur Basis der neuen Siedlerstaaten. Mit dem Aufstieg der USA und dem Bedeutungsverlust Großbritanniens in der Zwischenkriegszeit der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts veränderten sich auch die Parameter der globalen Landwirtschaft. Die durch integrierte

Farm- und Manufaktur-»Sektoren« geprägte Volkswirtschaft nach Vorbild der USA wurde zum idealtypischen Modell der kapitalistischen Entwicklung; ein Modell, das ab Mitte des 20. Jahrhunderts unter US-amerikanischer Hegemonie als Entwicklungsprojekt exportiert wurde und das »Nation Building« im Nachkriegseuropa und den postkolonialen Staaten im globalen Süden anleitete – durch Wirtschafts-, Militär- und vor allem Nahrungsmittelhilfe. Ermöglicht wurde es durch Antirezessionsprogramme zur Preisstabilisierung, die auf die Produktion von Exportüberschüssen an Getreide setzten. Die industrielle Form der Lebensmittelverarbeitung heizte die Kapitalakkumulation an. Es entstanden transnationale Wertschöpfungsketten, ermöglicht durch die Investitionen multinationaler Konzerne und durch Offshore-Banking. Dies führte in den 1970er Jahren zur Deregulierung der Finanzmärkte und zum neoliberalen »Globalisierungsprojekt«, das die Staaten zunehmend in den Dienst des Weltmarkts und der Kapitalmobilität stellte.

PHILIP MCMICHAEL, Soziologe und Professor an der Cornell University in Ithaca, New York, ist einer der versiertesten und renommiertesten Kritiker der heutigen globalen Ernährungspolitik. Der Wandel der Ernährungsregime ist für ihn ein zentrales Moment kapitalistischer Modernisierung und Globalisierung. Neben seinen umfangreichen Veröffentlichungen hat er mit zahlreichen Organisationen und Bewegungen, insbesondere mit La Via Campesina, zusammengearbeitet.

Die Abfolge der Ernährungsregime spiegelt diese Veränderungen wider: Das britisch dominierte Ernährungsregime förderte billige Weizen- und Fleischexporte aus der Neuen Welt (Nord- und Südamerika, Australasien), um die Industrialisierung der Metropole zu sichern. Im US-zentrierten Ernährungsregime waren es die Überschüsse der Food-Aid-Programme, die während des Kalten Krieges die Industrialisierung in strategisch wichtigen Dritte-Welt-Ländern fördern sollten. Das darauffolgende konzerndominierte Ernährungsregime schließlich hat den Export von Überschüssen aus den USA und inzwischen auch aus der EU in den globalen Süden verstärkt, befördert durch die Liberalisierung des Welthandels. Zugleich sanken die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel zum Ende des Jahrhunderts auf ein historisches Tief. Mit der Finanzialisierung ging die Ausbreitung der exportorientierten Landwirtschaft einher. Die Folgen waren die Verdrängung von Kleinproduzent*innen und die zunehmende Konzentration des Agrobusiness.

Das konzerndominierte Ernährungsregime begann in den 1980er Jahren mit den Strukturanpassungsprogrammen von IWF und Weltbank, die die Länder des globalen Südens zum Abbau von Schutzzöllen und zur Ausweitung von Agrarexporten zwangen. In den 1990er Jahren führten multilaterale Handelsabkommen zur Liberalisierung von Agrarhandel und Agrarinvestitionen. Die von der WTO betriebene Förderung des transnationalen Agrobusiness wurde von neoliberaler Seite damit begründet, dass sich nur damit Ernährungssicherheit herstellen und





Die Hühnerfarm des Unternehmers Peter Stroo fasst 160 000 Hühner, die auf drei Häuser verteilt sind. Anstelle von Eintagsküken bekommt Stroo vorgebrütete Eier geliefert, sodass die Küken im Modul schlüpfen. Nach drei Wochen werden die dann 700 Gramm schweren Küken über Förderbänder zum »Erdgeschoss« transportiert, wo sie innerhalb der nächsten drei Wochen auf 2,5 Kilo anwachsen. Nach jedem Zyklus werden die zwei Ebenen gewaschen und desinfiziert.

»die Welt satt kriegen« ließe. Die US- und EU-Subventionen führten auf den Weltmärkten zu Dumpingpreisen, mit denen die nun schutzlosen Bäuer*innen des Südens nicht mithalten konnten. Im globalen Süden expandierten riesige Plantagen für den Export von hochwertigem Obst, Gemüse und Meeresfrüchten für die Konsument*innen im Norden. Diese globale landwirtschaftliche Arbeitsteilung hat die Ernährungsabhängigkeit des Südens vertieft und bäuerliche Landwirtschaft weltweit zurückgedrängt. Auf diese Weise hat die Neuordnung der Ernährungsregime im letzten Jahrhundert lokale Ernährungssysteme schrittweise eingehegt und verdrängt: von der Enteignung indigenen Landes und der Aneignung von Rohstoffen über den Einsatz von Nahrungsmittelhilfen und den Technologien der Grünen Revolution bis hin zur Globalisierung der Exportlandwirtschaft und der damit verbundenen Enteignung von Kleinbäuer*innen.

Diese drei Momente entsprechen den drei Phasen des Ernährungsregimes. Die Widersprüche, Krisen und Umbrüche eines Regimes prägen die Strukturen des nachfolgenden. Vereinfacht gesagt wurde in der ersten Phase Europa durch Kommerzialisierung und Expansion in der Neuen Welt mit billiger Nahrung versorgt. In der zweiten Phase versorgte diese Billignahrung über das US-Food-Aid-Programm den »wirtschaftlichen Nationalismus« bestimmter Dritte-Welt-Staaten. Europas Übernahme des US-amerikanischen Agrobusiness-Modells führte zur Globalisierung des Grundnahrungsmittelexports, die die heutige dritte Phase prägt und in Freihandelsabkommen festgeschrieben ist.

DIE NEUORDNUNG DES KONZERNGETRIEBENEN ERNÄHRUNGSREGIMES

Die Einhegung von Land ist eine Konstante kapitalistischer Entwicklung. Im 20. Jahrhundert hat sie jedoch eine neue Qualität erreicht, die auch das konzerngetriebene Ernährungsregime umstrukturiert. Die jüngeren *land grabs* sind durch die Finanzialisierung ermöglicht und angetrieben worden (vgl. hierzu do Ventre in diesem Heft).

Zugleich nahm die Landnahme durch Staatsfonds und Staatsunternehmen zu: Einige von Nahrungs- und Ölimporten besonders abhängige Länder setzten aus Sorge über drohende Versorgungskrisen und Hungerrevolten auf einen neuen »Agrosicherheitsmerkantilismus« (McMichael 2013). Mit Land Grabbing im Ausland soll die Ernährung der eigenen Bevölkerung gesichert werden – was gegen das WTO-Prinzip des »freien Marktzugangs« verstößt, auf dem das konzerndominierte Ernährungsregime beruht. Die staatlich betriebene Landnahme scheint ein Phänomen »nachholender Entwicklung« zu sein. Während die Staaten im globalen Norden über die Marktmacht ihrer Konzerne die Lieferketten kontrollieren und damit indirekt auf natürliche Ressourcen zugreifen (die französische Handelskette Carrefour hat zum Beispiel 15 600 Niederlassungen in 34 Ländern),

greifen Staaten in Asien, im Mittleren Osten und in Nordafrika mit Staatsfonds und Staatsbetrieben selbst auf auswärtiges Land zu.

Hierdurch wurde der institutionelle Rahmen des gegenwärtigen Ernährungsregimes merklich angegriffen. Mittlerweile haben sich im Agrarsektor neue Exportmächte herausgebildet (Brasilien, Argentinien, Chile, Südostasien, Südafrika, Ukraine), die das Machtkartell Europas und der USA herausfordern und eine multizentrische Welternährungsordnung erschaffen. Vermutlich in Reaktion darauf initiierten die G8-Staaten die New Alliance for Food Security and Nutrition (NAFSN) – bestehend aus der Afrikanischen Union, über 100 Unternehmen (z. B. Monsanto, Cargill, Dupont, Syngenta, Nestlé, Unilever) und verschiedenen afrikanischen Staaten. Zu den Governance-Mechanismen der NAFSN gehört, dass sich afrikanische Staaten dazu verpflichten müssen, den Zugriff der Nahrungsmittelkonzerne auf ihr Agrarland zu erleichtern: durch Datenbanken, Umsiedlungspolitik und die Genehmigung von öffentlich-privaten Partnerschaften.

Dieses Großprojekt ergänzt eine frühere Initiative der Weltbank. Diese hatte beim Welternährungsgipfel 2008 in Rom eingestehen müssen, ein Vierteljahrhundert lang die Interessen von Kleinproduzent*innen vernachlässigt und zur Agrarkrise im globalen Süden beigetragen zu haben. In der Folge zielten die Infrastrukturinvestitionen und Kredite von Staaten und Entwicklungshilfeprogrammen zunehmend darauf, Kleinproduzent*innen in Lieferketten einzubinden. Mit dem offiziellen Ziel, die Produktivität von Kleinbäuer*innen zu steigern, wurde auf dem Welternährungsgipfel 2008 zudem ein Abkommen zur Entwicklung eines kommerziellen Saatgutsektors unterzeichnet. Die Allianz für eine Grüne Revolution in Afrika (AGRA) sollte die Kleinproduzent*innen in kommerzielle Verträge mit einem Netzwerk von Zehntausenden Agrarhändlern zwingen (vgl. Farelly in *LuXemburg Online*).

Dies ist eine Form des *value grabbing*, die die Produktion auf konzernkontrollierte Märkte orientiert, die lokale Nahrungsunsicherheit verstärkt, landwirtschaftliche Kenntnisse monopolisiert, Bäuer*innen proletarisiert und eine Klasse verschuldeter Landwirte schafft, von denen viele ihr Land zur Schuldentilgung abgeben müssen. Dagegen kämpfen Kleinproduzent*innen zunehmend um Autonomie, indem sie in die ökologische Vielfalt ihres Hofs investieren, sich landwirtschaftliches Know-how wieder aneignen und Biodiversität und gesunde Böden erhalten. Dieser Prozess lässt sich als *re-peasantization* (etwa: Wiederverbäuerlichung) bezeichnen. Es handelt sich hierbei um eine Strategie, bei der das »ökologische Kapital« im Zentrum des landwirtschaftlichen Betriebs steht und die Basis für eine alternative »Wertschöpfung« darstellt. Dies lässt sich zunehmend in Europa und Lateinamerika, in Teilen Südasiens und Afrikas, neuerdings aber auch in Nordamerika beobachten.

Diese »Dekommodifizierung« spiegelt die verschärften Widersprüche eines Ernährungsregimes wider, das auf eine »Landwirtschaft ohne Landwirte« setzt. Für die Landwirte, die durch die Konzentrationsprozesse im Agrobusiness in Verschuldung geraten sind und aufgrund des »biophysischen Übergriffs« (Weis 2007) der industriellen Landwirtschaft vor dem ökologischen Kollaps stehen, ist sie eine neue Überlebensstrategie. Hier zeigt sich ein deutlicher Widerspruch innerhalb des Ernährungsregimes, der zugleich die Möglichkeit eröffnet, Landwirtschaft so zu gestalten, dass sie zur Erhaltung und Regeneration des Ökosystems beiträgt.

EINE BÄUERLICHE GEGENMACHT?

Ein weiterer Widerspruch zeigt sich innerhalb der internationalen »bäuerlichen Bewegung«, die sich aus kleinen und mittleren Bäuer*innen, Landlosen, Fischer*innen, Hirt*innen und Sammler*innen zusammensetzt. Es handelt sich um eine vielfältig gespaltene soziale Kraft, in der sich unterschiedliche Klassen-, Geschlechter-, »Race-« und Territorialverhältnisse abbilden. Auf der globalen Ebene wird um gemeinsame Themen und Forderungen dieser sehr unterschiedlichen Interessengruppen gerungen, etwa im UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit.

»Ernährungssouveränität« ist die einende politische Strategie dieser bäuerlichen Bewegungen. Sie markiert den Gegenbegriff zu dem neoliberal geprägten Ziel globaler »Ernährungssicherheit«, das von transnationalen Konzernen 1996 auf dem Welternährungsgipfel in Rom formuliert wurde. Unter dem Namen La Vía Campesina (LVC) gründete sich ein Bündnis bäuerlicher Organisationen, in dem inzwischen über 150 Mitgliedsorganisationen in mehr als 70 Ländern aktiv sind, mit insgesamt über 200 Millionen Kleinproduzent*innen und landlosen Bäuer*innen. Der Bezug auf »Bäuerlichkeit« wird als Provokation eingesetzt und richtet sich gegen die kapitalistische Moderne. Zugleich verweist er auf einen Prozess der Erneuerung und Wiederherstellung autonomer und demokratischer ländlicher Kulturen. Es geht um einen »bäuerlichen Weg«, der auf Kooperation, auf der Verfügungsgewalt über den eigenen Grund und Boden und auf einem verantwortlichen Umgang mit dem Ökosystem basiert (Paul Nicholson, zit. in Gaarde 2017, 33). Dieser Fokus von La Via Campesina, bäuerliche Strukturen zu stärken, geht auf Kosten einer expliziten Klassenpolitik – auch wenn vor Ort und auch innerhalb der UN-Institutionen für die Rechte von Landlosen gekämpft wird. La Via Campesina ist »antikapitalistisch, orientiert sich aber an der Vorstellung von einer neuen Art von Moderne, in der die ›mittlere Bauernschaft‹ im Zentrum steht« (vgl. Edelman/Borras 2016).

In dieser Vision wird ein zentraler Widerspruch des Ernährungsregimes aufgegriffen und als Grundkonflikt zwischen verschiedenen Landwirtschaftsmodellen beschrieben: Der kleinbäuerliche Betrieb gilt heute als unmodern. Allein



Varketing ist ein Zusammenschluss von fünf Unternehmern. Mittlerweile wird hier auf Schweinehaltung in kleinen Gruppen gesetzt, um die Ausbreitung von Krankheiten zu verhindern. Die Gehege für Ferkel von sechs bis 25 Kilo erfüllen die gesetzlichen Anforderungen, die für ein Ferkel eine Fläche von 0,4 m^2 vorsehen.

den industriellen Großbetrieben wird zugetraut, die Weltbevölkerung zu ernähren. Genau diese zerstören jedoch die Ökosysteme, emittieren fast ein Drittel aller Treibhausgase, beuten weltweit Landarbeiter*innen aus, ernähren lediglich die kaufkräftigen Konsument*innen und schädigen die Gesundheit vieler Menschen weltweit. Darum fordern die bäuerlichen Bewegungen eine Landumverteilung und die Stärkung lokaler und ökologisch nachhaltiger Ernährungssysteme, die nicht gegen, sondern mit der Natur arbeiten. Der Aufruf von La Via Campesina (2000), dass »die massive Bewegung von Nahrung um den Globus die zunehmende Bewegung des Volkes erzwingt«, politisiert das vom globalen Norden dominierte ungerechte Freihandelsregime, das durch sein Preisdumping die Anbausysteme im globalen Süden bedroht und die Ernährungsunsicherheit verschärft.

Wie die Enteignungen durch das Ernährungsregime operiert auch der Widerstand von La Via Campesina auf verschiedenen institutionellen und politischen Ebenen: ländlichen und städtischen, lokalen und globalen. Die Aufnahme des Internationalen Planungskomitees für Ernährungssouveränität in den UN-Ausschuss für Welternährungssicherheit über den *civil society mechanism* ist ein bedeutender Schritt. Dadurch wirkt die »Bauernbewegung« in einem Gremium mit, das als einzige UN-Organisation auch Basisinitiativen einbezieht und das Ziel der Ernährungssouveränität thematisiert. Diese Beteiligung auf verschiedenen Ebenen ist ein für soziale Bewegungen einmaliges Modell und zeigt, wie ein flexibler Aktivismus im globalen Maßstab aussehen kann.

Mittlerweile weisen das Konzept und die Bewegungen für »Ernährungssouveränität« über die ursprüngliche Kritik am WTO-Regime hinaus und umfassen vielfältige Ansätze und Praxen: geschachtelte Märkte, die lokale Produzent*innen mit Konsument*innen verbinden und Solidarökonomien schaffen, kleinbäuerliche Netzwerke, die nachhaltige ökologische Landwirtschaft sowie freie Saatgut- und Datenbanken betreiben. Ernährungssouveränität wird bereits heute in den Nischen der formellen Wirtschaft praktisch umgesetzt: in einer Vielzahl lokaler Projekte zur Sicherung und Verbesserung der Ernährung, seien es Gemeinschaftsgärten in der Stadt oder Initiativen von erwerbslosen oder informellen Arbeiter*innen, die »zurück aufs Land« gehen.[1] Diese Initiativen stellen lokale Ernährungssysteme wieder her und fordern eine veränderte staatliche Politik, indem sie etwa auf die Stärkung der territorialen Rechte von indigenen Bevölkerungsgruppen drängen.

Zentral für die bäuerliche Bewegung ist das demokratische Prinzip – sowohl organisatorisch als auch bei der Nahrungsproduktion und -distribution. Im Gegensatz zu liberalen Konzepten, die auf individuellen (Markt-)Rechten beruhen, setzt Ernährungssouveränität kollektive oder Gruppenrechte voraus. Die aktuelle Kampagne für eine UN-Konvention zur Stärkung der Rechte von Bauern soll »nicht

nur für die Einhaltung internationaler Normen sorgen, sondern die Normen selbst verändern« (Edelman/James 2011, 91): vom »Recht auf Nahrung« zum »Recht auf Nahrungsmittelproduktion« (ebd., 85). Um dieses elementarere Recht durchzusetzen, bedarf es eines Kampfes gegen die räuberische Macht des konzerndominierten Ernährungsregimes, der direkten Widerstand einschließt, aber auch politischer Bündnisse, die die Staaten zur Rechenschaft ziehen und sich in globalen Aktionsforen vernetzen. Sie sind das Herzstück dieser bäuerlichen Bewegung.

Zentral für die bäuerliche Bewegung ist ihre Kritik an der Herrschaft des Marktes, die das aktuelle Ernährungsregime auf allen Ebenen bestimmt. Dessen wirtschaftliches Kalkül führt zu einer Preisbildung, die die Macht des Kapitals festigt. Damit werden staatliche Souveränität und die Möglichkeiten einer aktiven Zukunftsgestaltung beschnitten. Dabei geht es nicht nur um Profit, sondern um eine langfristige Kontrolle und letztlich um die Einhegung von Land und Gemeinschaftsgütern. Es sind diese Machtverhältnisse, ihre Fetischisierung und ihre Folgen, gegen die sich die Bewegungen richten. Die Kommodifizierung von Land (oder »Ökosystemleistungen«) und eine Technopolitik der Bodennutzung führen zu einer grundlegenden gesellschaftlichen Entfremdung von der Natur. Wir müssen heute die Marx'sche Analyse des Verhältnisses von Kapital und Arbeit erweitern und in die Theorien über Krisen und Widersprüche auch die Naturverhältnisse einbeziehen. Die im wörtlichen Sinne bodenständige bäuerliche Bewegung macht deutlich, dass die kapitalistischen Formen der Einhegung genau jenes Wissen ausschließen, das für die Erhaltung der Gesundheit der Menschen und für das Überleben des Planeten essenziell ist. Damit ist sie eine neue und vordringliche Kraft des Widerstands: Neben einer fundamentalen Kritik am konzerndominierten Ernährungsregime und an dessen Gewaltmonopol zeigt sie einen möglichen Ausweg auf.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

Edelman, Marc/James, Carwil, 2011: Peasants' rights and the UN system. Quixotic struggle?, in: Journal of Peasant Studies 1/2011, 81–108

Edelman, Marc/Borras, Saturnino M., 2016: Political Dynamics of Transnational Agrarian Movements, Halifax

Gaarde, Ingeborg, 2017: Peasants Negotiating a Global Policy Space. La Via Campesina in the Committee on World Food Security, London

La Via Campesina, 2000: Declaration of the International Meeting of the Landless in San Pedro Sula, Honduras

McMichael, Philip, 2013: Land grabbing as security mercantilism in international relations, in: Globalizations 1/2013, 47–64

Weis, Tony, 2007: The Global Food Economy. The Battle for the Future of Farming, London/New York

1 Etwa 40 Prozent der städtischen Bevölkerung in Afrika und bis zu 50 Prozent der städtischen Bevölkerung in Lateinamerika sind eingebunden in Agrikultur in Städten oder am Stadtrand.

DAS RECHT, NEIN ZU SAGEN

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ALS FEMINISTISCHE STRATEGIE UND PRAXIS

CHRISTA WICHTERICH UND KALYANI MENON-SEN

Bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Buenos Aires im vergangenen Jahr erklärten Hunderte Menschenrechtsorganisationen: »Basta ya! WTO: Wir wollen Souveränität.« Besonders brisant war die Ablehnung durch mehr als 160 Frauenrechtsorganisationen vor allem aus dem globalen Süden. Denn ein offizielles Ziel der Konferenz war das wirtschaftliche Empowerment von Frauen durch deren Einbindung in Wertschöpfungsketten, Unternehmertum und Handel. »Pink washing« nennen das die Kritikerinnen, die ihre lokalen Lebensgrundlagen (*livelihoods*) durch die Freihandelsregeln bedroht sehen.

Das Recht, Nein zu sagen, wurde auch auf dem People's Climate Summit formuliert, der parallel zur Klimakonferenz im November 2017 in Bonn stattfand: Nein zu Entwicklungsprojekten,[1] die dem globalen Süden aufoktroyiert werden, regionale Ökonomien und lokale Biosphären zerstören und zudem durch CO_2-Emissionen den Klimawandel befeuern.

Denn nach einer Phase der Skepsis gegenüber Megaprojekten wie Großstaudämmen und der »Grünen Revolution« ist das »Thinking big« zurückgekehrt: Im Zuge des »Marshallplan mit Afrika«, Chinas neuer Seidenstraße und Entwicklungskorridore entstehen transnationale Infrastrukturen und Verflechtungen über die Köpfe und *livelihoods* lokaler Bevölkerungen hinweg, die im globalen Norden als Bekämpfung von »Fluchtursachen« präsentiert werden.

Ein zentrales Paradigma von Entwicklungssouveränität ist Ernährungssouveränität. Sie umfasst zweierlei: zum einen den Widerstand gegen die Hegemonie westlich-kapitalistischer Entwicklungsstrategien, zum anderen Autonomie auf der Ebene der Communities. Dies umfasst die Verfügung über Land, Wasser und Energie, die Unabhängigkeit von genmanipuliertem Saatgut und Agrochemie und von industrieller Verarbeitung und Vermarktung. David gegen Goliath. Small is beautiful.

VON DER WEIBLICHEN LANDWIRTSCHAFT ZUR ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT

Mit dem Konzept der Ernährungssouveränität sind vor Ort unterschiedliche Inhalte und Interessen verknüpft. Seine produktive Basis ist die kleinbäuerliche Landwirtschaft, die in der Agrarökonomie seit den 1970er Jahren mitunter auch »weibliche« Landwirtschaft genannt wird. Sie zielt primär auf regionale Selbstversorgung und nicht auf Export. Frauen sind hier zentral, sie agieren auf Feldern, in Küchengärten und auf lokalen Märkten, wenden traditionelle oder neue Methoden an.

In diesem Modell genießen Frauen nicht nur Wertschätzung, weil sie das Essen auf den Tisch bringen. Sie verfügen über lebenswichtiges Wissen, verwalten und tauschen Saatgut, sammeln wildes Gemüse, können Lebensmittel konservieren. Sie leisten die alltägliche Reproduktionsarbeit für ihre Familien und lokalen Gemeinschaften.

Wo diese Produktionsweise durch monokulturellen, industriellen Cash-Crop-Anbau abgelöst wird, wo Mechanisierung und Agrochemikalien Einzug halten, bekommt die Landwirtschaft ein maskulines Profil. Ebenso, wenn Land zum Privateigentum wird. In der modernen Agrarwirtschaft gelten kapitalistisch dominierte Produktions-, Eigentums- und Marktformen als überlegen. Das bedeutet eine Abwertung von Arbeitsleistung und Wissen der Kleinbäuerinnen und geht mit der Enteignung von Saatgut, Biodiversität, Wasser und Land einher. Deshalb lehnen viele Frauen die Einbindung in Entwicklungsprojekte und transnationale Wertschöpfungsketten ab. Die Marktkräfte nehmen ihnen das Heft aus der Hand und liefern sie neuen, undurchschaubaren Abhängigkeiten aus.

Das Ziel der Ernährungssouveränität bietet eine Alternative zu diesem industriell-

CHRISTA WICHTERICH ist nach Jahren der Lehrtätigkeit an Unis in das freiberufliche Dasein als Soziologin, Publizistin und feministische Aktivistin zurückgekehrt.

KALYANI MENON-SEN ist feministische Aktivistin und Forscherin. Sie beschäftigt sich mit den Auswirkungen von Makropolitiken auf das Leben von Frauen in marginalisierten Communities und ist aktiv in Bewegungen gegen sexistische Gewalt und städtische Verdrängungspolitik in Delhi.

bio-ökonomischen Komplex. Es ist als Handlungsstrategie für Frauen attraktiv, weil es ihre Arbeit – bezahlte und unbezahlte – anerkennt und mehr Gerechtigkeit verspricht. Es ist ein agrarökonomisches und gleichzeitig ein basisdemokratisches und bewegungspolitisches Konzept, das lokale Praktiken und Kämpfe zusammenführt.

EIN GEMEINSAMES »WIR« GEGEN DEN PATRIARCHAL-KAPITALISTISCHEN KOMPLEX

Das Netzwerk La Via Campesina, in dem Kleinbäuer*innen, Viehzüchtende, Fischer*innen, Pastoralist*innen und Landarbeiter*innen organisiert sind, tritt für Ernährungssouveränität ein und setzt auf grenzüberscheitende Solidarität. Da die agrar- und tiermastindustrielle Produktion hochgradig transnational organisiert ist, kooperiert auch La Via Campesina auf allen Kontinenten mit regionalen bäuerlichen Initiativen, Verbraucher*innen, Menschenrechts- und Biolandbauorganisationen sowie mit dem Informations- und Aktionsnetzwerk FIAN, das in 40 Ländern aktiv ist. Im Zentrum stehen diejenigen, die kleinbäuerliche Landwirtschaft betreiben und deren lokales Wissen von modernen Ernährungsregimen ignoriert wird, vor allem Frauen und Indigene. Weil die Bewegung für Ernährungssouveränität von Beginn an feministisch geprägt war, bezeichnen sich die Frauen von La Via Campesina 2013 in ihrem internationalen Manifest selbstbewusst als »Bäuerinnen dieser Welt«. Diese Identität als Kleinbäuerinnen ist für die Frauen politisch-analytisch und strategisch bedeutsam, um die Verwobenheit von patriarchaler und kapitalistischer Herrschaft in den Blick zu rücken. Genau hier liegt das Spezifikum des feministischen Ansatzes der Ernährungssouveränität.

Die Kritik am hegemonialen Ernährungsregime zielt insbesondere auf genmanipuliertes Saatgut, auf Freihandelsabkommen und auf Land Grabbing. Hybrid- und genmanipuliertes Konzernsaatgut ist neben dem Einsatz von Agrargiften, neuen Gentechniken wie GMO 2.0 und molekularbiologischen Methoden ein Strukturelement der wachstums- und profitorientierten Agroindustrie, die das Reproduktive und die damit verbundene Anerkennung von Frauen in kleinbäuerlichen Agrarregimen aushebelt. Freihandelsabkommen mit Patentrechten (TRIPS) und Investitionsschutz stützen marktbeherrschende Giganten wie Bayer-Monsanto und ChemChina-Syngenta und enteignen lokale Produzent*innen. Großflächiges Land Grabbing, der Anbau von Agrarspritpflanzen und Ressourcenextraktivismus bedeuten nicht nur Landverlust und Vertreibung, sondern auch die Entwurzelung lokaler Ernährungsregime und die Schwächung der Kleinbäuer*innen – auch da, wo die Modernisierung mit dem Versprechen von Jobs, Infrastruktur und dem Empowerment von Frauen als Marktteilnehmerinnen daherkommt.

Der Abwehrkampf vieler Kleinbäuerinnen birgt auch Potenzial für Konflikte mit ihren Männern. Denen wird durch Agrarberater der Regierung häufig kommerzielles Saatgut angeboten, verbunden mit dem Versprechen auf satte Verdienste, wenn sie Monokulturen von sogenannten Flex-Crops wie Zuckerrohr, Palmöl oder Soja, die kommerziell vielfältig nutzbar sind, anbauen. So pflanzten in

Burkina Faso viele Bauern auf Wunsch der Regierung Baumwolle an und verkleinerten die Felder der Frauen für dieses vermeintlich lukrativere Vorhaben. Viele Frauen pflegten in den Küchengärten aber weiter einen Mischanbau, der letztendlich die Versorgung absicherte, als die Weltmarktpreise für Baumwolle in den Keller gingen. Eine ähnliche Erfahrung machten Kleinbäuerinnen in Tansania, die in einer subversiven Aktion Bananenstauden und Kohl zwischen Kaffeesträucher pflanzten, obwohl die Regierung den Mischanbau auf Exportfeldern verboten hatte.

»Wir wollen uns nicht mehr vorschreiben lassen, was wir anzubauen haben.« Die kenianische Aktivistin Esther Bett fordert Anbausouveränität statt Unterwerfung unter die Handelsdiktate der sogenannten Economic Partnership Agreements (EPA) zwischen der EU und Afrika. Diese verdrängen kleine lokale Produzent*innen, verhindern den Aufbau einer afrikanischen Verarbeitungsindustrie und verursachen damit auch Migration.

»FOOD FOR THE STOMACH AND FOOD FOR THE SOUL«

Der von den Lateinamerikanerinnen in La Via Campesina formulierte »feminismo campesino y popular« richtet sich gegen die Gewalt des Neoliberalismus ebenso wie gegen die Gewalt des Patriarchats. Ein Herzstück ihrer Identitätskonstruktion ist der spezifische Bezug aufs Land. Es ist für sie »mehr als ein Produktionsmittel […] Es ist Lebensraum, Kultur, Identität, ein emotionales und spirituelles Umfeld […] keine Ware, sondern fundamentaler Teil unseres Lebens«.[2] Im Unterschied zu liberal-feministischen Ansätzen geht es hier meist nicht um individuelle Besitztitel für Frauen, sondern um kollektive Landrechte.

In indigenen Kulturen sind Land und Boden mit dem Topos der »Mutter Erde« verknüpft. Die guatemaltekischen Bäuerinnen, die in ihren Küchengärten ineinander gedrehte Spiralen von Mais und Süßkartoffeln anlegen, bindet eine Mischung aus pragmatischem Überlebenswillen, Ahnenkult und Naturphilosophie an das Land und die Biodiversität. Das Land gilt als jahrhundertealtes Erbe der Vorfahren, das man nicht durch Verkauf von sich abspalten darf, sondern als Garant des »guten Lebens« in der Gemeinschaft halten muss. Für WoMin, ein im südlichen Afrika aktives Frauennetzwerk »gegen zerstörerische Ressourcenextraktion«, ist die Umwandlung von gemeinschaftlich verwaltetem Land in Privateigentum ein historischer Sündenfall: »Wer uns das Land unserer Vorfahren nimmt, nimmt uns unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Würde.«[3]

Die Bäuerinnen von La Via Campesina betrachten ihre Arbeit selbstbewusst als wertschöpfende Tätigkeit, die den genetischen Bestand nicht nur erhält, sondern produktiv weiterentwickelt. Traditionelles Wissen wie etwa Kenntnisse über Nährwert und Heilkräfte lokaler Pflanzensorten konstituieren Lebensräume und sichern das Überleben. Auf dieser Basis fordern sie Partizipation und Entscheidungsmacht auf allen Ebenen des Ressourcenmanagements und der Landwirtschaftspolitik. Diese Ansprüche kollidieren mit der ganz alltäglichen sexuellen Gewalt, denen Bäuerinnen in traditionellen Gemeinschaften unterworfen sind. Darum führen die Via-Campesina-Bäuerinnen seit ein paar

Jahren eine Kampagne gegen häusliche Gewalt und kämpfen auch gegen den Sexismus der Männer in ihrem eigenen Netzwerk.

FALLBEISPIEL INDIEN: SELBSTVERSORGUNG DURCH SYNERGIE DER ABGEWERTETEN

Wie Ernährungssouveränität in einem spezifischen lokalen Kontext alltäglich umgesetzt wird, zeigt das Beispiel der Mahila Samatha Society (MSS), ein Zusammenschluss von Frauengruppen im südindischen Bundesstaat Andhra Pradesh. Das Hauptziel der Dalit- und Adivasi-Frauen[4] in der MSS ist die Selbstversorgung mit Grundnahrungsmitteln. In der dürregeplagten Region mussten sich viele Familien verschulden. Für den Kauf von Nahrungsmitteln verpfändeten sie ihre Arbeitskraft, um zumeist auf den Feldern von Großgrundbesitzern ihre Schulden abzuarbeiten. Dabei erhielten die Frauen nur ein Drittel des Lohns der Männer.

In den MSS-Gruppen analysieren die Frauen das von Männlichkeit und Konzernmacht geprägte Entwicklungsmodell. Aus ihrer Perspektive stützt sich die Herrschaft des lokalen Patriarchats auf die Unterwerfung und Ausbeutung von Frauenarbeit, Frauenkörpern und Natur. Alle drei werden als unbeschränkt verfügbare Ressourcen betrachtet. Die Frauenarbeit auf den Feldern und die Kinderarbeit im Baumwollanbau stellen die Grundlage der agrarrohstoffbasierten Landwirtschaft dar. Zugleich werden die Frauen vom Zugang zu Technik ausgeschlossen.

Die verflochtenen Hierarchien von Kasten, Klassen, Geschlechtern und Religionen bestimmen über Macht und Ohnmacht von Frauen und strukturieren zugleich die Ernährungsregime. Die Agrarpolitik der Regierung stützt die Privilegien der Großgrundbesitzer durch Steuerbefreiung oder Wasserversorgung. Brachland wird als Bauland oder für Industrieansiedlungen vergeben. Gleichzeitig geht die Regierung nicht gegen Kinderarbeit vor und toleriert sexuelle Gewalt gegen Landarbeiterinnen; sie setzt weder das Recht auf gleiche Löhne noch das auf Landbesitz im Namen beider Eheleute durch. Die politische Parteinahme für die grundbesitzende Klasse unterminiert die auf Bioressourcen basierenden *livelihoods* der Armen und verfestigt bestehende Ungleichheiten und Dominanzverhältnisse.

In ihren Alltagskämpfen nehmen die MSS-Gruppen eine intersektionale Perspektive ein, um Kontrolle über ihren Körper, ihre Sexualität, ihr Reproduktions- und Arbeitsvermögen, ihre Mobilität etc. zu erlangen. Einzelmaßnahmen wie Mikrokredite für Saatgut oder Pestizide helfen ihnen nicht aus der komplexen Situation der Unterdrückung heraus. Dagegen verfolgen sie eine »Equal-Earth-Strategie«. Frauenarbeit und Brachland werden als unterbewertete und zugleich hochproduktive Ressourcen begriffen. Das Frauenkollektiv pachtet Brachland, um es gemeinsam und selbstbestimmt zu bewirtschaften. Damit werden dem kapitalistisch-patriarchalen System gleich zwei Ressourcen entzogen und souverän und produktiv angeeignet.

Um »Mutter Erde« als Gemeingut zu schützen und um mit den widrigen Klima- und Bodenbedingungen zurechtzukommen, verwenden die Frauen neue Techniken der Bebauung, Feuchtigkeitskonservierung und Vermikompostierung. Sie brechen das

Tabu, dass Frauen nicht pflügen dürfen, und erstellen Saatgutbanken mit alten Sorten. Saatgutsouveränität ist in dem von Monsanto-Agrochemie beherrschten Bundesstaat Andhra Pradesh eine zentrale Forderung. Mit ihrem über Versteigerungen oder die lokale Vermarktung ihrer Agrarprodukte erzielten Einkünften finanzieren sie ein neues Common: einen eigenen Notfallfonds zur kollektiven Absicherung der MSS-Frauen, die auf keinerlei wohlfahrtsstaatliche Unterstützung zurückgreifen können. Inzwischen gehören MSS-Frauen in zahlreichen Dörfern Komitees zur Erhaltung der Biodiversität an und beteiligen sich mit anderen an der Erstellung von lokalen Biodiversitätsregistern.

Das alles geschieht nicht ohne Konflikte. Der Klasse der Landbesitzer und Händler, die die lokalen Ernährungsregime bestimmen, gehen die Strategien der Entwicklungssouveränität gegen den Strich. Zudem sprechen viele Beamte, Bauern und Konkurrenten auf den lokalen Märkten den Frauen grundsätzlich landwirtschaftliche Kompetenz ab. Trotzdem gelang den MSS-Frauen, durch Commoning einen ernährungssouveränen Raum zu schaffen. Sie konnten ihre Marktabhängigkeit reduzieren, dürreresistente Grundnahrungsmittel wie Hirse und Erdnüsse anbauen und so ihre und die Ernährung ihrer Familien absichern.

PERSPEKTIVE ZUKUNFTSSOUVERÄNITÄT

Der Kern dieser Strategien von Kleinbäuerinnen ist nicht eine Idealisierung von Souveränität oder eine Romantisierung von Subsistenz als »traditionelle« Lebensweise. Es geht ihnen um eine Politik der Anerkennung und eine Politisierung der abgewerteten Frauenarbeit. Dabei bilden die Verfechterinnen von Ernährungssouveränität keine homogene Gruppe: Sie vertreten spiritualistische und antimodernistische Positionen, technikfeindliche sowie egalitär-technikfreundliche Ansätze, Buen-vivir- und naturrechtliche Positionen, andere kämpfen gegen neokoloniale Politiken und den westlichen Konzernkapitalismus. Für die meisten ist die Suche nach souveränen Ernährungs- und Entwicklungswegen ein emanzipatorischer Akt. Dieser ermöglicht es, mit Abhängigkeiten und gewaltförmigen Herrschaftsformen zu brechen, sich Ressourcen wiederanzueignen, Kontrolle zurückzugewinnen und die eigene Arbeit und Identität aufzuwerten. Der Erhalt und Aufbau von Alternativen der solidarischen Ökonomie, die die lokalen Bedürfnisse in den Mittelpunkt stellen, tragen zudem eine umfassende transformatorische Perspektive in sich, deren Ziel eine »Caring Economy« ist: eine versorgende und sich sorgende Ökonomie.

LITERATUR

La Via Campesina, 2013: Women of Via Campesina International Manifesto, https://viacampesina.org/en/women-of-via-campesina-international-manifesto-2/

---

1 Ein wichtiger Bezugspunkt ist das in der Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) verankerte Recht indigener Bevölkerungen auf »freie und informierte Zustimmung« sowie selbstbestimmte Prioritätensetzung in Bezug auf Entwicklung und Ressourcennutzung.

2 Alle Zitate stammen, wenn nicht anders angegeben, aus dem Internationalen Manifest von La Via Campesina (2013).

3 Vgl. https://womin.org.za

4 Dalit werden in Indien sogenannte Kastenlose genannt, Adivasi ist die Selbstbezeichnung der indigenen Bevölkerung.

RADIKAL UND UNTERSCHÄTZT

MIT ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT GEGEN DEN GLOBALEN AGRARKAPITALISMUS

BENJAMIN LUIG UND STEFFEN KÜHNE

»Der dramatischste und weitreichendste soziale Wandel in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts, der uns für immer von der Welt der Vergangenheit getrennt hat, war der Untergang des Bauerntums. [...]. Dass sich die Vorhersage von Marx, dass das Bauerntum durch die Industrialisierung ausgerottet werden würde, schließlich in Ländern, die eine rasche Industrialisierung durchlebten, offenkundig bewahrheitete, ist weniger erstaunlich als ein ganz unerwartetes Phänomen: Die Anzahl der Bauern und Landarbeiter verringerte sich auch dort, wo die Industrialisierung ganz augenscheinlich ausgeblieben war.«
(Hobsbawm 1995, 365 u. 367)

Es erscheint auf den ersten Blick paradox, dass zum Ende des 20. Jahrhunderts, also jener Zeit, die Hobsbawm als Phase des weltweiten Untergangs der bäuerlichen Landwirtschaft beschrieben hat, in internationalen Debatten ein Konzept auftaucht, das aufs Engste mit dieser verknüpft ist: das Konzept der Ernäh-

rungssouveränität. Hobsbawm hatte für seine Diagnose starke Argumente an der Hand. Motorisierung, Entwicklungen in der Tier- und Pflanzenzucht sowie der Einsatz von Mineraldünger, zugeschnitten auf Monokulturen und kapitalintensive Betriebe, sorgten in den Industrieländern nicht nur für massive Produktionssteigerungen im Agrarbereich. Sie reduzierten zudem die Zahl der Erzeuger*innen derart, dass in Deutschland zu Recht von einem flächendeckenden »Höfesterben« die Rede ist. Während die Innovationen an der Masse der Kleinbäuer*innen im globalen Süden zunächst vorbeiliefen, ließen zwei Entwicklungen die ländlichen Regionen der Welt immer mehr zusammenrücken: zum einen die Motorisierung und die gesteigerte Leistungsfähigkeit der Schifffahrt sowie des Schienen- und Flugverkehrs, zum anderen die (De-)Regulierungen des globalen Agrarhandels, die insbesondere über die GATT-Verhandlungsrunden erfolgten und schließlich 1995 zur Gründung der Welthandelsorganisation (WTO) führten.

Infolge dieser Entwicklungen fielen im Laufe des 20. Jahrhunderts die realen Preise von Grundnahrungsmitteln kontinuierlich. Die Masse der bäuerlichen Produzent*innen bekam dies weltweit massiv zu spüren. Ihre realen Einkommen sanken dramatisch, oft deutlich unter die eigenen Reproduktionskosten, was Armut und Hunger im ländlichen Raum verschärfte. Aus dieser Perspektive stellte die Gründung der WTO nichts anderes dar als die gewaltsame Durchsetzung des Prinzips komparativer Kostenvorteile in institutionalisierter Form. Sie band die Landwirtschaften über den Weltmarktpreis gnadenlos zusammen und zerstörte auf diese Weise Abermillionen bäuerliche Existenzen. Das ist ein Grund, warum mittlerweile mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung in Städten lebt. Anders als zu Zeiten der industriellen Revolution, als in der Landwirtschaft Mitteleuropas überflüssig gewordene Arbeitskräfte in die Fabriken des Nordens strömten, ist die Nachfrage nach zusätzlichen Arbeitskräften in der Industrie der urbanen Zentren heute vielerorts begrenzt.

ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT – GENESE EINES ALTERNATIVEN PROJEKTS

Der Zusammenschluss von Bauerninitiativen in der transnationalen Dachorganisation La Via Campesina (»Der bäuerliche Weg«) war eine unmittelbare Antwort auf diese Entwicklungen. Zunächst waren es insbesondere Bauernorganisationen aus Zentralamerika, Südostasien und Kanada, die versuchten, gemeinsam ihren Interessen auf internationaler Ebene Gehör zu verschaffen. Bereits Mitte der 1980er Jahre hatte die mexikanische Regierung Ernährungssouveränität als ein Ziel in ihr Programa Nacional de Alimentación (PRONAL) aufgenommen und betont, es gehe dabei nicht um Autarkie, sondern um die nationale Kontrolle über die

BENJAMIN LUIG beschäftigt sich seit vielen Jahren mit Agrarpolitik und Ernährungsregimen. Er arbeitet in Südafrika und leitet das Dialogprogramm Ernährungssouveränität der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

STEFFEN KÜHNE arbeitet zum Thema sozialökologischer Umbau in der Akademie für Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung und interessiert sich besonders für die konkreten Praxen der Transformation.

verschiedenen Stufen der Produktionskette (Anbau, Verarbeitung, Handel und Konsum). La Via Campesina griff dieses Leitbild auf: Erstmals auf dem UN-Welternährungsgipfel 1996 und anschließend bei WTO-Verhandlungen und auf Sozialforen prägte die neue Organisation die Proteste gegen die kapitalistische Welthandelsordnung. In dieser Phase verstanden die Protagonist*innen dieses Konzepts unter Ernährungssouveränität das »Recht aller Völker, ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitiken selbst zu definieren«.

Als Mitte der 2000er Jahre die Nahrungsmittelpreise stiegen und die kommerziellen und spekulativen Investitionen in natürliche Ressourcen (Land, Wasser, Saatgut) stark zunahmen, verschob sich dieses Verständnis. Insbesondere bei transnationalen Investitionen in Land waren und sind nationale Regierungen an den Deals beteiligt. Sie veräußerten Landrechte oftmals ohne die Bevölkerung vor Ort auch nur zu konsultieren. Darum bezieht sich das Konzept der Ernährungssouveränität zunehmend auch auf die Rechte von Gemeinschaften (Communities) und Einzelnen gegenüber dem Staat. Der Erklärung von Nyéléni etwa, im Februar 2007 von 500 Delegierten aus 80 Ländern auf dem ersten weltweiten Forum für Ernährungssouveränität in Mali verabschiedet, liegt ein Verständnis von *peopl's sovereignty* zugrunde: »Ernährungssouveränität stellt die Menschen, die Lebensmittel erzeugen, verteilen und konsumieren, ins Zentrum der Nahrungsmittelsysteme, nicht die Interessen der Märkte und der transnationalen Konzerne. Sie verteidigt das Wohlergehen kommender Generationen und bezieht sie ein in unser vorsorgendes Denken. Sie ist eine Strategie des Widerstandes und der Zerschlagung derzeitiger Handels- und Produktionssysteme, die in den Händen multinationaler Konzerne liegen.«

Die Verbreitung des Konzepts der Ernährungssouveränität war auch eine Reaktion auf die von der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) propagierte Politik der Ernährungssicherheit. Sie hat zum Ziel, »allen Menschen zu allen Zeiten« einen »physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichenden, sicheren und nahrhaften Lebensmitteln« zu sichern und beschränkt sich damit auf das »Sattkriegen der Hungernden«. Die gesellschaftlichen und ökonomischen Umstände, die Hunger verursachen, werden außer Acht gelassen. Dies steht in vollem Einklang mit den Exportinteressen amerikanischer Maisbarone und der weltmarktorientierten Milchüberschusspolitik des Deutschen Bauernverbands. Ernährungssouveränität hingegen zielt auf die Repolitisierung der Produktionsverhältnisse. Vertreter*innen des Konzepts fordern die lokale Kontrolle über natürliche Ressourcen, eine Priorisierung regionaler Märkte gegenüber globalen und konzerndominierten Lieferketten, die Durchsetzung »fairer Preise« und eine ökologisch nachhaltige Praxis. Vielfach spielen auch Elemente kollektiver Kontrolle eine zentrale Rolle, etwa bei der Bewirtschaftung von Land, beim Management von Saatgutbanken oder in der gemeinsamen Vermarktung der Produkte.

KLASSENDIFFERENZIERUNG AUF DEM LAND

Die politische Bewertung des Leitbilds der Ernährungssouveränität ist in hohem Maße



Bei braunem Geflügel ist es möglich, eine Sorte zu züchten, die optisch zwischen einer Henne und einem Hahn unterscheidet. Eine weibliches Küken ist braun und ein männliches weiß. Da Männchen keine Eier legen, werden sie in der Brüterei aussortiert. Der Selektionsprozess ist jetzt weniger kompliziert und kann von nichtspezialisiertem Personal mit dem Auge durchgeführt werden. Mit einem Förderband werden 20 000 braune und weiße Küken jede Stunde getrennt.

abhängig von den Vorstellungen und Bewertungen dessen, was bäuerliche Landwirtschaft eigentlich ist. Kritiker*innen des Konzepts setzen ›den Kleinbauern‹ häufig mit Subsistenzproduktion gleich, einer Form der Landwirtschaft also, mit der gerade einmal die Selbstversorgung gewährleistet ist und die daher im Sinne des Fortschritts überwunden werden sollte. Viele Verfechter*innen halten dagegen, es seien nach wie vor die Kleinbauern, die die Welternährung sicherstellen. Beide Perspektiven ignorieren dabei weitgehend die sozialen Dynamiken, Übergänge und Klassenstrukturen, durch die die bäuerliche Landwirtschaft genauso wie die meisten anderen gesellschaftlichen Bereiche gekennzeichnet ist. Die erste Sichtweise ist zudem sachlich falsch. So sind kleinbäuerliche Haushalte in der Realität immer schon in Marktbeziehungen eingebunden, seien diese formeller oder informeller Art (wie etwa Kreditarrangements mit Nachbar*innen). In den entwicklungspolitischen Debatten geht diese irreführende Vorstellung häufig mit der Forderung einher, die Subsistenzbauern müssten Landwirtschaft endlich als »Business« begreifen. Die Kommerzialisierung der bäuerlichen Betriebe wird als Voraussetzung für ein besseres Leben gesehen.

Historisch ist die Einbindung bäuerlicher Produzent*innen in moderne Gesellschaften und moderne Staaten vielfach gewaltsam erfolgt, etwa durch Einhegungen in Großbritannien, durch Leibeigenschaft und Enteignung (»Bauernlegen«) in Deutschland, später durch die Einführung von Kopfsteuern oder den Zwang des Anbaus von Exportgütern durch Kolonialregierungen in vielen Teilen des globalen Südens. Damals wie heute dient der Fortschritt als ein zentrales Rechtfertigungsmuster, wenn Menschen ausgebeutet, enteignet und vertrieben werden. Auch staatssozialistische Regime haben im 20. Jahrhundert mit zum Teil äußerster Härte Boden- und Agrarstrukturreformen durchgesetzt, in denen Bäuer*innen meist eher als Gegner denn als gestaltende Akteure behandelt wurden. Von daher können diese heute kaum zum Vorbild für genossenschaftliche oder andere Alternativmodelle taugen.

Der deutsche Begriff »Kleinbauer« ist darüber hinaus ungenau und suggeriert, die bäuerliche Landwirtschaft ließe sich nach der Hektargröße der bewirtschafteten Fläche kategorisieren. Sinnvoller ist eine Unterscheidung nach der Produktionslogik, wie sie Henry Bernstein vorschlägt: (1) Einem Teil der bäuerlichen Haushalte gelingt es, stabile Einkommen zu erwirtschaften und diese als Kapital zu reinvestieren, sodass im Laufe der Zeit Ressourcen akkumuliert werden können. Diese Haushalte agieren im Sinne einer erweiterten Reproduktion, die überproportional stark auf fremde Arbeitskraft zugreift. (2) Bäuerliche Haushalte, die ihr Produktionsniveau durch partielle Markteinbindung langfristig stabil halten, agieren im Modus der einfachen Reproduktion. (3) Haushalte, denen es trotz eigener Agrarproduktion kaum gelingt, die eigene Reproduktion sicherzustellen (Bernstein bezeichnet diese Situation als »simple reproduction squeeze«), sind oft verschuldet und müssen vielfach durch Lohnarbeit Zuverdienste erwirtschaften. Auch sind sie oftmals von Hunger betroffen. Aus diesem Blick auf bäuerliche Produktionsformen ergibt sich zweierlei: Erstens lässt sich Hobsbawms These vom »Untergang der Bauern« zurückweisen. Richtig ist zwar, dass sich seit dem Zweiten Weltkrieg die absolute Zahl der bäuerlichen Haushalte vor allem in Westeuropa stark verringert hat. Dafür ist sie aber im gleichen Zeitraum in anderen Regionen der Welt gewachsen. Was Hobsbawm als Untergang beschrieben hat, stellt sich bei genauerer Betrachtung als ein Prozess der Klassendifferenzierung dar. So lässt sich etwa die Grüne Revolution in Indien in den 1960er und 1970er Jahren als ein Prozess begreifen, in dem ein kleiner Teil der Bäuer*innen zu Kapital akkumulierenden Produktionsformen überging, während ein großer Teil der übrigen Haushalte zugleich unter großen ökonomischen Druck geriet und verelendete. Zweitens ergibt sich mit Blick auf das Konzept Ernährungssouveränität die Notwendigkeit zu analysieren, welche sozialen Klassen hier eigentlich ihre Souveränität einfordern. So sind die organisierten bäuerlichen Stimmen mancherorts mitnichten diejenigen, die die Interessen der Ärmsten in den ländlichen Regionen vertreten. Während die Produzentenklassen, deren Wirtschaftsform durch einfache Reproduktion und zusätzliche Lohnarbeit gekennzeichnet ist (Kategorie 2

und 3), etwa von La Via Campesina repräsentiert werden, haben sich viele Organisationen von Landwirten mit eher durchkapitalisierten Betrieben (Kategorie 1) in der World Farmers Organisation (WFO, ehemals International Federation of Agricultural Producers/IFAP) zusammengeschlossen.

POLITISIERUNG LANDWIRTSCHAFTLICHER PRODUKTIONSVERHÄLTNISSE

In ihrer emanzipatorischen Stoßrichtung sind Parallelen zwischen der bäuerlichen Bewegung für Ernährungssouveränität und der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts unübersehbar. Beide waren bzw. sind Projekte der Artikulation, der Emanzipation und des Widerstandes unterdrückter, ausgebeuteter und ausgeschlossener sozialer Klassen. Das Programm von Akteuren wie La Via Campesina ist dezidiert antikapitalistisch. Beide Projekte stellen Rechte und Würde der Arbeitenden der dominanten kapitalistischen Entwicklungslogik entgegen. Beide Projekte bleiben nicht bei individualistischen Rechtskonzepten stehen, sondern betonen das Potenzial und die Rechte von Kollektiven – »die Arbeiter« im Sozialismus bzw. »die Gemeinschaften von Kleinproduzierenden im ländlichen Raum«. Beide Projekte zielen auf eine weitreichende Transformation und Demokratisierung von Wirtschaftsstrukturen sowie auf die Aneignung und Umverteilung von Eigentum.

Zu den Stärken des Konzepts Ernährungssouveränität zählt, dass es kein akademisches, sondern ein populares Projekt ist, das von vielen verschiedenen sozialen und politischen Bewegungen aufgegriffen und weiterentwickelt worden ist. Keinem anderen Konzept ist es in den zurückliegenden 25 Jahren gelungen, als Grundlage für derart breite Mobilisierungen gegen eine konzerngetriebene, kapitalistische Globalisierung des Landwirtschafts- und Nahrungsmittelsektors zu dienen. Seine Stärke liegt darin, offen genug zu sein, um eine Vielzahl unterschiedlicher lokaler Kämpfe gegen die Privatisierung gemeinschaftlicher Ressourcen und die aggressive Expansion transnationaler Konzerne zu verbinden. Zugleich ist es schlagkräftig genug, um diese vielfältigen Gruppen zu gemeinsamen Aktionen etwa anlässlich von internationalen Gipfeltreffen oder Konferenzen zu mobilisieren. Außerdem haben es die Bewegungen für Ernährungssouveränität von Anfang an geschafft, sogenannte Einstiegsprojekte umzusetzen. Der Aufbau kollektiver Saatgutbanken in Mexiko und den Philippinen oder Landbesetzungen in Brasilien machen konkret fassbar, wie die Transformation und Demokratisierung der Ernährungssysteme aussehen könnte. Mit dem Konzept der Ernährungssouveränität ist es La Via Campesina und verbündeten Gruppen schließlich auch gelungen, Bündnisse mit solidarisch orientierten Milieus aus den urbanen Mittelschichten aufzubauen. Die Organisierung einer solch breiten Bewegung hat populare Zuspitzungen und Verallgemeinerungen zur Voraussetzung. Die zuweilen in Politik und Wissenschaft formulierte Kritik, Ernährungssouveränität lasse sich nicht ausreichend trennscharf definieren, mag stimmen. In der Praxis erwächst hieraus aber vielmehr eine Stärke, weil das Konzept erwiesenermaßen an konkrete Auseinandersetzungen und Situationen angepasst werden kann.

Dass es von Anfang an nicht nur ökonomisch und sozial, sondern auch aus ökologischer Perspektive eine Alternative zum Agrarkapitalismus verspricht, stellt eine weitere Stärke des Projekts dar. In kaum einem anderen Sektor als der Landwirtschaft wird so deutlich, dass gesellschaftliche Entwicklung immer schon Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur bedeutete. Der Agrarkapitalismus in seiner aktuellen Form zerstört seine natürlichen Grundlagen in jeder erdenklichen Weise: Mit fortschreitendem Artensterben schrumpft die Biodiversität, die Bodendegradation nimmt zu und in vielen Kernanbauregionen sinkt der Grundwasserspiegel stetig. Die mineralischen Ressourcen für die industrielle Düngerproduktion, insbesondere Phosphat, gehen zur Neige, die Treibhausgasemissionen steigen auch durch die industrielle Landwirtschaft rasant an. Aufgrund des hierdurch beschleunigten Klimawandels wird die Menschheit in den kommenden Jahrzehnten große Flächen nutzbaren Ackerlands unwiederbringlich verlieren. Vor diesem Hintergrund setzen sich Bewegungen, die sich auf Ernährungssouveränität berufen, zumeist ebenso für agrarökologische Produktionsweisen ein und versuchen, diese in der wissenschaftlichen Forschung stärker zu etablieren.

EINE WELT ZU GEWINNEN

Auch wenn es sich bei Ernährungssouveränität nicht um ein wissenschaftliches Konzept handelt, das in den klimatisierten Büroräumen sozialwissenschaftlicher Forschungsinstitute ersonnen wurde, sondern um ein Bewegungskonzept, wirft es aus linker Perspektive einige Fragen auf. Erstens: Inwiefern können bzw. müssen Kämpfe für Ernährungssouveränität Teil einer breiteren linken Transformationsbewegung sein? Das Konzept von *people's sovereignty* weist mit seinem Bezug auf Territorialität Parallelen zu den Platzbesetzungsbewegungen des Arabischen Frühlings, der Indignados in Spanien oder zu Occupy Wall Street in den USA auf. Auch ist auffällig, dass in jüngerer Zeit nicht nur rechtspopulistische Akteure wie Le Pen oder Trump, sondern auch Podemos oder Bernie Sanders den Begriff der Souveränität verwenden und versuchen, ihn von links zu besetzen, das heißt gerade nicht im Sinne einer nationalstaatlichen »geschlossenen« Souveränität. In Spanien beispielsweise haben lokale Regierungen in Barcelona und Madrid die Macht von kommunalpolitischen Instrumenten entdeckt, um Fortschritte in der Wohnungspolitik zu erzielen und Migrant*innen besser zu unterstützen. Auch für die Bewegungen für Ernährungssouveränität stellt sich die Frage ihres Verhältnisses zu staatlicher Macht. Welche politische Macht soll lokale Ernährungssysteme stärken, eine Umverteilung von Land durchsetzen und die Macht transnationaler Konzerne brechen? Wird an konföderalistische Ansätze gedacht oder eher an Bündnisse zwischen Bewegungen und Staatsregierungen (wie etwa die Zusammenarbeit der Bewegung der Landlosen mit der ehemaligen Regierung der Arbeiterpartei in Brasilien)? Mit wem sollten die Bewegungen für Ernährungssouveränität auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene Bündnisse eingehen?

Zweitens gilt es, die Klassenverhältnisse im ländlichen Raum offensiver zu thematisieren, um progressive Bündnisse möglich

zu machen. Die Bewegung für Ernährungssouveränität ist im globalen Maßstab im Wesentlichen eine Bewegung kleinbäuerlicher Akteure. Ihr Wirtschaften ist entweder durch einfache Reproduktion gekennzeichnet oder durch eine prekäre Kombination aus Eigenproduktion und Zuverdienst über Lohnarbeit. Letztere Form hat in den vergangenen Jahrzehnten an Bedeutung gewonnen. Die vermeintlich klare analytische Grenze zwischen bäuerlichen Haushalten auf der einen und (besitzlosen) Landarbeiter*innen auf der anderen Seite existiert insofern nur bedingt. Diese Realität und auch das hierin steckende Potenzial werden von Vertreter*innen der Ernährungssouveränität bislang jedoch kaum thematisiert. Was Oliver Pye (2017, 528) in Bezug auf Südostasien beschreibt, ist weltweit gültig: »Die zahlenmäßige Bedeutung des Proletariats im Corporate Food Regime wie in den neuen Palmöllandschaften ist unbestreitbar. Millionen von ehemaligen Kleinbäuerinnen und -bauern oder Landlosen sind zu Lohnabhängigen auf den Palmölplantagen und in den Mühlen geworden.« Vertreter*innen des Konzepts Ernährungssouveränität müssen auch diese Kämpfe gegen Ausbeutung aufgreifen und verbindende Elemente zu den bäuerlichen Kämpfen herausarbeiten. Die Tatsache, dass sich unter dem Dach von La Via Campesina zunehmend auch Initiativen migrantischer Landarbeiter*innen etwa aus Mexiko und Spanien organisieren, deutet darauf hin, dass dieses Potenzial inzwischen erkannt wird.

»Unser Erbe und unsere Fähigkeiten, gute, gesunde und ausreichende Lebensmittel zu erzeugen, werden durch Neoliberalismus und einen globalisierten Kapitalismus zunehmend bedroht und untergraben. Ernährungssouveränität gibt uns aber die Hoffnung und die Macht, unser Wissen und unsere Fähigkeiten in der Lebensmittelerzeugung zu bewahren, wiederzugewinnen und zu entwickeln«, heißt es in der Erklärung von Nyéléni. In diesem Sinne ist die Zeit mehr als reif für Ernährungssouveränität. Das Konzept befindet sich in ständiger Weiterentwicklung und ist dabei inhaltlich umkämpft wie jeder Ansatz mit konkretem Veränderungspotenzial. Die politische Linke täte auch hierzulande gut daran, sich stärker mit dem Ernährungsregime und dem wachsenden globalen Widerstand dagegen zu befassen. Hier läge die Chance, Krisen und Widersprüche im globalen Norden – der Niedergang des ländlichen Raums, die mangelnde kulinarische Teilhabe von marginalisierten Gruppen, die Zerstörung der Umwelt – in einen globalen Zusammenhang zu stellen. Ernährungssouveränität als Transformationsprojekt kann Menschen im globalen Norden und im globalen Süden einen Gewinn an demokratischer Kontrolle und Gerechtigkeit versprechen. Nicht zuletzt ermöglicht es ein Sprechen über lokale Gemeinschaft und territoriale Verwurzelung »von links«.

LITERATUR

Bernstein, Henry, 2010: Class Dynamics of Agrarian Change, Halifax

Hobsbawm, Eric, 1995: Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte des 20. Jahrhunderts, München

Pye, Oliver, 2017: Für einen *labour turn* der Umweltbewegung. Umkämpfte Naturverhältnisse und Strategien sozial-ökologischer Transformation, in: PROKLA 189, 517–534

ÄCKER ALS ASSETS

DIE FINANZIALISIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT

ESTÊVÃO NASCIDO DO VENTRE

FINANZINVESTOREN ENTDECKEN DIE LANDWIRTSCHAFT

Im Mai 2012 startete die Teachers Insurance and Annuity Association (TIAA), einer der größten Finanzdienstleister der USA mit einem verwalteten Vermögen von fast einer Billion US-Dollar, ein neues Investmentvehikel: Global Agriculture LLC. Über diesen Fond sollten zwei Milliarden US-Dollar in Agrarland in Brasilien, Australien, Osteuropa und den USA investiert werden. TIAA öffnete diesen Fond auch für andere Pensionskassen, die weit weniger Expertise auf diesem Feld haben. Im August 2015 verkündete TIAA, dass weitere drei Milliarden US-Dollar für die neue Investmentplattform Global Agriculture II LLC eingesammelt worden seien. Diesmal waren 20 weitere Investoren mit an Bord.

Diese Aktivitäten stehen für ein Phänomen, das seit einiger Zeit für Schlagzeilen sorgt: der großflächige und langfristige Erwerb von Agrarland (mittels Kauf, Pacht oder Konzessionen) durch globale Finanz-

investoren, Agrarkonzerne und Staaten, um dort Nahrungsmittel, Holzkulturen oder Biokraftstoffe anzubauen oder in CO_2-Senken zu investieren. Es sind vor allem Finanzinvestoren, die diese neue Landnahme antreiben. Insbesondere institutionelle Investoren sind seit der Finanzkrise auf der Suche nach neuen sichereren Anlagehäfen. Die Nahrungsmittelpreiskrise 2007/08, eine wachsende Weltbevölkerung, gewandelte Ernährungsgewohnheiten in den asiatischen *emerging markets*, eine steigende Nachfrage nach Anbauflächen für Agrarkraftstoffe und CO_2-Senken im Kontext von Peak Oil und Klimawandel sowie stagnierende oder sinkende Erträge in Kernproduktionsräumen schienen die Landwirtschaft zu einer sicheren Bank zu machen, denn Land ist eine begrenzte Ressource und erscheint im Vergleich zu anderen Finanzprodukten als etwas Greifbares, von relativ geringer Komplexität.

INVESTMENTTRENDS: WAS, WER, WO, WIE VIEL, WIE?

Ganz in diesem Sinne investierten Finanzinvestoren zwischen 2006 und 2016 weltweit 45 Milliarden US-Dollar in Agrarland und in die landwirtschaftliche Produktion. Aufkäufer sind vor allem Pensionsfonds, aber auch Familien- und Universitätsstiftungen (darunter etwa die Harvard-Stiftung), Lebensversicherungen, Entwicklungsbanken, Staatsfonds oder reiche Einzelpersonen. Das Land wird oft über sogenannte Asset Manager verwaltet und je nach Region und Investmentstrategie unterschiedlich in Wert gesetzt. Dabei geht es nie nur um die Erwirtschaftung stetiger Einkommensströme (aus Pacht oder direkter Bewirtschaftung), sondern um die Steigerung des Kapitalwerts und den lukrativen Wiederverkauf.

Auch wenn das Anlagevolumen im Vergleich zu anderen Anlageprodukten wie etwa Immobilien eher gering erscheinen mag, wächst es doch kontinuierlich, mit spürbaren Konsequenzen für die Bodenmärkte und die Agrarproduktion weltweit. Doch dies ist nicht die einzige Weise, wie Landwirtschaft zunehmend den Imperativen der Finanzwirtschaft unterworfen wird. Heute sind viele Agrarkonzerne selbst auf »Finanzmärkten« aktiv. Große Rohstoffhändler wie Cargill handeln mittlerweile im Bereich der *futures markets* mit komplexen Derivaten von Warentermingeschäften. Dies wiederum beeinflusst die Preise auf den Gütermärkten für Weizen, Reis oder Kaffee und hat damit direkte Auswirkungen auf Agrarproduzent*innen und -konsument*innen, vor allem im globalen Süden. Die Börsennotierung vieler großer Agrarkonzerne wirkt sich auch auf deren Unternehmensstrategien aus – jüngstes Beispiel ist die geplante Übernahme von Monsanto durch die Bayer AG –, mit massiven Konsequenzen für die Organisation von agrarischen Warenketten. Schließlich investieren Kapitalanleger in jüngerer Zeit verstärkt in Agrartechnologieunternehmen zum Zwecke der Förderung einer »smarten

ESTÊVÃO NASCIDO DO VENTRE ist Kosmopolit und Forscher. Er arbeitet zu den Dynamiken, Mechanismen und Auswirkungen der finanzmarktgetriebenen Investitionen in Land und Landwirtschaft.

Landwirtschaft« (auch als Landwirtschaft 4.0 bekannt). Letztere soll eine neue Ära daten- und technologiegetriebener Agrarproduktion einläuten. So wird Landwirtschaft dem Nummernkult der Finanzwirtschaft zugänglich.

FINANZIALISIERUNG VON AGRARLAND: EINE KRITIK DER KRITIK

In globalisierungs- und kapitalismuskritischen Kreisen wird der globale Ansturm auf Agrarland vor allem als »Land Grabbing« diskutiert. Dabei ragen vor allem drei Kritikpunkte heraus. Erstens gibt es die These von der Finanzialisierung, womit in den Sozialwissenschaften der wachsende Einfluss von Finanzmotiven, -beziehungen, -kennzahlen, -akteuren und -institutionen in der Ökonomie bezeichnet wird. Im Kern geht es um eine Ausweitung des Operationsbereichs von Finanzmärkten.

Zweitens, dafür steht beispielhaft die Kritik von Roman Herre (2013: 5) von der NGO FIAN, wird vor der Kommodifizierung von Land infolge der Finanzialisierung gewarnt, womit »die einseitige und dominante Übertragung von ökonomischem Wert auf die Ressource Land [gemeint ist]. Dadurch werden gleichzeitig soziale, kulturelle, ökologische, historische oder territoriale Werte und Aspekte von Land beschnitten oder gänzlich ausgeblendet.«

Drittens wird oft argumentiert, dass Finanzialisierung ein von der Realwirtschaft losgelöster Prozess sei, durch den Gewinne spekulativ bzw. virtuell erwirtschaftet würden. Die Behauptung, der Finanzsektor generiere keinen wirklichen Wert, sondern lebe lediglich von der Wette auf die Preisentwicklungen eines Wertes und vom Handel mit Rechten an den Einkünften aus dieser Entwicklung, hat eine lange Tradition, die bis zu Marx zurückgeht.

Die Annahmen, die diesen Kritikpunkten zugrunde liegen, sind nicht unproblematisch. Wenn wir Finanzmärkte für ihren stetigen Ausdehnungsdrang anklagen, nennen wir dann das Kind beim Namen? Sind Finanzmärkte wirklich Märkte im klassischen Sinne? Anders als Gütermärkte zeichnen sie sich nämlich nicht durch den gepreisten Austausch von Waren aus, sondern durch Spekulations- und Investitionstätigkeiten, die den Transfer von Rechten an Assets beinhalten. Assets sind zum Eigentum gemachte Bereiche des Lebens, die einen Einkommensstrom erzeugen. Im Gegensatz zu Waren werden Assets bei steigender Nachfrage nicht billiger, sondern teurer, denn diese sind so konstruiert, dass ihre Vervielfältigbarkeit begrenzt ist (z. B. bei intellektuellen Eigentumsrechten). Finanzialisierung ist damit zum großen Teil nicht Vermarktlichung, sondern Assetisierung. Erst wenn sich Assets in eine liquide Form – bei Immobilien etwa über Verbriefung – überführen lassen, werden sie auf sekundären Märkten als Waren handelbar.

Assetisierung ist auch kein Prozess, in dem die »sozialen Werte« eines gesellschaftlichen Bereichs durch rein »ökonomische Werte« überschrieben würden. Ihr liegt eine zutiefst moralische Ordnung zugrunde – ein scheinbarer Widerspruch, denn Finanzmärkte und Moralität werden oft als Gegensätze diskutiert. Ökonomische Rationalitäten und Werte lassen sich jedoch nicht einfach von kulturellen oder moralischen Werten trennen, sondern sind selbst eine spezifische Ausprä-

gung ebensolcher. Vermeintlich ökonomisch-technische Debatten über Finanzmärkte – für die ein kleiner Kreis oft männlicher Experten die Expertise beansprucht – sind daher auch immer normative Debatten über moralische Ordnungen. Sie strukturieren das Handeln der Finanzakteure, nicht etwa irgendwelche höheren Gesetze des »Marktes«. Darum muss die Kritik einer finanzialisierten Wirtschaft auch an diesem Punkt ansetzen.

Auch die Behauptung, der Finanzsektor produziere keine materiellen (sondern nur fiktive) Werte, ist problematisch. Sie fußt auf einem objektivistischen Wertverständnis, wonach nur die Produkte menschlicher Arbeit wertvoll sein können. Während es Bereiche von Finanzmärkten gibt (etwa den Währungs- oder Rohstoffhandel), wo Profit tatsächlich ohne die Mobilisierung von Arbeitskraft entsteht, so geht es bei der direkten Beteiligung etwa an der landwirtschaftlichen Produktion darum, die Form eines Assets so zu strukturieren, dass eine bestimmte Wertentwicklung erzielt werden kann. Dies ist eine paradoxe Angelegenheit, denn auf der einen Seite wird davon ausgegangen, dass dieser Wert schon da sei, sich aber im Verborgenen befindet und es Aufgabe des findigen Finanziers ist, diesen lediglich freizulegen (im Fachjargon als *unlocking value* bezeichnet). Auf der anderen Seite wird in Finanzkreisen aber immer wieder unterstrichen, dass dieser Wert erst kreiert werden müsse. Letzteres beinhaltet neben einer aktiven Bearbeitung landwirtschaftlicher Assets auch einen Prozess der Synchronisation, durch welchen die Zeitlichkeit, Gesellschaftlichkeit und natürliche Basis landwirtschaftlicher Produktion mit den Ansprüchen und Normen der Finanzwelt in Einklang gebracht werden. Die erwartete Zukunft findet demnach ihren Niederschlag in der Organisation der Gegenwart.

Der Prozess der »Kapitalanlage« ist also Zukunftsarbeit. Diese unterscheidet sich jedoch von Ort zu Ort. In einigen Gegenden der neuen Landnahme wie Neuseeland oder Australien finden Investoren hochgerüstete Agrarbetriebe und investorenfreundliche Bedingungen vor. Hier steht die Assetisierung landwirtschaftlicher Produktion vor geringeren Herausforderungen als in einigen Regionen des globalen Südens, wo die Arbeit völlig neu organisiert werden muss. Die Aneignung von Eigentumsrechten, die Zähmung der Natur, die Organisation und finanzielle Messbarkeit und Transparenz von Produktionsprozessen sowie die formale und reale Subsumption von Arbeitskraft sind integraler Bestandteil der Assetisierung von Landwirtschaft. Hierbei handelt es sich nicht bloß um »Spekulation«, um unproduktive Tätigkeiten, die rein fiktive Werte schaffen. Es geht um die Organisation produktiver Tätigkeiten, aber eben ganz im Sinne finanzwirtschaftlicher Überlegungen. Spekuliert wird darauf, dass sich die Intervention auszahlen und positiv zur Wertsteigerung beitragen wird, indem zukünftige Käufer*innen bereit sein werden, das Risiko des »Erstinvestors« entsprechend zu entlohnen. Das Übrige tut in dieser Logik der Markt.

GEGEN DIE ASSETISIERUNG VON FAST ALLEM

Diese Kritik an der (verkürzten) Kritik der »grünen« Finanzialisierungsdebatte bedeutet keinesfalls, dass die Assetisierung

von Agrarland – ebenso wie von anderen Lebensbereichen – nicht höchst kritikwürdig wäre. Es ist jedoch zunächst notwendig, die sozialen und moralischen Parameter dieser Prozesse offenzulegen. Nur so können wir die epistemische Autorität von Finanzeliten herausfordern, die zumeist das alleinige Sorgerecht für Finanzmärkte beanspruchen. Denn es gibt keinen intrinsischen Wert eines Assets, der nur darauf wartet, aus seinem Dornröschenschlaf erweckt zu werden. Sowohl das Asset wie auch sein finanzieller Wert werden gesellschaftlich hergestellt. Dies ist kein rein technischer oder ökonomischer Prozess, sondern ein moralisch aufgeladenes Unterfangen. Und Normen und moralische Werte sind im Gegensatz zu den vermeintlichen »Gesetzen des Marktes« veränderbar.

Das bedeutet auch, dass wir die Zeitpraktiken moderner Finanzmarktbürokratien kritisch hinterfragen müssen. Nicht nur bei Beteiligungen an der Landwirtschaft geht es darum, die Produktion mit Blick auf die anvisierte Rendite zu verwalten. Das scheint auf den ersten Blick nicht immer problematisch. Wenn etwa ökologische Überlegungen zunehmend wichtiger für Investoren werden, so mag eine Milchfarm in Neuseeland, die einem amerikanischen Pensionsfonds gehört, durchaus einmal eine bessere Umweltbilanz haben als »normale« Milchfarmen. Gleichzeitig wird dies primär aus Renditegründen getan, denn ein nachhaltiger Betrieb erzielt im Falle einer Veräußerung womöglich einen höheren Preis.

Außerdem müssen wir anerkennen, dass emanzipatorische Projekte nicht mehr nur die Sphäre der Produktion politisieren müssen, sondern vor allem auch die Sphäre der global verwobenen Reproduktion. Die üblichen Proteste gegen »Banker im Landrausch« sind wenig zielführend. Ein Großteil der in die Landwirtschaft fließenden Investitionen stammen aus Pensionseinlagen. Hier muss letztendlich ein viel größeres Problem verhandelt werden, nämlich, dass im finanzialisierten Kapitalismus die materielle Absicherung breiter gesellschaftlicher Schichten im globalen Norden – durch Renten, Versicherungen – privatisiert wurde und durch Anlagen auf Finanzmärkten sichergestellt werden soll. Diese durch die Erosion des fordistischen Sozialstaats entstandene neue Kultur der Massenanlage geht für sie mit neuen Risiken und Zwängen einher.

Indem auf diese Weise die Kosten der Reproduktion externalisiert, also gewissermaßen ausgelagert werden, werden nicht nur agrarische Landschaften anderswo umgepflügt. Zugleich werden auf diese Weise globale Ungleichheiten fortgeschrieben und vertieft. Denn einerseits partizipiert nur ein geringer (wenn auch wachsender) Anteil der globalen Bevölkerung an kapitalmarktgedeckten Rentensystemen. Zum anderen verfestigt sich durch die Ausdehnung der Assetisierungsmaschinerie der Anteil des »einen Prozent« der Superreichen, denn Manager landwirtschaftlicher Beteiligungsfonds erheben wie in anderen Bereichen großzügige Gebühren, versteuern diese in der Regel aber nicht als Einkommen, sondern als Kapitalertrag. Angesichts der 2,49 Billionen US-Dollar, die mittlerweile von Private-Equity-Fonds verwaltet werden, ein nicht unbedeutender Beitrag zur globalen Ungleichheit.

Des Weiteren führt die Aneignung von Agrarland durch kaufkräftige Finanzinvestoren an vielen Orten auch zu Preissteigerungen beim Boden, die den weniger kapitalisierten Akteuren zusetzen. Zu erwarten sind außerdem tief greifende Folgen für die Nahrungsmittelsicherheit und Ernährungssouveränität. Durch die zumeist massiven Investitionen in die Landwirtschaft wird ein ökologisch problematischer und kurzfristig orientierter Produktivismus gefördert, der vor allem kleinbäuerliche Betriebe bedroht – direkt über Verdrängung oder indirekt über die Konkurrenz und den Preisdruck durch Überproduktion oder Importe. Der eingangs erwähnten TIAA wird vorgeworfen, in der Cerrados-Region in Brasilien mit dem Erwerb von über 250 000 Hektar Land (etwa die Fläche des Saarlands) und insbesondere durch Investitionen in den sozial und ökologisch wenig verträglichen industriellen Sojaanbau (Romero 2015) solche Verwerfungen auszulösen. Hinzu kommt die Assetisierung derjenigen Bereiche, die der Produktion vor- und nachgelagert sind: Sie bergen aufgrund ihrer Marktgröße und der darin realisierbaren Kontrollstrategien noch wesentlich größere Risiken für die globale Ernährungssouveränität. Insgesamt entstehen durch den finanzgetriebenen Ansturm auf Agrarland neue globale Eigentumsverhältnisse, bei denen bestimmte privilegierte Subjekte – vor allem im globalen Norden – zu distanzierten Eignern an Land und landwirtschaftlichen Betrieben werden. Diese Relationalität ist an sich nichts Neues, war der Kapitalismus doch von Anfang an eine Formation, deren Motor auf globalen Verflechtungen beruhte. Die Aneignung billiger Arbeit, Energie, Natur und Nahrung an immer neuen *frontiers* sind seit jeher integraler Bestandteil des expansionshungrigen kapitalistischen Systems (Moore 2016). Dieses Verhältnis hat aber eine neue Gerinnungsform gefunden, die sehr wohl ein neues Element kapitalistischer Verwertung darstellt: die »Asset-Form« (Muniesa et al. 2017). Von den Wagniskapitalgebern des Silicon Valley über die Kapitalisierer von Patenten und Verwaltern von Immobilienfonds bis hin zu den mächtigen Private-Equity-Unternehmen, die uns durch ihre verzweigten Besitztümer fast überall im Alltag begegnen: Sie alle arbeiten tagtäglich an der Asset-Form. Emanzipatorische ökonomische Projekte müssen deswegen verstärkt diese weit verbreitete, aber bisher wenig verstandene Form der kapitalgetriebenen Transformation fast aller Lebensbereiche problematisieren.

LITERATUR

Birch, Kean, 2016: Rethinking Value in the Bio-economy. Finance, Assetization, and the Management of Value, in: Science, Technology & Human Values 3/2016, 460–490

Herre, Roman, 2013: Agribusiness-Expansion, Land Grabbing und die Rolle europäischer privater und öffentlicher Gelder in Sambia. Eine Bewertung basierend auf dem Recht auf Nahrung, FIAN, Köln

Moore, Jason, 2016: Über die Ursprünge unserer ökologischen Krise, in: PROKLA 185, 599–619

Muniesa, Fabian et al., 2017: Capitalization. A cultural guide, Paris

Romero, Simon, 2015: TIAA-CREF, U.S. Investment Giant, Accused of Land Grabs in Brazil, in: The New York Times, 16.11.2015

Vogl, Joseph, 2011: Das Gespenst des Kapitals, Zürich

ZU VIEL UND ZU WENIG

DIE MACHT DER KONZERNE UND DIE GLOBALE FEHLERNÄHRUNG

DAVID SANDERS

Fehlernährung ist weltweit ein erheblicher Krankheits- und Sterblichkeitsfaktor, besonders im globalen Süden. Die Unterernährung von Frauen hat gravierende Auswirkungen nicht nur auf ihre Gesundheit, sondern auch auf den Verlauf von Schwangerschaften. Ein niedriges Geburtsgewicht ist die häufigste Todesursache bei Neugeborenen und eine direkte Folge der Unterernährung ihrer Mütter: Etwa 2,6 Millionen und damit fast 40 Prozent frühkindlicher Sterbefälle gehen weltweit hierauf zurück. Unterernährung erhöht nicht nur das Risiko für Infektionskrankheiten und Tod, sondern beeinträchtigt auch die körperliche und geistige Entwicklung.

Auf der anderen Seite sind etwa 2,3 Milliarden Erwachsene weltweit von Übergewicht und Fettleibigkeit betroffen, die entscheidende Risikofaktoren für Diabetes, Herzinfarkte, Schlaganfälle sowie für bestimmte Krebsarten sind. Durch die Urbanisierung haben seit etwa 20 Jahren auch verstärkt Länder des globalen Südens und insbesondere Schwel-

lenländer mit dem Problem von Übergewicht und Fettleibigkeit in der Bevölkerung zu tun. Damit sind diese Länder einer doppelten Belastung ausgesetzt: zum einen durch eine (zwar sinkende, aber noch immer erschreckend hohe) Zahl von unterernährten Menschen, zum anderen durch die Zunahme von »Überernährung«, die eigentlich eine Fehlernährung ist. Dahinter stehen Ernährungsweisen, bei denen insgesamt zu große Mengen an Nahrung zu sich genommen werden und zugleich die Versorgung mit Proteinen und Spurenelementen (Vitaminen und Mineralien) inadäquat ist. Auch wenn Übergewicht und Fettleibigkeit eng mit veränderten Alltagsgewohnheiten, Hygienebedingungen, Arbeits- und Lebensverhältnissen zusammenhängen, spielt die Ernährung eine entscheidende Rolle. So lässt sich weltweit im Zuge von Industrialisierungs- und Globalisierungsprozessen auch ein Wandel von Ernährungsmustern beobachten: hin zu mehr Kalorien, weniger Vielfalt und weniger Ballaststoffen. Industriell verarbeitete Lebensmittel, die reich an Kalorien, aber arm an Nährstoffen sind, machen krank, werden aber immer beliebter, auch weil Fast Food und Fertigprodukte billiger und leichter zuzubereiten sind und zudem aggressiv vermarktet werden.

»BIG FOOD« UND DIE FOLGEN

In dieser Entwicklung spiegelt sich ein Strukturwandel wider. Auf der ganzen Welt werden Kleinbäuer*innen durch große Agrarunternehmen verdrängt. Internationale Nahrungsmittelkonzerne wie Nestlé, Unilever oder Parmalat expandieren und können ihre Produkte auf einem deregulierten Weltmarkt in einem ausufernden Netz von Supermärkten vertreiben.

Damit spielt der Aufstieg von »Big Food«, das heißt von immensen Konzernstrukturen, die die Nahrungsmittel- und Getränkeindustrie beherrschen, eine zentrale Rolle für das globale Problem der »doppelten Fehlernährung«. In immer mehr Schwellenländern des globalen Südens werden die Ernährungssysteme von einer kleinen Anzahl großer multinationaler Unternehmen wie Monsanto, Cargill, Syngenta, Nestlé, Coca-Cola, Walmart und McDonald’s dominiert. Sie kontrollieren zunehmend alle Knotenpunkte der Nahrungsmittelkette: Produktionsmittel und Produktion, Verarbeitung und Herstellung, Lagerung, Vertrieb und Verkauf – und selbstverständlich die Profite. Das hiermit verbundene extreme Machtgefälle bedroht die Ernährungssicherheit dieser Länder, führt zur Verdrängung kleinbäuerlicher Produzent*innen und trifft insbesondere die Armen.

DAVID SANDERS ist Gründer und langjähriger Leiter der School of Public Health an der University of the Western Cape (UWC) in Kapstadt. Er arbeitet seit über 30 Jahren zu Gesundheitspolitik in Simbabwe und Südafrika und war für unterschiedliche internationale Organisationen tätig. In der von ihm und anderen Wissenschaftler*innen 2016 veröffentlichten Studie »At the Bottom of the Food Chain« untersucht er die Strukturen und Praktiken der globalen Nahrungsmittelkonzerne. Der vorliegende Artikel basiert auf Ergebnissen dieser Studie.

Die Konzerne, die sowohl den Lebensmittelsektor als Ganzes als auch einzelne Lieferketten beherrschen, sind »staatenlose« Akteure und agieren über nationale Grenzen

hinweg. Sie können den Warenfluss im Ernährungssystem kontrollieren und an ihren Interessen ausrichten. Diese Konzerne handeln gemäß den Interessen ihrer Aktionäre und Anteilseigner, etwa riesigen Rentenfonds, Banken, privaten Investmentfirmen und anderen Finanzinstitutionen. Häufig teilt sich der Besitz auf mehrere Institutionen und Anteilseigner auf, die sich auf langfristige Renditeziele einigen.

Dieser globale Trend der Machtkonzentration in den Händen weniger Multis geht mit der vertikalen Integration der Lebensmittelproduktion einher: Die Multis sichern sich durch Auslandsinvestitionen, Fusionen und Übernahmen sowie durch die Entwicklung neuer Produkte immer größere Marktanteile in ihrem Geschäftsfeld. Zugleich wird die gesamte Wertschöpfungskette durch die Vorgaben einzelner Firmen gesteuert. Um die Effizienz zu steigern, wird versucht, Zwischenhändler und jegliche »unnötigen« Kostenfaktoren auszuschalten. Auch die Prozesse innerhalb eines Konzerns werden diesem Prinzip unterworfen. Die Folgen zeigen sich an jedem einzelnen Knotenpunkt der Wertschöpfungskette: von der Agrarproduktion bis zum Supermarktvertrieb.

MONOKULTUR IN DER LANDWIRTSCHAFT

Seit den 1950er Jahren werden neue Sorten der wichtigsten Nutzpflanzen (Hybride) gezüchtet, die höhere Erträge abwerfen sollen. Mit neuen synthetischen Düngemitteln, intensiver Bewässerung und Pestizideinsatz veränderte die sogenannte Grüne Revolution das Wesen der Landwirtschaft und erschien als Lösung für weltweiten Hunger und Lebensmittelknappheit. Allerdings entstanden daraus zwei Bedrohungen: So werfen die hybriden Nutzpflanzen zu Beginn hohe Erträge ab, nicht aber in der zweiten oder dritten Generation. Bäuer*innen müssen Saatgut jährlich neu hinzukaufen und geraten damit in Abhängigkeit von den wenigen mächtigen Agrarunternehmen, die allein über die immer komplexeren Technologien verfügen (vgl. hierzu Farelly in *LuXemburg Online*). So werden genetisch vielfältige Sorten, die seit Generationen angebaut werden, immer stärker verdrängt. Hybride befördern Monokulturen, die anfälliger für Dürren, Schädlingsbefall und andere Umweltrisiken sind. Nach Angaben der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization of the United Nations/FAO) sind im Laufe des 20. Jahrhunderts etwa drei Viertel aller traditionellen Nutzpflanzen verschwunden, sodass die Ernährung der Weltbevölkerung zu 75 Prozent auf zwölf Pflanzensorten und fünf Tierarten beruht – ein System, das »Uniformität und Ertrag über Vielfalt und Nährwert stellt« (ACB 2012).

Zusätzlich zu den Hybriden hat die Agrarindustrie gentechnisch verändertes – herbizidtolerantes oder mit Pestiziden versehenes – Saatgut entwickelt. Abkommen der Welthandelsorganisation (WTO) ermöglichen es Unternehmen, das genetische Material von Saatgut patentieren zu lassen und damit zu dessen »Eigentümer« zu werden. Den Bäuer*innen wird das hybride und genmanipulierte Saatgut gleich im Doppelpack – zusammen mit den »empfohlenen« Pestiziden derselben Firma – angeboten. Mit einem gewissen Zwang: Wer beim Saatgut auf die zugehörige Chemikalie verzichtet, kann

für Ernteausfälle nicht entschädigt werden. Inzwischen kontrollieren zehn Unternehmen ganze 75 Prozent des weltweit gehandelten Saatguts. Alle Landwirte, selbst die kleinsten, sind auf die eine oder andere Art Teil dieses Marktes. Die Privatisierung des Saatguts und des genetischen Materials durch Konzerne und die Verpflichtung, bestimmte Pestizide zu verwenden, untergräbt die Wahlfreiheit der Bäuer*innen und stellt eine Bedrohung für die Ernährungssouveränität dar. Im Ergebnis werden Kleinbäuer*innen verdrängt: zum Teil direkt, in Form von »Landnahmen« zugunsten der industriellen Agrarproduktion, zum Teil durch Marktdruck und wirtschaftliche Zwänge sowie zunehmend auch durch Umweltkrisen, hervorgerufen durch den Klimawandel und die Überausbeutung natürlicher Ressourcen. Dies verstärkt die Abwanderung aus ländlichen Regionen und die armutsgetriebene Urbanisierung im globalen Süden.

DER SIEGESZUG DER FERTIGPRODUKTE

Der Anteil, den Fertigprodukte und sogenannte hyperverarbeitende Lebensmittel an unserer Ernährung haben, ist in den letzten Jahrzehnten immer größer geworden. Dies gilt insbesondere für arme Menschen, denn diese Nahrung ist in der Regel billiger als vollwertige frische Produkte, benötigt weniger Energie und Zubereitungszeit und ist zudem ohne Kühlung meist länger zu lagern. Hyperverarbeitete Lebensmittel werden aus Substanzen gewonnen, die vollwertigen Nahrungsmitteln entstammen, wie billige Elemente tierischer Nahrung oder verarbeitete Stärken, Zucker, Fette und Öle, Konservierungsstoffe und andere Zusätze. Die Geschmackswirkung der Produkte ist so intensiv, dass körpereigene Mechanismen der Appetitkontrolle überlistet werden können. Dies begünstigt ein »Überfressen« und erleichtert zugleich das Essen außer Haus, »nebenbei« oder unterwegs. Die multinationalen Konzerne sind die Hauptabnehmer der Nutzpflanzen, die die Grundstoffe solcher Nahrungsmittel sind (wie Getreide und Zucker), und haben dadurch die Marktmacht, um den Produzent*innen niedrige Einkaufspreise zu diktieren und hohe Verkaufspreise von den Konsument*innen zu verlangen.

Diese Marktmacht in der zuckerverarbeitenden Industrie und bei der Herstellung von Fertigprodukten, die Zucker als billige Füllmasse nutzen, hat schwerwiegende Folgen: Mit kleineren Unternehmen und Kleinbäuer*innen werden auch deren nährstoffreiche Nutzpflanzen und damit »gesunde Kalorien« vom Markt verdrängt. Stattdessen werden »tote Kalorien« konsumiert, die zu Fettleibigkeit und chronischen Krankheiten beitragen. Zugleich werden für den Zuckeranbau Ackerland und wertvolle Ressourcen genutzt, die zum Anbau nährstoffreicher Lebensmittel verwendet werden könnten. Die hohe Nachfrage nach Zucker hat damit Folgen für das gesamte Ernährungssystem. Ähnliche Trends lassen sich auch bei Mais und anderen Getreidesorten beobachten.

Ihre Machtposition erlaubt es Supermarktkonzernen, Kosten – etwa für Verpackungen – in der Lieferkette nach unten weiterzureichen und so die eigene Gewinnmarge zu erhöhen. Sie beschränken sich auf diejenigen Erzeuger*innen, die diese Kosten und Risiken schultern können, und verdrängen so Kleinbäuer*innen vom

Markt. Hinzu kommt, dass viele multinationale Handelsunternehmen frische Waren selbst einkaufen und transportieren, um den Mehrwert abzuschöpfen. Auf diese Weise können sie Zwischenhändler*innen umgehen und das verfügbare Angebot an frischen Waren reduzieren. Das bedroht vor allem die Existenz von kleineren, unabhängigen und informellen Händler*innen.

Darüber hinaus sind es die Marktführer, die bestimmen können, wie Frischwaren auszusehen haben, um verkäuflich zu sein. Mit ihren rigorosen Standards sind sie mitverantwortlich für die großen Mengen an Lebensmitteln, die an der Schwelle zum Vertrieb ausgesondert und vernichtet werden. Die Welternährungsorganisation geht davon aus, dass ein Drittel aller für den menschlichen Konsum produzierten Lebensmittel an irgendeinem Punkt auf dem Weg vom Produzenten zum Konsumenten verlorengeht oder weggeworfen wird (FAO, 2011).

DER GLOBALE VORMARSCH DER LEBENSMITTELMULTIS

Die Beherrschung des Ernährungssystems durch transnationale Konzerne beschleunigte sich mit dem ökonomischen Strukturwandel der 1970er Jahre und der Liberalisierung und Finanzialisierung der Weltmärkte seit den 1990er Jahren. Die Förderung des Freihandels im Rahmen der WTO hat alle Mitgliedstaaten in Handelsvereinbarungen gezwungen, die vor allem dem privaten Sektor in den kapitalistischen Kernländern nutzten. Schaut man sich das Wachstum der Agrarexporte aus diesen Ländern in den vergangenen drei Jahrzehnten an, so zeigen sich Tendenzen einer Überproduktionskrise. Staaten wurden gezwungen, ihre Märkte zu öffnen, was lokale Produzent*innen und Händler*innen zur Expansion zwang bzw. in den Ruin trieb.

Es sind die multinationalen Unternehmen, die diese Situation durch ihre Marktmacht und ihre strukturelle Dominanz in Produktion und Vertrieb aufrechterhalten. Mit ihrem massiven politischen Einfluss sind sie in der Lage, nationalstaatliche Institutionen und Politiken effektiv zu manipulieren (nicht zuletzt durch die Bestechung lokaler Politiker*innen). Sie können Steuerzahlungen umgehen, indem sie etwa überhöhte Kosten für ihre ausländischen Tochterunternehmen angeben und ihre Profite herunterrechnen. Damit schwächen sie unter anderem auch die Steuerbasis von Schwellenländern, von deren Infrastrukturen und öffentlichen Investitionen sie profitieren.

KONZERNMACHT GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT

Ernährungssicherheit dreht sich nicht nur um die Produktion ausreichender Kalorien. Das Ernährungssystem muss dafür sorgen, dass Kalorien nahrhaft, bezahlbar und leicht zugänglich sind und dass sie in Lebensmitteln stecken, die über ausreichend Proteine und Spurenelemente verfügen. Wir müssen deshalb nicht nur die Landwirtschaft radikal umgestalten, sondern die gesamte Wertschöpfungskette der Lebensmittelproduktion. Die Hauptakteure und -profiteure müssen reguliert und eingehegt werden. Zugleich müssen Subventionen und steuerpolitische Maßnahmen dazu führen, dass ungesundes Essen teurer wird und die Erzeugung wie auch der Konsum von gesundem Essen billiger.



Die kleinteilige lokale Landwirtschaft muss neu gestärkt werden, etwa indem sie bevorzugt in öffentliche Versorgungsprogramme und -maßnahmen einbezogen wird. Die Schaffung neuer und niedrigschwelliger Märkte muss mit der Regulierung von Lebensmittelhandel und Fast-Food-Unternehmen einhergehen. All das erfordert es, die Macht der Konzerne zurückzudrängen und die neoliberale Politik anzugreifen, die diese Form des Monopolkapitalismus begünstigt. Dafür ist eine breite Bewegung von unten notwendig, die für Ernährungssicherheit und damit letztendlich für unser Leben und Überleben kämpft.

Infusion. PlantLab erforscht Möglichkeiten, die Wachstumsbedingungen von Pflanzen zu optimieren (Wasser, Licht, Nahrung, CO_2 und Temperatur). Damit will das Unternehmen nach eigenen Angaben den Anbau revolutionieren. Angeblich produzieren Pflanzen so bis zu zehn Mal mehr als in einem normalen Gewächshaus und verbrauchen etwa 90 Prozent weniger Wasser. Eine so behandelte Pflanze soll ohne Pestizide auskommen und weniger anfällig für Krankheiten sein.

Aus dem Englischen von Jan-Peter Herrmann

LITERATUR

African Centre for Biosafety (ACB), 2012: Hazardous Harvest. Genetically Modified Crops in South Africa, 2008–2012, Johannesburg

Food and Agriculture Organization of the United Nations (FAO), 2011: Global Food Losses and Food Waste. Extent, Causes and Prevention, Rom

AGRARPOPULISMUS VON RECHTS ODER LINKS?

WIE WIR UM DEN LÄNDLICHEN RAUM KÄMPFEN MÜSSEN

SATURNINO M. BORRAS

Populismus ist das bewusste Verbinden von unterschiedlichen oder gar konkurrierenden Klassen- oder Gruppeninteressen zu einer relativ einheitlichen Stimme, mit der zu taktischen oder strategischen Zwecken ein »wir« – etwa »das Volk« – gegen die anderen – etwa »die da oben« – mobilisiert wird. Dieser Ansatz ist nicht notwendigerweise rückschrittlich oder reaktionär. Er ist nicht in einem Schwarz-weiß-Schema zu begreifen, sondern in Schattierungen und Graustufen. Auf diese Weise lassen sich unterschiedliche Stränge und Grade des Populismus und dessen Neigung zu Militarismus, Autoritarismus oder Demokratisierung vergleichen: Mugabe in Simbabwe, Thaksin in Thailand, Duterte auf den Philippinen, Modi in Indien, Trump in den USA, Le Pen in Frankreich, Erdoğan in der Türkei, Putin in Russland, Chávez in Venezuela, Correa in Ecuador oder Lula in Brasilien. »Zu fragen, *ob* eine Bewegung populistisch ist oder nicht, ist von vornherein eine falsche Frage«, erklärt Laclau (2005, 45).

»Stellen wir uns lieber die Frage: *In welchem Maße* ist eine Bewegung populistisch?«

Zwei Formen von Populismus sind Gegenstand dieses Beitrags: (1) der Rechtspopulismus – eine konservative oder reaktionäre Form, die im Namen »des Volkes« in Wirklichkeit den Kapitalismus verteidigt und in seiner gegenwärtigen Ausprägung zudem fremdenfeindlich, nationalistisch, rassistisch oder frauenfeindlich ist; (2) der Agrarpopulismus – die politische Bündelung unterschiedlicher Gruppen- und Klasseninteressen im ländlichen Raum zu einer einheitlichen Gruppierung, der »ländlichen Bevölkerung«. Der Letztere ist antikapitalistisch und propagiert einen »bäuerlichen Weg«, der als Alternative zum zerstörerischen Zugriff des Kapitalismus erscheint. Was ist das Verhältnis zwischen diesen Formen von Populismus? Und wie kann ein emanzipatorischer Agrarpopulismus aussehen, der seinen rechten Gegenpart effektiv schwächen kann?

DIE UMWÄLZUNG DES LÄNDLICHEN RAUMS UND DIE POLITISCHEN FOLGEN

Auch wenn die zunehmende Urbanisierung in aller Munde ist, lebt die Hälfte der Weltbevölkerung, rund drei Milliarden Menschen, noch immer auf dem Land. Politische Impulse aus dem ländlichen Raum sind zunehmend entscheidend für Wahlen und Demokratisierungsprozesse. Wo diese Wählergruppen relevante Anteile oder sogar die Mehrheit stellen, beeinflussen ländliche Themen auch populistische Diskurse und Kampagnen und werden umgekehrt von diesen beeinflusst.

Dabei können die Probleme, die in einer Region zum Aufstieg einer populistischen Bewegung beitragen, auch in einer anderen Region ihren Ursprung haben oder mit dieser verbunden sein. So hängt etwa der Aufstieg der bevölkerungsreichen und wohlhabenden Industrieregionen im südöstlichen China mit der massiven Landflucht aus anderen Regionen und dem zunehmenden Stadt-Land-Gefälle zusammen, das die chinesische Regierung gezwungen hat, ein populistisches Programm für einen »neuen sozialistischen ländlichen Raum« zu verabschieden. Diese gesamte Entwicklung wiederum ist verbunden mit dem Niedergang vieler Gemeinden in den USA, wo Fabriken stillgelegt wurden, weil das Kapital nach China oder an andere Standorte abgewandert ist. Die populistischen Impulse an unterschiedlichen Schauplätzen – dem ländlichen China, dem städtischen/industriellen China und den deindustrialisierten Regionen in den USA – bilden also einen Zusammenhang. Dies wirft aufs Neue die Frage nach einem Agrarpopulismus auf, der im Licht der aktuellen Populismen neu zu diskutieren ist.

SATURNINO ›JUN‹ M. BORRAS ist Aktivist und Wissenschaftler und seit den 1980er Jahren in ländlichen sozialen Bewegungen auf den Philippinen und weltweit aktiv. Er war am Aufbau von La Via Campesina beteiligt und ist Chefredakteur des *Journal of Peasant Studies*. Aktuell ist er Professor am International Institute of Social Studies (ISS) in Den Haag.

DER KAMPF UM ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT ALS OFFENE FLANKE

In den letzten zwei Jahrzehnten ist eine transnationale Bewegung für Ernährungssouveränität entstanden. Sie ist tendenziell breiter

aufgestellt als traditionelle ländliche Bewegungen, sowohl was ihre soziale Basis als auch ihre Themen angeht. Sie lässt sich sowohl als *Kritik* des globalen Ernährungssystems und seiner kapitalistischen Funktion begreifen, als *Alternative* im oder zum Kapitalismus und als *Bewegung*, die verschiedene komplementäre Kritiken verbindet und Alternativen aufbaut. Darin beschränkt sie sich nicht ausschließlich auf die Landwirtschaft, ist aber in vielen Punkten – was ihre Wurzeln, ihre soziale Basis und den politischen Impetus angeht – spezifisch ländlich geprägt.

Es gibt heikle Ähnlichkeiten und Verbindungslinien zwischen rechtspopulistischen und anderen populistischen Agrarbewegungen. Sie sind kein Zufall. Die politische Ökonomie, in der diese Populismen entstanden sind, prägt den politischen Raum als ganzen. Die Grenzen zwischen den rechten Strömungen und dem Populismus von Agrarbewegungen wie der für Ernährungssouveränität sind unscharf und fließend. Die Kritik an wirtschaftlichen Eliten und Oligarchen, die mithilfe von korrupten Beamten Industrie und Landwirtschaft aushöhlen, finden in beiden Strömungen ähnliche Resonanz. Die beiden Strömungen können im ländlichen Raum (und auch darüber hinaus) eine überraschend große gemeinsame Massenbasis haben. Das allgemeine Gefühl der Vernachlässigung, der Verlust an Wohlstand und politischem Einfluss, die Arbeitslosigkeit und der soziale Abstieg im ländlichen Raum können hier schnell zu denselben Leitthemen werden. Auch wirtschaftlich prekäre und marginalisierte Stadtbewohner*innen können zwischen den beiden Lagern schwanken.

Das bedeutet auch, dass es ein rutschiges Terrain gibt, auf dem der Populismus progressiver Agrarbewegungen den Rechtspopulismus verstärken und ihm zuarbeiten kann. Die Herausforderung besteht genau darin, den Populismus ohne seine autoritären Verlockungen und seine romantisch-restaurativen Tendenzen neu zu reklamieren. Ein »klassenbewusster Linkspopulismus« mit einem klar antikapitalistischen und sozialistischen Profil, in dem Agrarbewegungen und der Kampf um Ernährungssouveränität eine wichtige Rolle spielen, kann einen entscheidenden Beitrag leisten, um den globalen Vormarsch der rechten Bewegungen zu stoppen und einen positiven Gegenentwurf zu entwickeln.

ES GIBT NICHT »DEN« LÄNDLICHEN POPULISMUS

Für ein solches Projekt ist es notwendig, die Unterschiedlichkeit und Komplexität der transnationalen ländlichen Bewegungen zu betrachten, die in der Diskussion gern als einheitliche und homogene Bewegung dargestellt werden. Das sind sie aber nicht. Eine einfache Klassenanalyse zeigt deren Ausdifferenzierung im Hinblick auf ihre Klassenbasis, ihre Ideologie und ihre Politik (Edelman/Borras 2016). Es ist darum äußerst ungünstig, dass sie so häufig als amorphe »agrarpopulistische Bewegungen« in einen Topf geworfen und politisch abgetan werden.

So wird kaum diskutiert, dass bestimmte indische Bauernbewegungen letztendlich Bewegungen von reichen Großbauern oder durch diese gesteuert und damit strukturkonservativ sind. Auch wenn sie lautstark gegen städtische oder ausländische Konzerne agitieren, lassen

sie die grundlegenden Klassenfragen und die Forderungen der Landlosen nach Boden und Arbeit links liegen. Was für diese Bewegung gilt, lässt sich aber nicht auf La Via Campesina als Ganzes übertragen, auch wenn diese Akteure darin wichtige Mitglieder stellen. Die Schlüsselakteure innerhalb der transnationalen Bewegung um La Via Campesina stehen für völlig andere Perspektiven.

Dies wird deutlich, wenn man drei der Gründungsmitglieder von La Via Campesina anschaut: die brasilianische Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra (MST), eine locker marxistisch orientierte Landlosenbewegung; die philippinische Bauernbewegung Kilusang Magbubukid ng Pilipinas (KMP), die zum Kreis der marxistisch-leninistisch-maoistischen Linken gehört; und die andalusische Landarbeitergewerkschaft Sindicato de Obreros del Campo (SOC), die einer anarchosyndikalistischen Tradition entstammt. Sie alle haben explizit sozialistische Ziele und spielten in den verschiedenen Phasen der Entwicklung von La Via Campesina eine wichtige Führungsrolle. Diese drei Bewegungen entsprechen nicht dem klassischen Muster eines Agrarpopulismus im leninistischen (oder richtiger stalinistischen) Sinne oder einer der späteren Formen eines »Neopopulismus«; keine von ihnen ist konservativ, reaktionär oder utopistisch; keine ist in ihrer politischen Arbeit klassenblind; keine hat in ihrer Klassenbasis, ihrer Ideologie oder Politik Ähnlichkeit mit den indischen Großbauernbewegungen. Soweit ich aufgrund meiner langjährigen politischen Arbeit in den Agrarbewegungen weiß, tendiert die überwältigende Mehrheit der in La Via Campesina vernetzten Akteure sozial, politisch und ideologisch in unterschiedlichem Maße in die Richtung von MST, KMP oder SOC und weg von einem wie auch immer gearteten klassischen oder »Neo-Agrarpopulismus«.

DER KLASSENBASIERTE POPULISMUS VON LA VIA CAMPESINA

Die progressiven ländlichen Bewegungen sind heute relativ dynamisch. Sie handeln populistisch, weil sie die unterschiedlichen sozioökonomischen Interessen in einer gemeinsamen Stimme der »Landbevölkerung« bündeln. Der Aufstieg transnationaler Agrarbewegungen, vor allem von La Via Campesina, und die daraus entstandene Aktionsplattform Ernährungssouveränität ist seit der neoliberalen Schwächung der Arbeiterbewegungen und Gewerkschaften in den 1980er Jahren weltweit einer der hoffnungsvollsten Impulse für soziale Gerechtigkeit. La Via Campesina ist – nach unserer Definition des Begriffs – in ihrer Praxis eine populistische Bewegung. Ihr Agrarpopulismus ist nicht notwendigerweise klassenblind, wie in den Debatten oft unterstellt wird. Ganz allgemein sollte die Annahme, dass Populismus immer mit Klassenblindheit verbunden ist, im konkreten Fall geprüft werden. Nach meiner Auffassung gelingt es einigen dieser Bewegungen (in jedem Fall La Via Campesina oder zumindest großen Teilen davon) gerade durch ihr Klassenbewusstsein, die Interessen verschiedener Klassen und Gruppen ganz bewusst in übergreifenden Projekten zu verbinden.

Das bedeutet nicht, dass sie auf diese Weise die inneren Widersprüche und Gegensätze in diesem Verhältnis, etwa zwischen

Bäuer*innen und (migrantischen) Landarbeiter*innen, überwunden hätten. Es bedeutet nur, dass diese Klassenverhältnisse tatsächlich erkannt und benannt wurden, wenn auch in sehr unterschiedlichem Maße und je nach gesellschaftlichem Kontext und historischem Zeitpunkt variierend. Dieser Prozess ist ein notwendigerweise spannungsgeladener und konfliktträchtiger. Ein starres und sektiererisches Verständnis von Marx (und vielleicht auch Lenin) ist eine, aber nicht die einzig mögliche Form von Klassenpolitik, wie uns die gegensätzlichen Ansätze von Jeffery Paige (1975) und Eric Wolf (1969) verdeutlichen.

EINE POPULISTISCHE KLASSENAGENDA

Um größere Wirkung zu haben, müssen sich Agrarbewegungen in breiteren politischen Initiativen engagieren: in Wahlkämpfen, politischen Parteien oder übergreifenden Bündnissen. Sie müssen sich neue Politikfelder erschließen. Die Themen, die sie sich auf die Fahnen schreiben, wie etwa Landreform und Ernährungssouveränität, sind zwar strategisch wichtig, aber aus kapitalistischer Sicht relativ eng oder uninteressant im Vergleich zur allgemeinpolitischen Lage.

Ernährungssouveränität kann nur dann einen wichtigen Beitrag gegen den Rechtspopulismus leisten, wenn sie den Kampf für tief greifende soziale Veränderungen aufnimmt – und zwar auf fünf Ebenen.

1 | Dort, wo der Reichtum und seine Produktionsmittel, vor allem Land, im ländlichen Raum in einer skandalösen Weise monopolisiert werden (tendenziell im Verhältnis von eins zu 99 Prozent), wird die *Umverteilung* von Reichtum und Macht vordringlich. In Agrargesellschaften umfasst dies auch den freien Zugang und die Nutzung der grundlegenden Produktionsmittel: Land, Wasser, Seen und Wälder, die den Kapitalismus in seinem Kern infrage stellen.

2 | Dort, wo soziale Ausgrenzung, Marginalisierung und Diskriminierung einen Unterdrückungskomplex von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Sexismus bilden, wird das Ringen um *Anerkennung* zu einem zentralen Kampf, der die Rückschrittlichkeit der Rechtspopulisten offenlegt. In Agrargesellschaften kann dies eine Anerkennung des Rechts indigener Völker auf ihr Territorium umfassen oder auch das Recht von Frauen auf Zugang zu und Kontrolle von lebenswichtigen Ressourcen wie Land, Wasser und Wald.

3 | Wo Menschen ihr Land, ihre Häuser, ihre Ersparnisse, Renten und andere Produktions- und Reproduktionsmittel verlieren, weil sie ihnen von Konzernen weggenommen werden, oder dort, wo sie von Finanzhaien um ihre Gesundheitsversorgung betrogen werden, sind soziale Kämpfe um die Wiederaneignung (*Restitution*) zentral. In vielen ländlichen Gebieten bedeutet dies eine Rückerstattung von Land, Territorium, Wasser und Wäldern, besonders im Lichte des globalen Landraubs der letzten zehn Jahre.

4 | Die Umwelt- und Klimakrise ist das Merkmal unserer heutigen Phase der Weltgeschichte. Sie wird weitgehend vom Kapitalismus verursacht und ist tief in seiner Geschichte verwurzelt. Soziale Kämpfe für ökologische *Regeneration* und Umweltgerechtigkeit sind darum integraler Bestandteil der Kämpfe für soziale Gerechtigkeit. In den Agrarbewegungen für Ernährungssouveränität bedeutet dies auch den Kampf für eine ökologische Bewirtschaftung des Landes.



Zum Bild: 2012 startete die Tierschutzorganisation Wakker Dier eine Kampagne gegen industriell gezüchtete Masthühner. Wakker Dier gab dieser Rasse den Namen »plofkip« (Turbohühnchen): Innerhalb von sechs Wochen wird aus einem Küken ein Vogel von 2,3 Kilo, nachdem es genau 3,7 Kilo Futter zu sich genommen hat. Das Huhn auf dem Foto bekommt auf Drängen von Wakker Dier einen Gesundheitscheck von einem Tierarzt.

5 | Diese vier Ziele einer grundlegenden sozialen Veränderung können nur durch entschlossenen, unnachgiebigen und disruptiven *Widerstand* innerhalb oder gegen den Kapitalismus erreicht werden – das bedeutet: durch politische Revolution. Dies konfrontiert Agrarbewegungen unmittelbar mit rechtspopulistischen Gruppen.

Die fünf R *(Redistribution, Recognition, Restitution, Regeneration, Resistance)* lassen sich nicht als Checkliste behandeln, aus der man beliebig auswählen kann. Sie hängen in ihrer Logik zusammen, weil sie auf verschränkte Entwicklungen und Unterdrückungslogiken antworten.

Klasse und Populismus zu verbinden ist notwendig, trotz der darin unvermeidlich angelegten Konflikte und Widersprüche, doch der politische Akt dieser Verbindung erfolgt nicht per Zufall. Am vielversprechendsten ist ein erweiterter und neu belebter Linkspopulismus, der antikapitalistisch und sozialistisch ausgerichtet ist *und* sich grundlegend auf übergreifende Bündnisse stützt: zwischen den armen und mittleren Bäuer*innen, der »Arbeiterklasse« beziehungsweise der »arbeitenden Bevölkerung« sowie den prekären Teilen der Mittelschicht – und den sich darin überlappenden Gruppen, die durch Merkmale wie soziale Gruppe, Geschlecht, Rasse, Religion, Generation definiert werden. Ein solcher klassenbasierter Populismus weist weit hinaus über einen Populismus, der im Kern auf Identität basiert und die Klassenfrage negiert, unter den Tisch fallen lässt oder in eine Fußnote verbannt.

Aus dem Englischen von Thomas Laugstien

LITERATUR

Bernstein, Henry, 2010: Class Dynamics of Agrarian Change, Halifax

Edelman, Marc/Borras, Saturnino M., 2016: Political Dynamics of Transnational Agrarian Movements, Halifax

Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason, London

Paige, Jeffery M., 1975: Agrarian Revolution: Social Movements and Export Agriculture in the Underdeveloped World, New York

Shivji, Issa, 2017: The Concept of »Working People«, in: Agrarian South: Journal of Political Economy 1/2017, 1–13

Wolf, Eric R., 1969, Peasant Wars of the Twentieth Century, New York

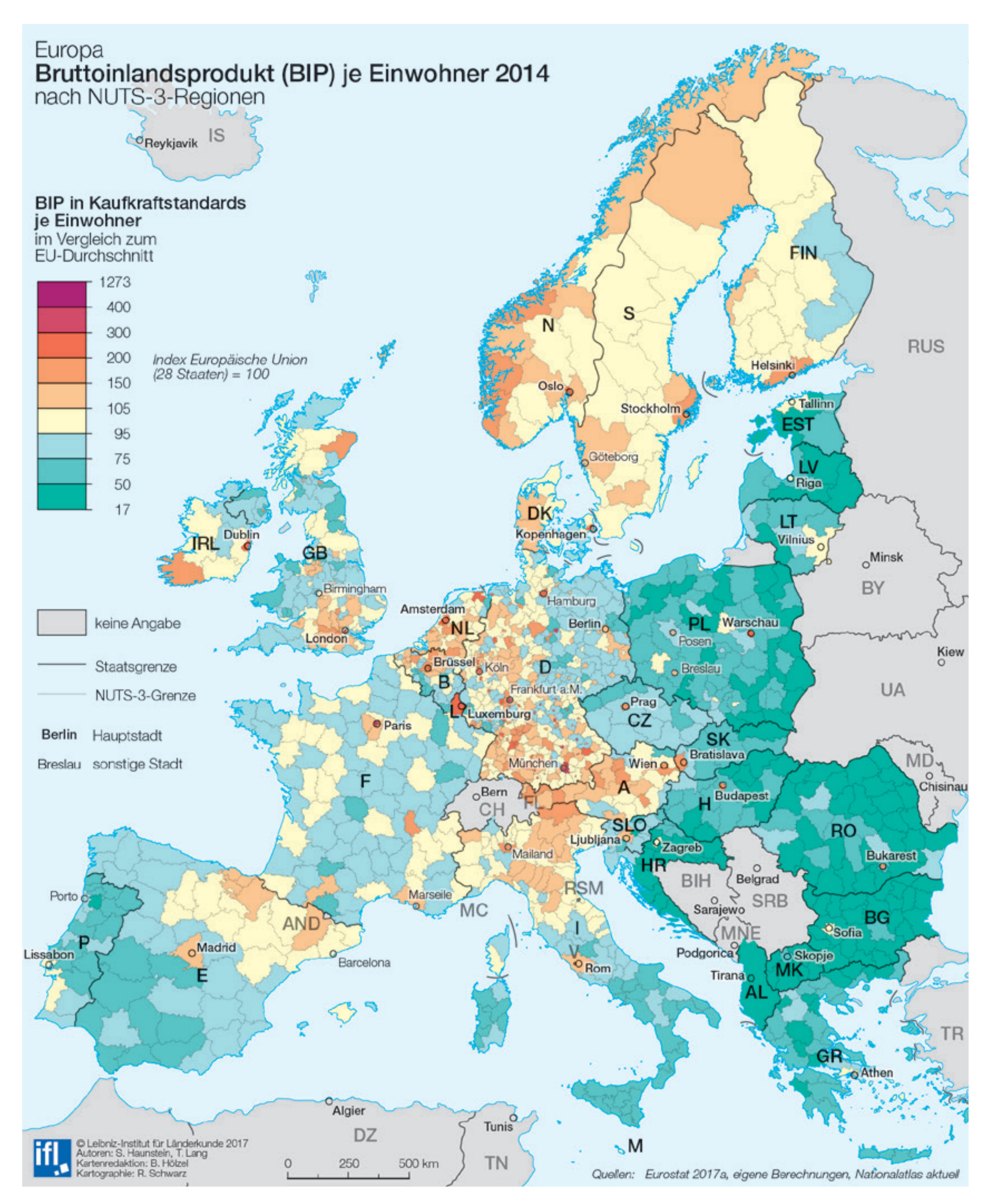




WIE DIE EU-POLITIK DEN LÄNDLICHEN RAUM INS ABSEITS DRÄNGT

Die Kluft zwischen wirtschaftsstarken Metropolen und strukturschwachen Regionen in Europa wächst – nicht nur zwischen, sondern auch innerhalb der EU-Staaten. Ein internationales Forschungsprojekt unter Leitung des Leibniz-Instituts für Länderkunde (IfL) geht den Ursachen und Folgen nach. Die neoliberale EU-Strukturpolitik der letzten Jahrzehnte, so ihre These, hat entscheidenden Anteil an der sozialräumlichen Polarisierung. Statt auf Umverteilung und Angleichung der Lebensverhältnisse wird zunehmend auf den Wettbewerb der Regionen und Wirtschaftsstandorte gesetzt. In der Folge wachsen die Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl der großen Städte. Deindustrialisierte Regionen und ländliche Räume geraten dagegen in eine Abwärtsspirale: Fachkräfte wandern ab, die Kommunen sollen sparen und die soziale Infrastruktur wird abgebaut. Die Spaltung zeichnet sich auch im Diskurs ab: Städte erscheinen dynamisch und zukunftsweisend, der ländliche Raum gilt als rückständig. Dies erzeugt ein Gefühl des Abgehängtseins, an das auch rechte Bewegungen erfolgreich anschließen können.

Mehr Informationen zum Projekt »Sozio-ökonomische und politische Antworten auf regionale Polarisierung in Mittel- und Osteuropa« (RegPol2) unter: www.regpol2.eu



Die regionale Ungleichheit wächst auch innerhalb der EU-Mitgliedstaaten. Die Karte bricht das Bruttoinlandsprodukt auf die einzelnen Regionen herunter. Dabei zeigt sich: Trotz eines anhaltenden Ost-West- und Nord-Süd-Gefälles finden sich ähnlich strukturschwache Regionen in Ostengland, Südspanien, Griechenland oder Bulgarien. Auch im wirtschaftsstarken Deutschland ist das Gefälle extrem.
Quelle: Lang, Thilo/Haunstein, Stefan, 2017: Wachsende regionale Polarisierung in Europa, in: Nationalatlas aktuell 11, Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), Leipzig, http://aktuell.nationalatlas.de/Polarisierung_in_Europa.8_09-2017.0.html

INTERVIEW

»WIR HABEN NICHT SATT«

WIE EINE ERWERBSLOSENINITIATIVE FÜR GUTES ESSEN STREITET

GESPRÄCH MIT MICHAEL BÄTTIG

Gutes Essen ist meist etwas für Menschen mit gehobenem Lebensstandard. Nicht nur wegen der Preise. Essen ist auch eine Kulturpraxis, über die sozialer Status (re)produziert wird. Wie kommt ihr als Arbeitsloseninitiative dazu, euch mit Ernährungsfragen zu beschäftigen?

Es fing damit an, dass die Ausgaben für Schnaps, Smartphone und Videostreaming zunehmend den Anteil für Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke im Hartz-IV-Regelsatz auffraßen. Als wir eine Erhöhung forderten, rieten uns auch wohlmeinende Menschen, wir sollten doch erstmal mit dem Rauchen aufhören und die Heizung beim Lüften ausdrehen. Man könne sich doch auch mit wenig Geld gesund und ökologisch ernähren. Tatsächlich steigt seit Jahren der Pro-Kopf-Energieverbrauch für Wohnen, Essen, Auto, Reisen proportional zur Höhe des Einkommens. Und zwar völlig unbeeinflusst vom pseudogrünen Postwachstumsdiskurs und unabhängig von Bildungsstand und politischer Einstellung.[1] Auf der ersten »Wir haben es satt«-Demonstration 2011 in Berlin haben wir es auf unserem Flugblatt so ausgedrückt:

»Ehrlich gesagt: Wir haben nicht satt! Wie auch: 4,83 Euro sind für einen Erwachsenen für Essen und Trinken pro Tag im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehen, für ein 14-jähriges Kind 3,99 Euro. Davon wird niemand satt. An gesunde oder gar Bio-Lebensmittel ist nicht zu denken. Was bleibt, ist der Weg zum Discounter. Und da schauen wir nicht auf Gentechnik oder faire Produktion, sondern nach den günstigsten Preisen. Weil sonst am Ende des Geldes zu viel Monat übrigbleibt. Die Aufforderung, wir sollten doch uns und unsere Kinder gesund ernähren, hört sich gut an – führt aber in der Regel nur zu einem sparsamen Gesichtsausdruck. Ihr schüttelt über unsere ›Konsumgewohnheiten‹ den Kopf, und wir halten Eure Bioläden für Luxus.«[2]

Ihr habt viel Aufmerksamkeit bekommen, als ihr gemeinsam mit Bäuer*innen faire Preise und »gesundes Essen für alle« gefordert habt.

Unsere Bündnisarbeit in diesem Bereich begann mit den europäischen Bauernprotes-

ten 2008/09. Damals wurde mit Blockaden, Demonstrationen, Streiks und Misthaufen vor Regierungsgebäuden für höhere Milchpreise gekämpft. Bäuer*innen in unserer Region, die im Bundesverband Deutscher Milchviehhalter organisiert waren – eine Alternative zum traditionellen Bauernverband, der eher Lobbyist der Agrarindustrie ist –, wollten damals mit anderen gesellschaftlichen Gruppen wie Studierenden und Erwerbslosen zusammenarbeiten. So haben wir angefangen, über gemeinsame Interessen und dann auch Aktionen nachzudenken.

Wir haben Kontakte zu Gewerkschaften, zu kirchlichen Organisationen und sozialen Einrichtungen geknüpft und das bundesweite Bündnis für ein menschenwürdiges Existenzminimum initiiert. Gemeinsam blockierten wir zum Beispiel einen Schlachthof, um gegen Lohndumping zu protestieren, oder einen Hafen aus Protest gegen Futtermittelimporte aus der »Dritten Welt«. Und wir waren auch bei anderen Aktionen wie den »Wir haben es satt«-Demos dabei. Über die Zeit ist in der Region ein informelles Netzwerk sozialer und ökologischer Initiativen entstanden.

Dass Erwerbslose sich gegen Lohndumping organisieren, ist nicht selbstverständlich. Wie genau mobilisiert ihr, wenn es um diese Themen geht?

Rund ein Drittel aller Haushalte in Deutschland hat für Lebensmittel ungefähr so viel zur Verfügung wie auch im Hartz-IV-Regelsatz vorgesehen ist: pro Monat etwa 145 Euro für einen alleinstehenden Erwachsenen. Das reicht für eine halbwegs ausgewogene Ernährung (nicht bio!) auch dann kaum, wenn man den ganzen Tag damit verbringt, den billigsten Angeboten hinterherzurennen. Dieses Problem betrifft also längst nicht nur Menschen im Hartz-IV-Bezug.
Zugleich sind die Lebensmittelpreise Druckmittel für Löhne. 300 000 Bäuer*innen ernähren in Deutschland 80 Millionen Menschen. Ihre Produkte werden zu über 90 Prozent von fünf Ketten vermarktet: Edeka, Rewe, Aldi, Lidl und Metro. Sie diktieren Preise, Qualität, die Bedingungen der Erzeugung, Verarbeitung und Vermarktung. Ihre wachsende Marktmacht bedroht die Existenz kleiner Lebensmittelproduzent*innen. Sie sind verantwortlich für unmenschliche Löhne und Arbeitsbedingungen weltweit und zerstören mit den immer weiteren Transportwegen die Umwelt. Mit Hartz IV sind wir aber gezwungen, bei Aldi und Lidl einzukaufen. Wir werden als Rechtfertigung für den Preiskrieg der Discounter missbraucht. Billiglöhne sind nur mit billigen Lebensmitteln möglich und billige Lebensmittel sind nur mit Billiglöhnen herzustellen.

Auf diesen Zusammenhang versuchen wir unsere Leute hinzuweisen. Uns ist die Qualität unserer Ernährung und unserer Umwelt nicht egal. Und uns ist auch nicht egal, unter welchen Bedingungen die Lebensmittel produziert werden und wie dabei mit der Umwelt und den Tieren umgegangen wird. Die Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze

MICHAEL BÄTTIG ist seit mehr als 30 Jahren in der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) aktiv. Die ALSO ist eine der ältesten unabhängigen Erwerbsloseninitiativen in der Bundesrepublik.

ist also keine isolierte Forderung, sondern Teil eines größeren Projekts. Konkret mobilisieren wir je nach Anlass hier im Arbeitslosenzentrum, über unsere Sozialberatung oder über befreundete Initiativen und Bündnisse. Einmal im Monat, an den »Zahltagen«, sind wir vor dem Jobcenter, verteilen Flugblätter und sprechen mit den Leuten. Außerdem schreiben wir natürlich Artikel und geben Interviews, so wie euch gerade.

Was müsste passieren, um mit diesem größeren Projekt weiterzukommen?

Die Kunst der politischen Aufklärung besteht zurzeit darin, konkrete Handlungsperspektiven aufzuzeigen – jenseits der Ideologie, dass das individuelle Konsumverhalten für die globale Nahrungsmittelproduktion verantwortlich ist, und jenseits davon, einfach resignativ-fatalistisch weiterzugrillen, weil sich ja strukturell eh nichts ändern lässt. Seit ein paar Jahren kauft die ALSO für das wöchentliche öffentliche Frühstück im Arbeitslosenzentrum im benachbarten Bioladen ein. Das hat den Kapitalismus bislang nur wenig erschüttert, führt aber zu Diskussionen und neuen Verbindungen zwischen Menschen und Initiativen. Für die größeren Veränderungen müssen die sozialen und ökologischen Projekte vor Ort zusammenfinden.

In diesem Sinne weiten wir aktuell unsere Sozialberatung auf die angrenzenden Landkreise Vechta und Oldenburg aus. Dort befinden sich europäische Zentren der industriellen Fleisch- und Nahrungsmittelproduktion. In den letzten 15 bis 20 Jahren wurde hier vor allem mit Leiharbeiter*innen aus Osteuropa ein riesiger Billiglohnsektor aufgebaut, in dem zum Teil unvorstellbare Ausbeutungs- und Lebensverhältnisse herrschen. Betroffene berichten, dass sie von Vorarbeitern rassistisch beschimpft und in einzelnen Fällen gar geschlagen werden. In unseren Beratungsgesprächen erfahren wir davon und teilen dies auch anderen Beratungsstellen und Gewerkschaften mit. Leider nehmen auch namhafte Bio-Lebensmittelproduzenten die Dienstleistungen solcher Betriebe in Anspruch, zum Beispiel für die Ausstallung der Tiere vor dem Schlachten.

Inzwischen ist es uns gelungen, in den migrantischen Communities Vertrauen aufzubauen. Wir leisten in Kooperation mit lokalen Gewerkschafts-, Kirchen- und Wohlfahrtsverbänden direkte Unterstützung für Betroffene, um Ansprüche gegen die Jobcenter durchzusetzen und um die Wohnverhältnisse zu verbessern. Hier gibt es vonseiten der Nahrungsmittelgewerkschaft NGG, der IG BAU und ver.di durchaus ernsthafte Organisierungsbemühungen und eine gute Zusammenarbeit bei Beratungen und Aktionen.

Wie reagieren Gewerkschafter*innen denn auf eure Forderung nach höheren Regelsätzen?

Naja, wenn es direkt um die Erhöhung des Regelsatzes oder gar ein Grundeinkommen geht, tun sich Gewerkschafter*innen noch immer schwer. Einkommen und Erwerbsarbeit zu entkoppeln ist angstbesetzt – das sieht man ja momentan auch bei der Rentendiskussion. Gerade deshalb weisen wir ja auf den Zusammenhang von Arbeits- und Produktionsbedingungen, von Dumpingpreisen im Discounter und niedrigen Hartz-IV-Sätzen hin. Vor Ort konkret zusammenzuarbeiten, erleichtert das

gegenseitige Verständnis. Aber es ist auch noch ein Stück Weg zu gehen.



Raucherecke. Aus hygienischen Gründen darf das Personal bei Verbeek Hatchery das Gebäude während der Arbeitszeit nicht verlassen. Das Unternehmen ist hermetisch von der Umwelt abgeschirmt, um das Infektionsrisiko zu minimieren. Im gesamten Innenraum herrscht Überdruck, um zu gewährleisten, dass verschmutzte Luft draußen bleibt.

Was ist für euch das Wegweisende an dieser Bündnisarbeit?
Neue sozialökologische Bündnisse lassen sich nicht darauf reduzieren, dass Erwerbslose auch Biolebensmittel kaufen wollen. Lebensmittel sind nicht nur Mittel zum Leben, sie sind auch ein Vehikel, um Profite zu maximieren. Die enormen Produktivitätsfortschritte in der Landwirtschaft haben großen Anteil daran, dass die Kosten zur Wiederherstellung der Arbeitskraft so gering bleiben konnten. Wenn die Lebensmittel billig sind, brauchen die Löhne nicht so hoch zu sein, und die Profite steigen.

Wir sehen deshalb zentrale Auseinandersetzungen in der Nahrungsmittelproduktion mit ihren zerstörerischen Auswirkungen auf Mensch und Natur und im Dienstleistungs- und Handelssektor mit der verschärften Ausbeutung der meist migrantischen Arbeitskräfte. Hier liegt der materialistische Kern der neuen Bündnisse aus Gewerkschaften, Bauern- und Umweltverbänden, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Erwerbslosennetzwerken. Was wir daraus machen, liegt auch an uns. Anders als in klassischen gewerkschaftlichen Kämpfen für mehr Lohn geht es uns darum, warum und wie produziert wird und um das, was wir unter einem »guten Leben für alle« verstehen. Wir kämpfen darum gegen die Exportorientierung der Agrarindustrie und für eine ökologische, faire, regionale und bäuerliche Landwirtschaft. Und natürlich kämpfen wir für eine ausreichende Grundsicherung auf europäischer Ebene, damit wir alle uns ökologisch und fair produzierte Lebensmittel leisten können. Und den Schnaps.

Das Gespräch führte Barbara Fried.

---

1 Vgl. Umweltbundesamt, 2016: Repräsentative Erhebung von Pro-Kopf-Verbräuchen natürlicher Ressourcen in Deutschland, Berlin.
2 Die Zahlen sind für 2018 angepasst.



ARBEIT UND LEBEN

ALEXANDER LABRENTZ



Brandenburg und Sachsen-Anhalt. Bis zur Wende arbeiteten hier Tausende in riesigen LPG-Betrieben. Jeder Zehnte war in der DDR in der Landwirtschaft tätig. Von ihnen sind – knapp 30 Jahre nach der Wende – nur noch wenige geblieben. Zwar konnten sich viele Agrargenossenschaften als LPG-Nachfolger behaupten, doch war der Preis dafür sehr hoch. Nichtökonomische Funktionen wie Angebote der Daseinsvorsorge wurden ausgegliedert, Personal massiv abgebaut. Allein bis 1993 verloren vier von fünf in der Landwirtschaft Beschäftigten in Ostdeutschland ihren Job. Rationalisierung und Landflucht haben die Betriebe leergefegt. Alexander Labrentz besuchte die, die geblieben sind. Weil sie wollten oder weil sie mussten. Für seine Fotoreportage war er in neun Agrarbetrieben unterwegs. Zwischen 2006 und 2009 studierte Labrentz Fotografie an der Ostkreuzschule. Er lebt als freier Fotograf in Berlin.

HARTZ-IV-MENÜ UND FEINKOSTTHEKE

ERNÄHRUNGSPOLITIK MUSS KULINARISCHE TEILHABE FÜR ALLE ERMÖGLICHEN

DANIEL KOFAHL

Weltweit gibt es gemessen in Kilokalorien mehr Nahrung, als man benötigen würde, um alle Menschen ausreichend satt zu bekommen. Dass überhaupt noch gehungert wird, ist zumindest im Moment primär ein Verteilungsproblem und weniger eins der Produktion. In Deutschland ist die Fülle von Lebensmitteln offensichtlich. Die Supermarktregale sind gefüllt, allerorten gibt es Restaurants unterschiedlicher Couleur, und im Zweifel ruft man halt einen Lieferdienst, der einem das Essen bequem an die Haustür bringt. Das Schlaraffenland scheint Wirklichkeit geworden zu sein. Zumindest für alle, die dafür zahlen können. Wer dazu nicht in der Lage ist, darf durch die Schaufenster der Geschäfte gucken oder, zeitgemäßer, durch die Bildschirmscheibe in die zahllosen Kochshows, wie wohlschmeckend und ambitioniert andere kochen, kochen lassen und essen.

Von der Politik wird Ernährung oft allein unter dem ernährungsmedizinischen Prinzip diskutiert. Damit wird lediglich ein spezi-

fischer naturwissenschaftlicher Teilaspekt thematisiert. Bei diesem dreht es sich um zwei Punkte. Zum einen wird gefragt, ob das Speisenangebot, das den Menschen so reichhaltig präsentiert wird, der Gesundheit förderlich oder eher abträglich ist. Zum anderen geht es darum, wie Konsument*innen die ihnen zur Verfügung stehende Nahrung im Sinne ihrer eigenen Gesundheit und der Volksgesundheit am besten nutzen können.

Sicherlich ist es wichtig, die Konsument*innen vor Giften im Essen und vor arglistigen Täuschungen zu schützen. Doch wenn hier erst einmal die größten und offensichtlichsten Problemfälle aus dem Weg geräumt sind, wird es schnell komplex und kompliziert. Was genau ist gesund und was nicht? Weder bei raffiniertem Zucker noch bei Glyphosat ist die Sachlage eindeutig klar. Es ist immer die Dosis, die das Gift macht. Und auch vermeintlich gesunde Lebensmittel wie Äpfel oder Kokosnüsse können, verzehrt man sie ausschließlich, in die Mangelernährung führen.

DIE NEUE ARMENSPEISE

Es ist eine vielfältige Ernährung, die am wahrscheinlichsten zumindest nicht krankmacht. Hier könnte man die Richtlinien der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) heranziehen, die für eine sogenannte vollwertige Ernährung wirbt. Nun scheint es nach Studienlage, dass sich besonders Menschen mit sozioökonomisch niedrigem Status eher nicht so ernähren, wie es sich die DGE vorstellt. Hierzu soll das penetranteste Argument gleich ausgeräumt werden, im sogenannten Hartz-IV-Regelsatz sei genügend Geld für eine gesunde, vollwertige Ernährung vorhanden. Dieser sieht 145,04 Euro für Nahrungsmittel vor. In einem Monat mit 30 Tagen sind das etwa 4,83 Euro pro Tag. Für Erwachsene wohlgemerkt. Kinder kommen mehrheitlich deutlich schlechter weg. Sicherlich, mit diesem Budget stirbt in Deutschland niemand den Hungertot. Man kaufe einfach Brot und Milch im Discounter und schon befindet man sich in einer Situation, um die viele Menschen in Ostafrika einen wohl tatsächlich beneiden würden. Doch das kann nicht der Referenzpunkt für die politische Klärung der Ernährungsfrage sein. Denn satt allein heißt noch nicht einmal, wenn man auf die physiologischen Parameter schaut, genug. Hier stößt man auf das Phänomen des »versteckten Hungers«.

Wie viel Geld man in Deutschland tatsächlich für Nahrungsmittel benötigt, die im Sinne der DGE zu einer »vollwertigen Ernährung« beitragen, ist in Fachkreisen umstritten. Einig ist man sich aber darüber, dass fünf Euro nicht reichen. Langfristig droht eine physiologische Mangelernährung als Folge. Das heißt, die Ernährungssouveränität der Menschen, denen lediglich der Hartz-IV-Satz zur Verfügung steht, ist extrem beschnitten. Da helfen auch keine zynischen »Hartz-IV-Speisepläne«, wie sie der ehemalige Berliner Finanzsenator Sarrazin auf-

DANIEL KOFAHL ist Ernährungssoziologe. Er leitet das Büro für Agrarpolitik und Ernährungskultur (APEK) und ist Dozent für Ernährungssoziologie an der Universität Wien. Er ist Sprecher der AG Kulinarische Ethnologie der Deutschen Gesellschaft für Sozial- und Kulturanthropologie sowie ausgebildeter Multiplikator der Menschenrechtsorganisation FIAN.

gestellt hat. In diesen war akribisch dargelegt, was Leistungsempfänger*innen an welchem Wochentag kochen und essen sollen. Mal davon abgesehen, dass man hier sieht, dass nicht jeder, der es versteht, den Sozialstaat zu schleifen, auch ein Talent für schmackhaftes Kochen mitbringt, zeigt dieser Diätplan deutlich: Man hat sich gar nicht so sehr von mittelalterlichen Speiseregularien emanzipiert. Damals wurde auch zwischen Bauern- und Herrenspeise unterschieden. Die Aristokratie regelte zum Teil detailliert, welcher Schicht welches Essen zustand. Selbstverständlich war es nur »natürlich«, dass erlesene Speisen wie Weißbrot oder delikate Vögel den höheren Schichten vorbehalten waren, während die unteren Schichten dunkles Brot und Haferschleim aßen. Jetzt gibt es also wieder die definierte »Prekariatsspeise« und zu dieser gehören weder zertifizierte Bioprodukte noch Artikel von der Feinkosttheke.

KLASSE GESCHMACK

Doch Gesundheit ist bei der Ernährung nicht alles. Essen und Trinken sind nicht nur eine spezifische Kategorie des medizinischen Systems, sondern sie sind die grundlegendste Kulturtechnik menschlichen Lebens, vor allem auch des Zusammenlebens. Darüber, wie, wo und mit wem man isst und trinkt, kann man sich mit anderen Menschen vergemeinschaften. Ein gemeinsam entwickelter Geschmack drückt Gefühle sozialer Zugehörigkeit aus – oder man kann sich durch die Ernährungspraxis abgrenzen und Eigenständigkeit betonen. Religiöse Nahrungstabus wie von Schweinfleisch bei Muslimen und Juden oder das katholisch-christliche Gebot des Fleischverzichts an jedem Freitag sind allgemein bekannt und drücken dieses Wechselspiel von speisenbezogener Gruppenzugehörigkeit und Grenzziehung aus. Was jedoch immer wieder vergessen wird, ist, dass es alimentäre Grenzziehungen auch in säkularer Form gibt: Ökologisch orientierte Tierrechtsaktivisten bekommt man nur schwer zu McDonald's, in einer Hip-Hop-Peer-Group ist mit Dinkelkeksen schlecht Eindruck zu schinden und dem Bildungsbürgertum kann man zwar inzwischen problemlos asiatische Insektengerichte präsentieren, aber man erntet nur Ekel und abschätzige Blicke, wenn man Preacher's Chicken Ketcha-Cola aus einem der White-Trash-Cooking-Bücher serviert.

Über den Ernährungsstil, den man pflegt – also die Lebensmittel, die man einkauft oder meidet und auf unterschiedliche Arten zubereitet –, sowie über die Restaurants, die man besucht oder über deren Schwelle man nie den Fuß setzen würde, drücken Menschen ihre soziokulturelle Persönlichkeit aus. Wer am Existenzminimum lebt, dem wird diese Möglichkeit genommen. Die Ernährungssouveränität ist nicht nur in Hinsicht auf die gesundheitlichen Möglichkeiten beschränkt, sie ist in Bezug auf die soziokulturelle Teilhabe, die in diesem Fall kulinarische Teilhabe genannt wird, nahezu außer Kraft gesetzt.

Die Ernährungssouveränität ist da komplett ausgehebelt, wo die Menschen keine eigenen Mittel mehr zur Verfügung haben, selbst zu entscheiden, was sie essen wollen. Etwa wenn sie vorrationierte zusammengestellte Lebensmittelpakete erhalten oder wenn sie gezwungen sind, zu einer der Tafeln zu gehen, wo sie Lebensmittel erhalten, die andere als überflüssig deklariert haben. Zumeist haben jedoch selbst die sozioökonomisch Schwächeren

in Deutschland ein kleines Budget zur freien Verfügung, um ihre Lebensmittel einzukaufen. Berufspolitiker*innen mit ansehnlichen Einkünften ebenso wie professionalisierte Ernährungsberater*innen sehen jedoch mit Sorge, dass sich viele Menschen nicht an wissenschaftlichen Nährwerttabellen orientieren, sondern an Geschmack, Bequemlichkeit, Tradition, persönlichem Vertrauen oder gar hedonistischem Genuss. Anstatt saisonal, regional, zucker- und fleischreduziert zu essen und zu trinken, werden Softdrinks, Cheeseburger und Süßwaren gekauft.

NEGATIVE GESCHMACKSBILDUNG

Bürgerliche Ernährungs- und Sozialpolitiker*innen sehen in dieser Ernährungspraxis meist ein Bildungsdefizit. Offensichtlich sind die sozioökonomisch Schwächeren nicht nur arm an finanziellen Mitteln, sondern auch an Ernährungswissen. Sie opfern ihre Gesundheit auf dem Altar des schnellen Wohlgeschmacks und sind aufgrund ihres Unwissens leichte Opfer ernährungsindustrieller Verführungsstrategien. In Aufklärungskampagnen und mit Bildungsofferten wird versucht, die Konsument*innen von Fast Food, industriell produziertem Essen, Zuckergebäck oder zu viel Fleisch abzubringen und zu belehren, wie man sich auch anders, gesünder und gleichzeitig günstig ernähren kann. Oft wird dabei das Argument ins Feld geführt, das gesunde Essen oder die vorgeblich natürlichen Produkte würden sogar besser schmecken. Weil der mit viel Liebe zubereitete Kohlsalat dann aber vielleicht doch nicht die geschmackliche Durchschlagskraft entfaltet, dass die adressierten Essenden dafür ihre bisherigen Mahlzeiten aus dem Speiseplan streichen würden, wird als nächster Schritt auf die negative Geschmacksbildung umgestellt. Das heißt, dass dort, wo die propagierte Alternative sich nicht von allein durchsetzt, die bisherig bevorzugte Variante geschmacklich oder moralisch abgewertet wird. In religiösen Kulturen geschieht dies, indem man die zweifelhafte Praktik mit sündhaftem Verhalten und mit Höllenvorstellungen in Beziehung setzt, sodass Gläubige stets fürchten müssen, postmortal für ihre Verfehlungen zu büßen.
In der säkularisiert-bürgerlichen Klassengesellschaft werden die Ernährungspraktiken des Prekariats hingegen mit gesundheitlichen Folgeschäden, moralischer Verkommenheit sowie verschwenderischer Unvernunft assoziiert. Das Mantra der ungesunden Lebensmittel etwa aus industrieller Produktion wird so oft wiederholt, im Übrigen auch von linker Seite, bis denjenigen, denen ihr bisheriges Essen damit diskursiv kontaminiert wird, entweder angst und bange wird oder es sie beschämt. Die Teilnehmerin eines Workshops für Ernährungsberater, in dem ich als Dozent tätig war, äußerte den vielsagenden Satz: »Wir wollen ja niemandem etwas verbieten, aber es muss schon wehtun, wenn man zu diesen Produkten greift!«

Als nächster Schritt wird eine Sanktionsgewalt eingefordert, die, wenn schon die soziale Ächtung nicht greift, über den Preis laufen soll. Über Mindestpreise oder Verbrauchssteuern auf Zucker, Fett oder Fleisch soll die Ernährungspraxis gesteuert werden. Allerdings ist es nicht so, dass diese Produkte allein in den sozioökonomisch schwächeren Schichten verzehrt werden. Doch wie bei jeder Preiserhöhung findet hier die Transformation von Produkten aus dem Bereich des Alltäglichen in

die Sphäre der Luxus- und Prestigegüter statt. Es mag sich heutzutage kaum jemand mehr daran erinnern, aber nicht nur Fleisch war einst eine Herrenspeise. Auch Eiscreme und Schokolade standen jahrhundertelang nur den Oberschichten zur Verfügung.

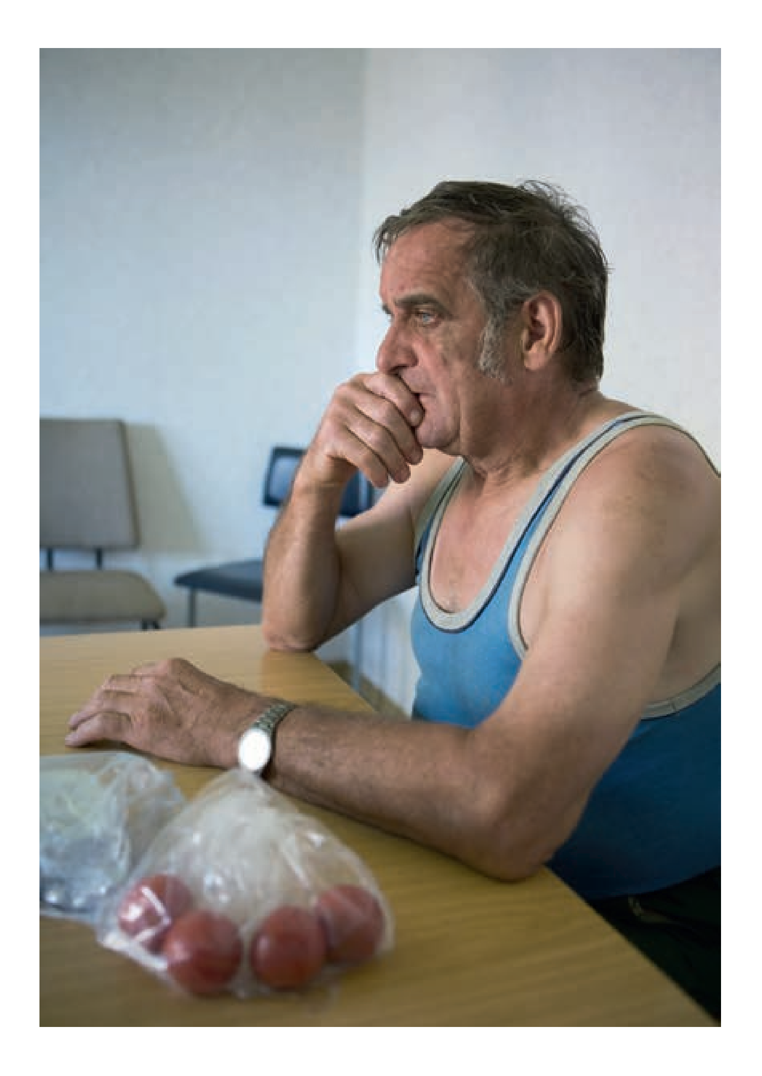
Es ist bei allen Sympathiebekundungen breiter Teile der Linken für antiindustrielle Ideen und Bewegungen nicht möglich, einfach darüber hinwegzugehen, dass mit der Industrialisierung – und zwar im Agrarsektor wie auch bei der Lebensmittelproduktion – eine Demokratisierung des Alimentären und der kulinarischen Teilhabe erreicht werden konnte. Sehr großen Teilen der Bevölkerung wurden vormals restriktiv gehandelte Lebensmittel und exklusive kulinarische Kultur zugänglich gemacht. Unbestritten muss über ökologische und ökonomiedemokratische Fragen bezüglich dieser Produktionsweise debattiert werden. Durch Preiserhöhungen allein würden diejenigen, die unter Budgetrestriktionen stehen, allerdings zwangsweise auf Diät gesetzt. Diejenigen, denen das Geld lockerer in der Tasche sitzt, werden weiter essen und trinken können, was sie wollen.

Sich etwas zu gönnen, das schmeckt und das einem das Gefühl gibt, an den Esskulturen der Weltgesellschaft teilzuhaben, etwas, dem auch zentrale Bezugspersonen einen Wert zuschreiben und nicht nur verkrampft freundliche, doch ebenso offensichtlich belehrende Ernährungsbeauftragte – alles legitime Gründe, den Speiseplan nicht einfach auf Druck »von oben« umzustellen.

Das gilt auch für den Kampf gegen das industriell produzierte Convenience Food. Das entkrampfte Verhältnis zum Fertigessen führt zu panischen Sorgen vor einem Niedergang der Esskultur. Klar, wer es sich leisten kann, jeden Tag außer Haus zu essen, hat gut reden. Doch viele, bei denen das Geld nicht so locker sitzt, haben nach einem anstrengenden Arbeitstag keine Energie mehr, die dann doch nicht immer so lustvolle Alltagsküche zu erledigen. Diese bleibt im Übrigen immer noch überwiegend an den Frauen hängen. Wer die Zeit anders verwenden möchte, zum Beispiel für politisches Engagement, der greift ins Gefrierfach oder zur Dose. Wer nicht an der neuen bildungsbürgerlichen Lust am Kochen partizipieren kann oder will, wird jedoch schnell diskreditiert. Natürlich sollte ein entspannter Koch- und Essgenuss jenseits ökonomischer Rationalisierung allen offenstehen. Zugleich muss es aber allen möglich sein, dieser Pflicht zum tätigen Genuss auch kritisch gegenüberzustehen.

Im 19. Jahrhundert gab es schon einmal eine Form bürgerlichen Aufklärungspaternalismus. Die unteren Schichten sollten zur gesunden und maßvollen Ernährung gemäß ihrem sozialen Status erzogen werden. Wie in der Gegenwart wollte man den ärmeren Bevölkerungsgruppen vermitteln, dass sich auch mit wenig Geld passabel leben lässt, vorausgesetzt, man gibt sich mit der Budgetplanung Mühe und misst die Ansprüche nicht am reich gedeckten Tisch der Oberschicht. Die aufkommende sozialdemokratische Arbeiterbewegung fand das allerdings nicht so plausibel wie mancher Nachfahre 150 Jahre später. Julius Posts schilderte 1889 »eine heftige Ablehnung vieler Arbeiter gegenüber der Verteilung von Schriften zur Ernährung und Haushaltsführung. Dieses Vorgehen wurde als Maßregelung und Gängelung empfunden.

Geschürt wurde der Unmut über derartige Verstöße durch die teils massive Kritik der Sozialdemokratie. Insbesondere die in den Arbeiterlehrbüchern gepredigte Genügsamkeit und Gottesfürchtigkeit wurde verurteilt. Gleichzeitig prangerten Sozialdemokraten [...] die vorgegebenen Mahlzeitenpläne als Heuchelei und Instrument des Bemühens an, die Arbeiter zu einer den Niedriglöhnen angepassten Lebensweise zu erziehen.« (Hierholzer 2010, 285)



KULINARISCHE TEILHABE

Was bedeutet diese Einführung in das politökonomische Feld der Ernährungskultur nun für die Linke? Dass sie sich beim Thema Ernährung nicht allein auf den medizinisch-physiologischen Standpunkt beschränken darf. Essen und Trinken besitzen immer eine soziokulturelle Komponente. Wer einen Kindergeburtstag feiern will und kein Geld für Kuchen und Limonaden übrig hat, wer zu einem politischen Event gehen will und selbst im linken Infoladen zwei Euro für ein Getränk berappen muss, wer nie eine Meinung zu einer neuen alimentären Entwicklung vorzubringen vermag, weil die dazugehörigen Produkte oder die dazugehörige Gastronomie nahezu unbezahlbar sind, ist von kulinarischer Teilhabe an der Gesellschaft ausgeschlossen und wird oft mit sozialer Scham belegt. Ein anvisierter Ernährungswandel in der Gesamtgesellschaft muss demokratisch ablaufen. Dazu gehört auch, andere Ess- und Geschmacksvorlieben ernst zu nehmen, sie erst einmal zu verstehen, anstatt sie imperativ zu stigmatisieren und mit der Preiskeule autoritär ausmerzen zu wollen. Das kann im Übrigen ungewollte Rückkopplungseffekte mit sich bringen. Preiserhöhungen werten Produkte auf. Wenn sie dann auch noch von den höher stehenden Schichten weiter gern verzehrt werden, steigt der Appetit auf sie an. Auch kulinarische Egalität lässt sich am ehesten über eine Angleichung der sozioökonomischen Verhältnisse erreichen, also über mehr Einkommensgerechtigkeit, Umverteilung von Vermögen und über partizipative Bildung. Das ist zwar schwieriger, als einfach per Dekret Nahrungstabus zu erlassen. Doch es ist die sozialere und demokratischere Variante.

LITERATUR

Hierholzer, Vera, 2010: Nahrung nach Norm, Göttingen

ESSEN IST POLITISCH

WARUM IMMER MEHR MENSCHEN ES SATTHABEN

JÜRGEN MAIER

Essen ist politisch. Unter diesem Motto demonstrierten am 20. Januar 33 000 Menschen in Berlin gegen die Agrarindustrie und die Agrarpolitik der Bundesregierung. Es waren deutlich mehr als im Vorjahr, und es waren vor allem mehr junge Leute und Familien mit Kindern dabei. Seit acht Jahren finden die Demonstrationen alljährlich zur »Grünen Woche« im Januar statt, unter dem Motto »Wir haben Agrarindustrie satt«. Und das bei Wind und Wetter. Mit 160 Traktoren beteiligten sich dieses Jahr so viele Landwirte[1] wie noch nie. Auch sie haben eine Agrarpolitik satt, die sie zu den Sündenböcken der Nation macht und ihnen immer häufiger die Existenzgrundlage nimmt.

Umweltschützer, Tierschützer, Bauern, Verbraucher – das sind keine natürlichen Verbündeten. Umweltschützer sehen Bauern gerne als Glyphosatspritzer und Wasserverschmutzer, Tierschützer halten sie für Tierquäler, Bauern wiederum betrachten die Umwelt- und Tierschützer oft als städtische Spinner und werfen den Verbrauchern vor, Umweltschutz und gutes

Essen zum Geiz-ist-geil-Preis zu wollen. Solche Klischees und Vorurteile halten sich immer noch, aber sie lassen nach. Die Demos gegen die Agrarindustrie bringen seit vielen Jahren diese unterschiedlichen Milieus zusammen und das gegenseitige Verständnis wächst langsam, aber sicher. Denn allen ist klar: Allein erreichen wir nichts. Städtische Verbraucher und Umweltschützer erkennen: Bäuerliche Betriebe können die gewünschten Qualitätsanforderungen nur erfüllen, wenn sie nicht auf den Kosten sitzen bleiben – und immer mehr Landwirte haben den Glauben an die »Wachse-oder-weiche-Ideologie« verloren und wollen Klasse statt Masse produzieren, nicht zuletzt weil man damit wieder mehr verdient.

Es ist durchaus nicht einfach, dieses Bündnis zusammenzuhalten, und es gibt genug Themen, die kontrovers sind. Schon allein die Frage, was man eigentlich genau unter Agrarindustrie oder Massentierhaltung versteht, ist schwierig zu beantworten. Durch die oft existenzbedrohende Marktlage und die vielen Skandale vor allem in der Tierhaltung liegen die Nerven vieler Bauern blank. Sie spüren zwar den wirtschaftlichen Druck einer verfehlten Agrarpolitik, die Regierung und Bauernverband weiter propagieren, aber es ist auch offensichtlich, dass nur eine Minderheit im »Wir haben es satt«-Bündnis Verbündete sieht. Auf viele wirken die Demos so, als seien sie gegen »die Bauern« gerichtet anstatt gegen die herrschende Agrarpolitik.

Dass Veganer gemeinsam mit Tierhaltern für eine andere Landwirtschaftspolitik demonstrieren, ist auch keine Selbstverständlichkeit. Dennoch ist dieses Bündnis stärker denn je, weil offensichtlich ist, dass es die richtigen Antworten auf die Krise der heutigen Land- und Ernährungswirtschaft hat. Wir spüren es: Aussitzen wird nicht mehr lange funktionieren, weder ökologisch noch ökonomisch. Wenn wir ehrlich sind, wissen wir alle: Früher oder später müssen unsere Forderungen gehört werden, spätestens wenn die Politik alles andere ausprobiert hat und nicht mehr anders kann. Denn der Grat, auf dem die Industrielandwirtschaft balanciert, wird zunehmend schmaler. Auf mehr als der Hälfte der Gensojafelder in den USA wachsen inzwischen Unkräuter, die gegen alle Pestizide, einschließlich Glyphosat, resistent sind und wie früher nur noch von Hand ausgerissen werden können. Auch der Ackerfuchsschwanz auf deutschen Äckern ist inzwischen auf dem besten Weg, gegen sämtliche gängigen Pestizide resistent zu werden. Der Eiweißgehalt des brasilianischen Gensojas sinkt seit Jahren, weil die Knöllchenbakterien im Boden durch die massiven Pestizideinsätze geschädigt werden. Die afrikanische Schweinepest rückt in Richtung Deutschland vor. Wer Fleischmärkte globalisiert, globalisiert eben auch Schweinepest und Vogelgrippe. Gegen aggressive Nematodenwürmer ist in norddeutschen Kartoffelmonokulturen kaum noch ein Kraut gewachsen. In Norddeutschland herrscht Güllenotstand, das Grundwasser ist so nitratverseucht, dass Deutschland bald Strafzahlungen an die EU wegen permanenter Vertragsverletzung leisten

JÜRGEN MAIER ist seit 1996 Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung, einem Netzwerk von über 40 NGOs, bei dem auch die Kampagne »Meine Landwirtschaft« angesiedelt ist.

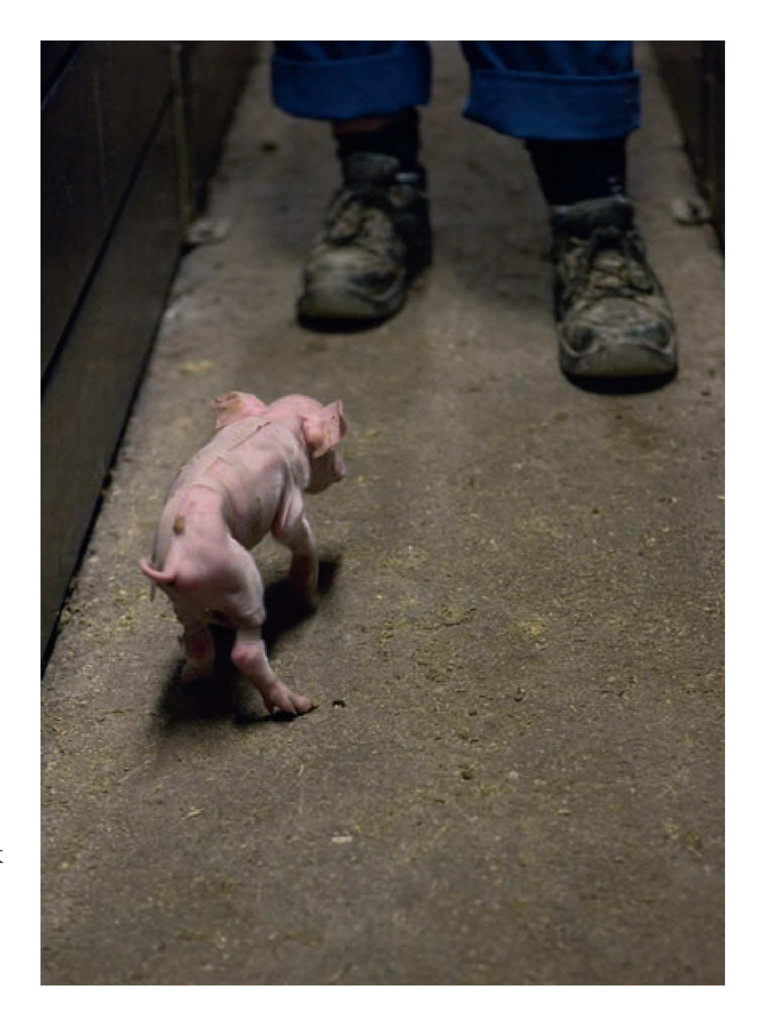
muss. Das Insekten- und Bienensterben zeigt, dass die Industrielandwirtschaft ganze Ökosysteme plattmacht. Der Strom solcher Hiobsbotschaften reißt nicht ab und macht immer mehr Menschen klar: So kann es nicht weitergehen. Solche Probleme wären schon eine enorme Herausforderung für eine wirtschaftlich gesunde Branche, aber das ist die heutige Landwirtschaft nicht. Der Preisdruck nimmt weiter zu, aus vielerlei Gründen: Überproduktion, extreme Marktmacht der Discounter, Marktöffnungen durch Freihandelsabkommen. Wenn vor diesem Hintergrund Bundesregierung und Agrarindustrie so weitermachen wollen wie bisher, wirkt das auf immer mehr Menschen nur noch anachronistisch – und zwar auf dem Land ebenso wie in der Stadt. Auf dem Land ist die Krise deutlicher zu spüren: Die Landflucht, die Perspektivlosigkeit vieler ländlicher Regionen ist eben auch eine Konsequenz aus einer Landwirtschaft, die immer weniger Arbeitsplätze schafft und immer stärker von globalisierten Marktkräften bestimmt wird. Auch das Lebensmittelhandwerk, ob Bäckerei, Fleischerei oder Einzelhandel, ist längst industriell durchrationalisiert und bietet allenfalls noch prekäre Arbeitsplätze. Aber die boomende Nachfrage nach regionalen Lebensmitteln zeigt, dass die auf politischen Druck hin globalisierte und industrialisierte Nahrungsmittelwirtschaft auch in den Städten auf immer mehr Misstrauen stößt.

Initiativen für eine andere Landwirtschaft und Esskultur schießen deshalb wie Pilze aus dem Boden. Regionale Labels boomen, die Biobranche feiert Umsatzrekorde. »Solidarische Landwirtschaft« bringt Bauern und Verbraucher direkt zusammen. Unternehmen und Betriebe steigen öffentlichkeitswirksam aus Glyphosat aus. Auch politisch passiert an der Basis viel. Selbst in einem agrarpolitischen Notstandsgebiet wie Brandenburg bekam ein Volksbegehren gegen die Massentierhaltung locker die notwendigen Unterschriften zusammen. Versuche des Umsteuerns zu einer zukunftsfähigen bäuerlichen Agri-Kultur befinden sich aber im Wettlauf mit den sich stetig verschlechternden politischen Rahmenbedingungen. Wenn die Politik endlich umsteuert, muss es auch noch Landwirte geben, die die Agrarindustrie wieder ersetzen.

Wir brauchen eine Landwirtschaft in der Region für die Region. Weltmärkte für Smartphones mögen sinnvoll sein, Weltmärkte für Milch sind Schwachsinn. Deshalb müssen wir die Globalisierung der Agrarmärkte wieder zurückdrehen, die Preisbildungsmechanismen von den Weltmärkten auf regionale Märkte zurückverlagern. Solchen Ansichten stimmen heute breite Mehrheiten der Bevölkerung zu. Dennoch verhandelt die EU-Kommission über 20 weitere Freihandelsabkommen, die alle eines vorsehen: die weitere Öffnung und Globalisierung der Agrarmärkte. Erklärtes Ziel ist die weitere Senkung der Erzeugerpreise, und das heißt im Klartext die weitere Industrialisierung der Landwirtschaft, denn mit diesem Preisdruck können bäuerliche Erzeuger überall auf der Welt nicht mithalten. All dies geschieht mit einstimmiger Rückendeckung aller EU-Mitgliedstaaten, egal welche Parteien in den Ländern regieren, alle wollen sie mehr Fleischimporte aus Südamerika und Australien, mehr Exporte von Milch und verarbeiteten Lebensmitteln aus der EU in alle Welt. Ein regelrechter Preiskrieg, ein Roulettespiel mit der Zukunft der Landwirtschaft, anachronistisch, aber

politisch gewollt. All dies ist eine Kampfansage an die bäuerliche und regionale Landwirtschaft, nicht nur in den betroffenen »Partnerländern«, sondern auch in Europa. Wer hat eigentlich etwas davon, wenn das geplante EU-Japan-Abkommen die kleinbäuerliche Landwirtschaft in Japan plattmacht, die bisher noch in der Region für die Region produziert? Wer hat etwas davon, dass industrielle EU-Exporte die bäuerliche Landwirtschaft afrikanischer Länder zerstören und Migrationsursachen schaffen? Wer hat etwas davon, dass südamerikanische Agrarbarone künftig in großem Stil Rindfleisch in die EU exportieren dürfen und den heimischen Erzeugern den Markt kaputtmachen?

Die tiefe Kluft zwischen politischer Klasse und Gesellschaft in allen westlichen Ländern zeigt sich in der Landwirtschaftspolitik besonders deutlich. Der Widerstand gegen TTIP fing bekanntlich auch mit dem Essen an. Wie der Kapitän eines untergehenden Schiffes winkte Noch-Landwirtschaftsminister Christian Schmidt die Verlängerung der Glyphosat-Zulassung in Brüssel durch. Beifall bekommt er dafür selbst von seiner eigenen Klientel nicht mehr. Die Menschen wollen weniger Gift, weniger tote Bienen, weniger Hochleistungskühe und Massentierhaltung, aber dafür gesundes und gutes Essen aus der Region zu einem fairen Preis. Für politisch wirksame Mehrheiten muss dies verbunden werden mit einer Bewegung für neue wirtschaftliche Perspektiven des ländlichen Raums.
Wir brauchen eine grundlegende Umorientierung unserer Handels- und Außenwirtschaftspolitik. Der globale Konkurrenzkampf aller gegen alle ist ein Irrweg. Die Verwerfungen sehen wir überall. Wir müssen unsere Exportrekorde nicht erhöhen, sondern runterfahren, Arbeitsplätze durch mehr regionale Wirtschaftsstrukturen schaffen. Das heißt auch, wir müssen einige Märkte wieder regionalisieren, Globalisierung zurückfahren, per Freihandelsabkommen erzwungene Marktöffnungen zurücknehmen, statt immer mehr Existenzen zu zerstören. Die Landwirtschaft wird der erste Sektor sein, in dem die heutige Überglobalisierung auf ein vernünftiges Maß zurückgedrängt wird. Denn auf Dauer kann man in einer Demokratie nicht das Gegenteil von dem machen, was die Menschen wollen.



1 Auf ausdrücklichen Wunsch des Autors wird in diesem Artikel auf die übliche gendergerechte Schreibweise verzichtet.

INTERVIEW

WER DAS FELD BESTELLT

WIE WANDERARBEITER*INNEN UM IHRE RECHTE KÄMPFEN

GESPRÄCH MIT KATHARINA VARELMANN

Die deutsche Landwirtschaft ist auf Wanderarbeiter*innen aus dem Ausland angewiesen. Jährlich kommen rund 314 000 Menschen nach Deutschland, um Spargel zu stechen oder Erdbeeren und Gemüse zu ernten. In der Landwirtschaft und im Gartenbau stellen sie rund 60 Prozent der Beschäftigten. Ihre Arbeit ist »flexibel und unsicher«: ein kurzer Aufenthalt ohne eine Integration in die sozialen Sicherungssysteme. Das macht auch die gewerkschaftliche Organisierung so schwierig. Hier setzt die 2016 gegründete »Initiative Faire Landarbeit« an.

Auch heute fällt in der deutschen Landwirtschaft ein hohes Maß an einfacher Handarbeit an. Was bis in die 1960er Jahre von Frauen, Studierenden oder Erwerbslosen, die sich etwas »dazuverdienen« wollten, erledigt wurde, übernehmen heute zum großen Teil Migrant*innen. Warum ist das so?

Dass Migrant*innen in der Landwirtschaft arbeiten, hat jahrhundertealte Tradition. Schon seit den 1860er Jahren wurden fehlende Hände durch Wanderarbeitskräfte ausgeglichen.

Heute sind die Rahmenbedingungen andere. Der Lebensmittelmarkt ist hart umkämpft und es herrscht ein gnadenloser Preisdruck. Insbesondere bei der Ernte von Obst und Gemüse ist die menschliche Arbeitskraft ein wesentlicher Kostenfaktor. Durch die Vergrößerung und Spezialisierung der Betriebe werden in sehr kurzen Zeiträumen sehr viele Hände für einfache Tätigkeiten gebraucht. Genau hier wird versucht, die Lohnkosten zu drücken oder automatisierte Verfahren einzusetzen. Dass diese Arbeit auch heute fast ausschließlich Migrant*innen erledigen, hängt mit dem Lohn- und Wohlstandsgefälle in Europa zusammen und mit einer räumlichen Verschiebung von sozialen Problemen. Das zeigt vereinfacht das Beispiel Rumänien: Agrarkonzerne eignen sich dort Flächen für die industrielle Exportproduktion an. Die kleinen Betriebe können dem Preisdruck nicht standhalten. Damit verschwinden Perspektiven im ländlichen Raum und die Menschen suchen Verdienstmöglichkeiten in anderen Ländern.

Wer sind denn die Erntehelfer*innen und warum gehen sie nach Deutschland? Sind die Gründe vor allem Armut und Perspektivlosigkeit oder gibt es auch andere Motive?

Traditionell kommt ein Großteil der landwirtschaftlichen Saisonarbeitskräfte aus Polen. Hier gibt es Betriebe mit guten, fast schon familiären Beziehungen zur Belegschaft. Seit der Öffnung des Arbeitsmarktes 2014 stellen Menschen aus Rumänien und Bulgarien die zweitgrößte Gruppe der Beschäftigten. Außerdem kommen viele Arbeiter*innen aus Serbien, Kroatien und seit Kurzem auch aus der Ukraine. Das sind aber nicht nur arme oder mittellose Menschen. Einige nehmen sich Urlaub, um in kurzer Zeit oft ein Vielfaches ihres regulären Einkommes zu verdienen. Es gibt auch junge Menschen, die sich damit ihr Studium finanzieren. Viele finden eine kurzfristige Beschäftigung attraktiv. Die Anwerbung erfolgt oft über Mundpropaganda, über Verwandte und Bekannte. Es gibt auch (häufig illegale) Vermittlungsagenturen, die mitunter hohe Gebühren fordern und ein Rundum-sorglos-Paket versprechen: »Du musst dich um nichts kümmern, wir holen dich ab und die Verträge warten auf dich.« Diese Agenturen haben ein gutes Netzwerk und können unliebsame Beschäftigte einfach austauschen. Mitunter werden auch die Pässe einbehalten, um zu verhindern, dass die Menschen ihren Arbeitsplatz verlassen.

Wie genau sehen die Arbeitsbedingungen auf den Feldern aus? Wie ist das System Saisonarbeit organisiert?

Für eine kurzzeitige Beschäftigung in der Landwirtschaft (unter 70 Tagen) fallen keine

KATHARINA VARELMANN ist Gemüsegärtnerin und Agrarwissenschaftlerin. Zurzeit arbeitet sie im gewerkschaftsnahen PECO-Institut, einem Verein für nachhaltige Regionalentwicklung, der sich in der Initiative Faire Landwirtschaft engagiert.

Sozialabgaben an. Darum wird diese Form am häufigsten genutzt. Ein Grundproblem sind die sehr langen Arbeitszeiten, zum Teil sieben Tage die Woche und 10 bis 14 Stunden am Tag. Unbezahlte Überstunden und die hohe körperliche Belastung kommen noch hinzu.

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hätte es vielerorts zu einer Verdopplung des Stundenlohns kommen müssen. Das hat die Betriebe erfinderisch gemacht, zum Beispiel bei der Anwendung von Akkordlöhnen. Die sind eigentlich nur erlaubt, wenn pro Stunde der Mindestlohn erreicht wird. Häufig werden die Stückzahlen digital erfasst und automatisch in Zeiteinheiten umgerechnet. Zufällig kommt dann immer der Mindeststundenlohn heraus. Dass die Beschäftigten für diese Menge tatsächlich viel länger gebraucht haben, können sie schwer nachweisen. Häufig gibt es weder Arbeitsverträge noch eine klare Dokumentation der Arbeitszeiten. Zudem werden den Beschäftigten häufig unverhältnismäßig hohe Summen für Essen und eine (zum Teil miserable) Unterbringung abgezogen. Selbst die Schutzkleidung oder Arbeitsmaterialien wie Spargelmesser müssen sie vielerorts rechtswidrig selbst bezahlen. Dass wir diese dreisten Formen der Ausbeutung immer wieder antreffen, legt eine ausgeklügelte Systematik des Lohndumpings nahe.

Warum ist es für migrantische Saisonkräfte so schwierig, sich dagegen zu wehren?

Die Betriebe üben enormen Druck aus. Wenn Erntehelfer*innen die Leistung nicht schaffen, können sie von heute auf morgen gekündigt werden. Diese wiederum sind an stabilen Verhältnissen interessiert. Sie wollen in kurzer Zeit so viel wie möglich verdienen und auch im nächsten Jahr wiederkommen. Viele sind nur unzureichend über ihre Rechte in Deutschland informiert. Oft werden die Löhne auch erst am Tag der Abreise ausgezahlt. Viele merken dann erst im Bus nach Hause, dass sie nicht genug bekommen haben, und können nachträglich kaum dagegen vorgehen. Zugleich haben wir den Eindruck, dass sich das System von Vorarbeiter*innen und Vermittler*innen immer weiter professionalisiert. Viele Beschäftigte weigern sich, mit uns zu sprechen, und nehmen unsere Flyer nur heimlich an. Oft scheinen sie »vorgewarnt« zu sein. Das zeigt aber auch, dass die Arbeitgeber*innen in uns eine Bedrohung sehen.

Was sind Strategien, um die Beschäftigten zu stärken, und wo genau setzt eure Initiative Faire Landwirtschaft an?

Das DGB-Projekte »Faire Mobilität« und der Europäische Verein für Wanderarbeiterfragen (EVW) bieten schon länger eine arbeitsrechtliche Beratung für mobile Beschäftigte an. Lange kamen aber kaum Menschen aus der Landwirtschaft. Die logische Konsequenz war: Wir müssen die Beschäftigten dort aufsuchen, wo sie leben und arbeiten, also auf den Feldern und in den Unterkünften. Dazu war es wichtig, unterschiedliche Akteure zusammenzubringen: neben den Beratungsstellen auch das PECO-Institut, die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt und das Bündnis gegen Menschenhandel. Wir wollen die Isolation der Saisonarbeiter*innen aufbrechen, ihnen Informationen und Beratung zugänglich machen und sie ermutigen, sich nicht alles gefallen zu lassen.

Dafür erstellen wir Informationsmaterialien in mehreren Sprachen. Wir bemühen uns, einfache Instrumente zu verbreiten, die handlungsfähig machen und die Organisierung unterstützen, zum Beispiel Arbeitszeitkalender. Wir sprechen mit den Beschäftigten über ihre Rechte, möglichst in der eigenen Muttersprache. In den Beratungsstellen arbeiten viele engagierte Menschen mit Migrationserfahrung und den nötigen Sprachkenntnissen. Durch den persönlichen Kontakt wird Vertrauen aufgebaut – mit Erfolg. In den Regionen, wo wir immer wieder auftauchen, steigt auch die Zahl derjenigen, die sich beraten lassen. Ganz wichtig ist der Kontakt zu den Communities der Migrant*innen, auch über soziale Medien.

Wir haben auf diesem Weg einiges erreichen können. Manche Migrant*innen beenden das Arbeitsverhältnis nach wenigen Tagen und sagen vor dem Zoll aus, wie ihr Betrieb die Mindestlöhne umgeht. Mehrfach konnten wir die Zahlung ausstehender Löhne durchsetzen, indem wir mit der Presse gedroht haben. Zwei polnische Erntehelfer, die auf einem Weingut in Hessen gearbeitet haben und nicht bezahlt wurden, konnten im letzten Jahr vor Gericht ihren Jahreslohn erstreiten. Das sind Erfolge, die Mut machen.

Was müsste denn passieren, um die Bedingungen strukturell zu verbessern? Und wie



lieẞe sich das Thema noch besser verankern, etwa in den Debatten um gute Ernährung?
Ein wichtiges Ziel ist der Ausbau von Beratungsstrukturen, auch in den Entsendeländern. Dafür arbeiten wir mit Agrargewerkschaften, Behörden und Initiativen aus Polen, Bulgarien und Rumänien zusammen. In einer europäischen Partnerschaft entwickeln wir eine App zu den Rechten von Saisonarbeitskräften. Sehr sinnvoll wäre es, wenn Gewerkschaften eine angepasste Form der Mitgliedschaft für Saisonkräfte entwickeln würden, die zum Beispiel auf Ortswechsel eingestellt ist.

Dieses Jahr wollen wir mit unseren Informationstouren mehr Menschen erreichen. Dafür versuchen wir, die Initiative Faire Landarbeit um neue Akteure wie etwa lokale Aktionsgruppen, NGOs, Kirche und Vereine zu erweitern. Sehr wichtig ist uns, die Frage der Arbeitsbedingungen auch in die Diskussionen um Ernährungssouveränität einzubringen, etwa durch unsere Mitarbeit im Nyéléni-Bündnis. Dieses Jahr haben wir gezielt für Auszubildende im Ökolandbau Seminare zu den Themen Arbeitsrecht und Gewerkschaften durchgeführt.

Wir sind zudem der Meinung, dass Schutzinstrumente für Arbeitnehmer*innen auch Teil der gemeinsamen Agrarpolitik auf europäischer Ebene sein müssen, etwa durch die Integration von Regelungen zum Arbeits- und Gesundheitsschutz. Ich würde mir wünschen, dass alle Menschen, die in der Lebensmittelproduktion arbeiten, für ihre Arbeitsrechte und das Recht auf ein gutes Leben kollektiv einstehen. Das passiert in dieser Branche viel zu wenig.

Das Gespräch führte Hannah Schurian.

AUFSTAND AM ANFANG DER LIEFERKETTE

IN SÜDAFRIKAS LANDWIRTSCHAFT UND LEBENSMITTELINDUSTRIE FORMIERT SICH EINE NEUE ARBEITERBEWEGUNG

RONALD WESSO

Die Arbeiterbewegung in Südafrika befindet sich im Umbruch. Die etablierten Gewerkschaften vertreten vor allem die fest angestellten Beschäftigten, die ein Mindestmaß an Schutz vor den schlimmsten Verwerfungen des Neoliberalismus genießen. Bäuer*innen, Migrant*innen, »outgesourcte« Beschäftigte und Zeitarbeitskräfte, darunter insbesondere Frauen, sind jedoch von den gesetzlichen und institutionellen Mindeststandards ausgenommen, die in den 1990er Jahren von den Gewerkschaften ausgehandelt werden konnten.

In der Landwirtschaft und der Lebensmittelindustrie haben genau diese ausgeschlossenen Beschäftigtengruppen begonnen, sich aus der Not heraus zu organisieren – außerhalb der traditionellen Gewerkschaften und zum Teil auch in direkter Abgrenzung zu deren Sozialpartnerschaft mit den neoliberalen Kapitalisten. Darin spiegelt sich auch die Restrukturierung der kapitalistischen Produktion wider, in der der Anteil an dauerhaften Beschäfti-

gungsformen abnimmt und prekäre und ausgelagerte Beschäftigung immer wichtiger wird. Das ist der Grund für den Niedergang der traditionellen Gewerkschaften und die Entstehung neuer, lokal orientierter Akteure. Sowohl die neuen informellen Arbeiterforen wie auch die neuen Gewerkschaftsverbände für prekäre Arbeit*innen sind im Kern soziale Gewerkschaftsbewegungen (*social movement unions*). Diese Organisationen entspringen sehr unterschiedlichen Bedingungen und können in ihren politischen Ansichten stark variieren. Dennoch antworten sie auf ein- und dieselbe Herausforderung: eine massive Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Unternehmen. Wie können sie trotz der Unterschiede eine gemeinsame Bewegung bilden, die für existenzsichernde Löhne, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und die Emanzipation der Arbeiter*innen streitet?

MASSENSTREIK UND COMMUNITY WORK

Im Jahr 2012 gab es einen Massenstreik auf südafrikanischen Weinfarmen, der eine beispiellose Mobilisierung und Militanz erreichte. Der Streik endete mit einer Vereinbarung zwischen der Regierung und einer Gruppe von Gewerkschaften, angeführt vom Südafrikanischen Gewerkschaftskongress (Congress of South African Trade Unions/COSATU). Das Ergebnis war ein erheblicher Lohnanstieg von 52 Prozent für die Landarbeiter*innen.

Dennoch gab es große Wut unter den Beteiligten über die Beilegung des Streiks. Es waren vor allem die bei Subunternehmen oder Vermittlungsagenturen beschäftigten Saisonarbeiter*innen, die den Streik angestoßen und getragen hatten. Weder COSATU noch die ihr damals angegliederte Food and Allied Workers' Union (FAWU) vertraten diese Gruppen in nennenswerter Weise. Da die »Schlichtung« und Beendigung des Streiks auch mit staatlicher Repression und Gewalt verbunden war, fühlten sich viele Streikende übergangen und von den Gewerkschaften ausgenutzt.

So blieben wesentliche soziale Konflikte auch nach der Einigung ungelöst. »Die Löhne sind immer noch zu niedrig«, sagt Bettie Fortuin, eine der Führungsfiguren des Streiks. »Die Farmer zahlen selbst heute noch weniger als das Minimum. Jeden Tag erleben wir willkürliche Entlassungen.«

RONALD WESSO lebt in Johannesburg. Er ist Sprecher des Casual Workers Advice Office, einer gemeinnützigen Organisation, die die Kämpfe von prekär Beschäftigten unterstützt. Er forscht und berichtet über Arbeitskämpfe und Gewerkschaftsbewegungen in Südafrika.

Fehlender Wohnraum, Zwangsräumungen und mangelnder Zugang zu guten Kliniken seien weitere drängende Probleme. Von den großen Gewerkschaften ist sie nicht nur deshalb enttäuscht. »Wir haben versucht, mit ihnen zusammenzuarbeiten, aber es hat nicht funktioniert. Sie nehmen die Beiträge von den Landarbeiter*innen, aber sie kümmern sich nicht wirklich um sie.« Fortuin ist Teil einer Frauengruppe, die mit der NGO Women on Farms Project assoziiert ist und sich als deren »autonomes« Mitglied versteht. Die Gruppe spielte eine führende Rolle im Arbeitskampf und organisierte die Massenversammlungen der Streikenden. Zugleich

ist die Gruppe mit den vielfältigen Belangen von Saisonarbeiter*innen befasst, die in den Townships und informellen Siedlungen in der Nähe der Kleinstadt De Doorns leben. »Wir kümmern uns nicht nur um Probleme am Arbeitsplatz, sondern um allgemeine Anliegen der Community, wie zum Beispiel die Gesundheitsversorgung, den Zugang zu Wohnraum oder den Kampf gegen sexistische Gewalt.«

LANDARBEITER*INNEN GEMEINSAM ORGANISIEREN

Es gibt viele solcher Beispiele, bei denen Aktivist*innen aus lokalen Communities mit NGOs zusammenarbeiten, um die Arbeits- und Wohnverhältnisse von Landarbeiter*innen zu verbessern. Laurel Oettle von der NGO Association for Rural Advancement (AFRA) berichtet vom Siyanqoba Forum, das im Osten Südafrikas von sogenannten Arbeitspächter*innen[1] und deren Nachkommen gegründet wurde. Noch immer leben viele arme Landarbeiter*innen auf von Weißen geführten Farmen, auch wenn nicht mehr alle dort Lohnarbeit leisten. Dieser Gruppe geht es zuvorderst um Landrechte, um Wohnraum und Mobilität, also um Fragen, für die sich Gewerkschaften klassischerweise kaum interessieren. »In den letzten Jahren«, so Oettle, »wurden auf den Farmen immer mehr Saisonkräfte aus anderen Regionen und Ländern eingestellt. Diese Wanderarbeiter*innen sind extremer Ausbeutung ausgesetzt. Sie haben keine offizielle Vertretung, die ihre Kämpfe unterstützt. Als Forum versuchen wir, die Migrant*innen mit den lokalen Bewohner*innen der Farmen schrittweise zusammenzubringen. Ein ziemlich schwieriges Unterfangen, für das wir in Zukunft auch Gewerkschaften gewinnen wollen.«

Ein ähnliches Vorhaben verfolgt der Zusammenschluss der NGO Surplus People Project (SPP) mit dem Citrusdal Forum für Landarbeiter*innen, Farmbewohner*innen und Migrant*innen, das im 200 Kilometer entfernten Western Cape angesiedelt ist. Das Forum ging aus den Kämpfen schwarzer Farmbewohner*innen hervor und spielte eine zentrale Rolle in den Streiks von 2012/13. Hier gelang es, migrantische Arbeitskräfte aus ganz Südafrika und darüber hinaus anzusprechen. Im Gegensatz hierzu vertreten die etablierten Gewerkschaften laut Harry May vom Surplus People Project nur eine »kleine Minderheit von städtischen Arbeitern«. Dass das Forum »Migrant*innen« in seinen Namen aufgenommen hat, zeigt den Erfolg der Strategie. Allerdings bleibt es eine Herausforderung, auch nach Ende des Streiks deren aktive Beteiligung sicherzustellen.

Freddie Koopman vom Citrusdal Forum meint: »Wir sind keine Gewerkschaft und das hat gute Gründe. Viele Arbeiter*innen sind von den Gewerkschaften enttäuscht. Sie finden, dass gerade die hauptamtlichen Funktionäre die Interessen der Mitglieder aus dem Blick verloren haben. Die Probleme von Menschen, die keine Beiträge zahlen können, seien für sie uninteressant. Darunter fallen aber die dringlichsten Probleme, zum Beispiel die Ausgrenzung von LGBTI oder sexualisierte Gewalt durch Arbeitsvermittler, die die Abhängigkeit von prekären Arbeiterinnen ausbeuten.« Trotz dieser kritischen Haltung sind sich Koopman und May der Schwächen ihrer eigenen Organisations-

form bewusst. Das Forum in Gang zu halten sei schwierig und hänge von Freiwilligen ab, die jederzeit gehen könnten. Zudem müssten die Foren auch von den NGOs unabhängig sein, so May, und deshalb mit allen relevanten Akteuren eng zusammenarbeiten.

Das Citrusdal Forum ist Teil einer Kampagne für eine Agrarreform und Ernährungssouveränität und arbeitet hier mit Kleinbäuer*innen und anderen Gruppen zusammen, um ein breites antineoliberales Bündnis aufzubauen. Die Kampagne ist an La Vía Campesina, die globale Bauernbewegung für Ernährungssouveränität, angedockt.

WER VERTRITT DIE PREKÄREN?

Die kritische Haltung gegenüber den Gewerkschaften hängt eng mit deren Rolle während der Landarbeiterstreiks 2012/13 zusammen. Doch auch die Zeitarbeitskräfte in der Heineken-Brauerei in Sedibeng, Gauteng, sind gewerkschaftsfeindlich eingestellt.

Martha Xakaza ist Zeitarbeiterin und führt den Kampf für Festanstellungen in der Brauerei mit an. »Wir waren früher Teil der Gewerkschaft FAWU«, sagt sie, »aber sie hat uns nicht geholfen – weder was die Unterbezahlung noch was die sexuellen Übergriffe gegen Frauen angeht. Sie kümmern sich nur um die Festangestellten.«

Beschäftigte mit dauerhaften Arbeitsverträgen werden offiziell als »Festangestellte« geführt – auch wenn sie bei Subunternehmen oder Zeitarbeitsfirmen angestellt sind. Die Beschäftigten selbst benutzen den Begriff anders. Sie bezeichnen sich nur dann als fest angestellt, wenn sie einen Vertrag mit dem Arbeitgeber haben, an den sie durch ihre Agenturen oder Subunternehmen vermittelt werden. Andernfalls sind sie der gleichen Unsicherheit und Marginalisierung ausgesetzt wie befristet Beschäftigte. 2015 wurde mit der Einführung von Paragraf 198 eine wichtige Änderung in Südafrikas Arbeitsrecht vorgenommen. Wer Beschäftigte über Zeitarbeitsfirmen oder Subunternehmen länger als drei Monate beschäftigt, muss ihnen eine Festanstellung anbieten. Zudem sollen Zeitarbeiter*innen mit dem neuen Gesetz Anspruch auf Gleichbehandlung gegenüber Festangestellten haben, die ähnliche Tätigkeiten ausüben.

Zeitarbeitskräfte wie Xakaza und ihre Kolleg*innen bei Heineken begannen daraufhin, sich zu organisieren, um ihre neuen Rechte einzufordern. Allerdings außerhalb der traditionellen Gewerkschaften, von denen sie sich nicht ausreichend informiert fühlten. Auch sie arbeiteten eng mit einer NGO, dem Casual Workers Advice Office, zusammen. Ähnlich wie die Landarbeiter*innen schlossen sich auch die Beschäftigten in Südafrikas größtem Industriegebiet schließlich im Simunye Workers Forum (SWF) zusammen. Das Forum trifft Entscheidungen auf seiner zweiwöchig tagenden Generalversammlung und konstituiert sich durch Arbeiterräte in den Betrieben.

Ighsaan Schröder vom Beratungsbüro kritisiert die großen Gewerkschaften scharf: »Das Problem ist nicht nur, dass Gewerkschaften immer schwächer werden. Das Problem ist, dass sie auf die Seite der Arbeitgeber wechseln. Aktuell sehen wir das am Beispiel der FAWU bei Heineken, die die Zeitarbeitskräfte effektiv ausgeschlossen hat, was zu desaströsen Arbeitsbedingungen führt.«

Dies ist eine Anschuldigung, die von FAWU-Vertreter*innen vehement zurückgewiesen wird. Die FAWU hat 124 000 Mitglieder, hauptsächlich in der Lebensmittel- und Getränkeindustrie und in der Landwirtschaft. Sie existiert seit 1941 und spielte eine Schlüsselrolle im Kampf gegen die Apartheid. Erst kürzlich ist sie aus dem großen Gewerkschaftsbund COSATU ausgetreten und hat den neuen linken südafrikanischen Gewerkschaftsbund (SAFTU) mitbegründet. Laut FAWU-Generalsekretär Katishi Masemola hat sie dies getan, um eine Institutionalisierung und politische Einhegung von Kämpfen zu verhindern. »Wir erwarten von dem neuen Verband eine dauerhaft militante und kampagnenorientierte Herangehensweise und Programmatik.« In seiner ersten Sitzung verpflichtete sich der Verband zu einer Massenkampagne, die gezielt Zeitarbeiter*innen ansprechen soll.

Dies ist auch eine Reaktion auf die Kritik an der FAWU. Im Falle von Heineken geht sie auf das Vorgehen der Gewerkschaft gegenüber der Selbstorganisation von Zeitarbeiter*innen wie Xakaza zurück: Als sie gemeinsam mit 500 Kolleg*innen begann, ihr Recht nach Paragraf 198 einzufordern und sich im Simunye Workers Forum zu organisieren, reagierte Heineken mit einem schnellen Deal mit der FAWU. 33 Arbeiter*innen wurden fest angestellt, der Rest von einer Zeitarbeitsfirma zur anderen verlagert. Auch Masemola räumt ein, dass dies nicht die beste Lösung gewesen sei, hebt jedoch hervor, dass für 150 Beschäftigte dabei eine dauerhafte Anstellung bei einer Zeitarbeitsfirma herausgesprungen sei. Die Belegschaft sah dies jedoch kritisch: 500 Arbeiter*innen wandten sich mit einer Petition an die FAWU und wiesen das Ergebnis zurück. Weder die FAWU noch der von ihr mitgegründete linke Gewerkschaftsverband SAFTU reagierten darauf. Vor diesem Hintergrund wird die Zeitarbeiterinitiative des Verbandes weiterhin auf viel Skepsis stoßen.

RADIKALE GEWERKSCHAFTSARBEIT

Neben der FAWU gibt es neue Gewerkschaften, die im Agrarsektor entstanden sind, darunter die Stevedoring Agricultural and Allied Workers' Union (CSAAWU). Die Gewerkschaft organisiert Farm- und Kellereibeschäftigte am Westkap und möchte ihr Feld regional und thematisch noch erweitern. »Wir arbeiten mit den Ärmsten der Armen«, erklärt Karel Swart von der CSAAWU. »Landarbeiter*innen sind einem grausamen System ausgesetzt, gesteuert von weißen Farmbesitzern. Armut und Gewalt treiben unser Volk in die Hoffnungslosigkeit. Die Bedingungen in den ländlichen Gebieten werden jeden Tag schlimmer.«

Als Reaktion hat die CSAAWU zwölf Suppenküchen eröffnet. Nicht aus Wohltätigkeit, so Swart, sondern im Sinne einer sozialen Gewerkschaftsbewegung, die weiß, »dass es nicht ausreicht, Beschäftigte am Arbeitsplatz zu organisieren. Die Arbeiterklasse muss sich als Ganzes organisieren, um das System aus den Angeln zu heben.«

Weder die junge CSAAWU noch die Landarbeiter*innen an ihrer Basis waren Teil des von den großen Gewerkschaften ausgehandelten Sozialpakts Mitte der 1990er Jahre. 2013 lehnte die CSAAWU die Vereinbarung zwischen Regierung und etablierten Gewerkschaften ab, die die großen Landar-

beiterstreiks beendete. Auf Einladungen zum Dialog mit den Industrieverbänden geht die Gewerkschaft grundsätzlich nicht ein, um nicht korrumpiert zu werden. Zentral sei laut Swart allein, den Landarbeiter*innen eine unabhängige Stimme zu verschaffen und die internationale Solidarität zu stärken.

Trotz dieser radikalen Haltung beteiligt sich die Gewerkschaft an dem linken Gewerkschaftsverband SAFTU, in dem auch die FAWU mitwirkt. »Wir verstehen die Kritik an den Gewerkschaften«, erklärt Swart. »Traditionelle Gewerkschaften haben die Menschen aus den Augen verloren. Wir sind jedoch nach wie vor der Ansicht, dass Gewerkschaften der beste Weg sind, um die Arbeiterschaft zu einen und stark genug zu machen, um Verbesserungen zu erkämpfen. Allein wegen ihres rechtlichen Status können Gewerkschaften schneller mehr erreichen als Arbeiterforen.«

EINE NEUE ARBEITERBEWEGUNG

Der Kampf von Landarbeiter*innen, Zeitarbeitskräften und anderen Prekären in der Agrarwirtschaft und der Lebensmittelindustrie ist kein leichter. Höhere Löhne und bessere Bedingungen müssen einer unnachgiebigen Front von Arbeitgebern abgerungen werden, die von einem neoliberalen Staat und konfliktscheuen Gewerkschaften unterstützt werden. Die Arbeiter*innen haben daher begonnen, eigene Organisationen aufzubauen. Diese sind nicht als Gewerkschaften anerkannt, stellen jedoch faktisch eine basisdemokratische und soziale Gewerkschaftsbewegung dar.

Diese neuen Gewerkschaftsbewegungen suchen zum Teil die Zusammenarbeit mit den etablierten Gewerkschaften, auch wenn deren Einbindung in das neoliberale System immer wieder zu Konflikten führt. Zumeist entzünden sich die Konflikte an den Formen der »Schlichtung« und Einigung mit der Arbeitgeberseite. In den bisherigen Fällen konnten sich weder die streikenden Landarbeiter*innen noch die kämpfenden Zeitarbeitskräfte mit den Ergebnissen zufriedengeben, die die etablierten Gewerkschaften für sie herausgeholt hatten. Ihre drängenden Forderungen nach existenzsichernden Löhnen, nach Festanstellung und Gleichbehandlung blieben unerfüllt. Diese Konflikte werden trotz beidseitiger Bemühungen um Zusammenarbeit zwischen »alter« und »junger« Gewerkschaftsbewegung fortbestehen.

Akteure wie die neue Gewerkschaft CSAAWU, die sich als Vermittler sehen und beide Lager einen wollen, haben Schwierigkeiten, sich für eine Seite zu entscheiden. Wer in diesem Konflikt nicht klar auf der Seite der marginalisierten Beschäftigten steht, läuft Gefahr, sich mit den Mainstream-Gewerkschaften und einem staatlich gestützten neoliberalen System der Arbeitsbeziehungen zu verbünden. In den neuen Kämpfen und Organisationen der Prekären liegt das Potenzial für eine neue Arbeiterbewegung, die jenseits von Kapital, Partei oder Staat kompromisslos für Emanzipation kämpfen kann.

Aus dem Englischen von Camilla Elle

1 *Labour tenants:* spezifische Form der Pacht, bei der durch die eigene Arbeit das Recht erworben wird, auf der Farm ohne Miete zu leben und einen Teil des Landes für den Eigenbedarf zu bewirtschaften (Anm. d. Ü.).

VIELFALT STATT MONOKULTUR

WIE GEHT LINKE AGRARPOLITIK?

KIRSTEN TACKMANN UND LINDA REHMER

DAS SCHEITERN DER EU-AGRARPOLITIK

In der Agrarpolitik klaffen behaupteter Anspruch und Wirklichkeit weit auseinander. Für DIE LINKE ist zentral, dass sich die Landwirtschaft am Gemeinwohl orientieren soll. Dieser Anspruch ist auf europäischer Ebene formal verankert: In den Römischen Verträgen von 1957 ist das Ziel einer sicheren Versorgung mit Lebensmitteln zu angemessenen Preisen festgehalten. Doch die Realität sieht ganz anders aus. Von kostendeckenden Preisen, mit denen Landwirtschaftsbetriebe überleben und vernünftig wirtschaften können, sind wir heute weiter entfernt denn je. Die Bedingungen der real existierenden kapitalistischen Marktwirtschaft setzen landwirtschaftliche Produzent*innen permanent unter Druck.

Im Rahmen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik (GAP) wird versucht, diesen Druck durch ordnungs- und förderpolitische Maßnahmen zumindest teilweise abzufedern. Weil dieser Bereich der einzige EU-weit harmonisierte Politikbereich ist, werden wesentliche Entschei-

dungen in Brüssel getroffen und mit knapp 60 Milliarden Euro nahezu 40 Prozent des EU-Haushalts für Agrarsubventionen bereitgestellt. Dieser Anteil wurde in den vergangenen Jahren kontinuierlich reduziert. Landwirtschaftliche Einkommen in Europa sind in hohem Maße von Förderungen abhängig. 80 Prozent der Subventionen werden über die sogenannte Erste Säule als Flächenprämien mit bestimmten Bewirtschaftungsauflagen vergeben. 20 Prozent werden für die Entwicklung der ländlichen Räume (Zweite Säule) zur Verfügung gestellt, worunter so unterschiedliche Bereiche wie Ökolandbau, Naturschutz und Investitionsbeihilfen fallen. Trotz partiell erkämpfter Fortschritte ist es angesichts der falschen strategischen Ausrichtung der GAP weder gelungen, eine vielfältige multifunktionale Agrarstruktur noch die Verwendung der Agrarfördermittel für soziale und ökologische Leistungen im Sinne des Gemeinwohles zu sichern.

Die Landwirtschaft wurde zwar »effizienter« (1950 ernährte ein Landwirt rechnerisch zehn Menschen, 2011 waren es 142), aber im damit verbundenen Dumpingwettbewerb nach dem Prinzip »Wachse oder weiche« (verharmlosend als Strukturwandel bezeichnet) überleben vor allem die sozial und ökologisch Skrupellosesten. In den ländlichen Räumen bedeutet dies einen weiteren Verlust von Arbeitsplätzen. Im Kontext einer Deindustrialisierung verstärkt das häufig die Abwärtsspirale von kommunaler Finanznot, Abwanderung und Entwertung öffentlicher Infrastruktur. Seit Mitte der 1990er Jahre ist in Deutschland über die Hälfte der Agrarbetriebe, 300 000 an der Zahl, verschwunden. Dies beeinträchtigt die Lebensqualität im ländlichen Raum, wo Landwirtschaft nie nur ein Produktionsmodell war, sondern über regionale Einkommen hinaus die Erhaltung von Kulturlandschaften und die Gestaltung des sozialen Lebens sicherstellt.

Dass der Verdrängungswettbewerb nicht gestoppt werden konnte, zeigte sich zuletzt in den Milchpreiskrisen, in denen sowohl kleinere als auch sogenannte Zukunftsbetriebe aufgegeben haben: die einen, weil die eigene Selbstausbeutung an Grenzen stieß, die anderen, weil sie ihre Beschäftigten nicht mehr bezahlen konnten. Die Folgen – der Verlust biologischer Vielfalt und weniger Lebensmittelqualität – sind nicht nur für die Landwirte selbst spürbar, sondern betreffen alle. Der massive Druck auf die Erzeugerpreise resultiert aus der Marktübermacht von Konzernen, und das entlang der gesamten Wertschöpfungskette: beginnend bei Düngemitteln und Saatgut über Pflanzenschutz, Molkereien, Schlachthöfe bis hin zum Supermarkt.

Dieses von der EU geförderte und durchgesetzte Agrarmodell hat weltweit fatale Folgen für Mensch und Natur. EU-Agrarexporte setzen die regionalen Märkte in anderen Ländern mit Dumping-Erzeugerpreisen unter Druck – Preise, von denen auch hier

KIRSTEN TACKMANN ist Veterinärmedizinerin und agrarpolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion DIE LINKE. Zudem ist sie friedens- und energiepolitisch aktiv und engagiert sich für einen lebendigen ländlichen Raum.

LINDA REHMER ist Diplomingenieurin für Landschaftsnutzung und Naturschutz und wissenschaftliche Mitarbeiterin der Bundestagsfraktion DIE LINKE.

kaum jemand leben kann. Alle Schritte der Produktion werden zunehmend von einzelnen Konzernen dominiert und lassen regionalen Produzent*innen und Verarbeiter*innen immer weniger Spielräume zur Wertschöpfung. Dadurch geht nicht nur der Bezug der Verbraucher*innen zu ihrer Region und zu regionalen und saisonalen Produkten verloren. Die Landwirt*innen werden zu reinen Warenproduzent*innen und nicht mehr als Teil eines Versorgungszusammenhangs betrachtet. Die Dörfer haben immer weniger mit der landwirtschaftlichen Produktion in ihrer Umgebung zu tun. Das ganzheitliche Leitbild eines multifunktionalen Landwirtschaftsbetriebs, in dem Pflanzen- und Tierzucht miteinander verwoben sind, verschwindet. An seine Stelle treten reine Marktfruchtbetriebe, die sich durch Produktionssteigerung einerseits und Einsparungen von Arbeitskräften andererseits zu behaupten suchen. Unter dem gnadenlosen Diktat eines sozial und ökologisch blinden Marktes wird gesellschaftlich verantwortungsvolles Handeln zum betriebswirtschaftlichen Risiko.

AGRARLAND ALS SPEKULATIONSOBJEKT

Dieser Prozess verschärft sich gerade durch zugespitzte Auseinandersetzungen um den Boden. Seit etwa zehn Jahren drängen aufgrund der gewachsenen Risiken auf den Finanzmärkten landwirtschaftsfremde Investoren massiv in den Bodenmarkt (vgl. hierzu do Ventre in diesem Heft). In der Folge sind in immer mehr Regionen die Bodenpacht- und Kaufpreise so stark gestiegen, dass sie nicht mehr mit landwirtschaftlicher Arbeit finanziert werden können. Die Agrarförderung der GAP unterstützt diesen Strukturwandel. Auch wenn in Sonntagsreden am Ziel ortsansässiger und nachhaltig wirtschaftender Agrarbetriebe festgehalten wird, werden genau diese Betriebe zunehmend verdrängt. Durch die Inkonsequenz bei der Bindung der Agrarförderung an öffentliche Leistung werden die Direktzahlungen für Agrarinvestoren zum zusätzlichen Bonus, was ihr Interesse an Bauernland zumindest verstärken dürfte.

Noch deutlicher zeigt sich der Kapitaleinfluss in der gewerblichen Tierhaltung, insbesondere in der Geflügel- und Schweinezucht, da der hohe Investitionsbedarf von Megaställen landwirtschaftliche Akteure zunehmend ausschließt. Ver- und Entsorgung können in solchen Strukturen nicht am regionalen Standort erfolgen. Das gilt auch für Regionen mit extremer Viehdichte. Gülle wird deshalb immer öfter nicht als Wirtschaftsdünger verwendet, sondern muss entsorgt und dafür durchs ganze Land transportiert werden. Das unterbricht nicht nur den regionalen Nährstoffkreislauf. Als notwendige »Entsorgungsfläche« wird der Boden für Investoren damit noch attraktiver. Der Boden wird zum Spekulationsobjekt. Eine Antwort auf die Probleme, die diese Intensivtierhaltung hervorbringt, ist die Forderung der LINKEN, die Tierzahl an die Fläche zu binden, das heißt, Tierhaltung und Bewirtschaftung der Fläche zu verzahnen.

Dass Wachstum kein Wert an sich ist und die Verdrängung örtlicher Landwirtschaftsbetriebe zu sozialen und ökologischen Verwerfungen führt, ist längst nicht mehr nur der LINKEN klar. Die EU-Förderung versucht, der Verdrängung landwirtschaftlich geführter ortsansässiger Betriebe mit einer höheren Flächenprämie pro Hektar, der sogenannten ersten Hektare,

entgegenzuwirken. Nach Ansicht der LINKEN sollte aber nicht die Größe des Betriebes allein entscheidend für die Höhe der Direktzahlungen sein, sondern ob ein Betrieb nachhaltig und am Gemeinwohl orientiert arbeitet. Eine große Genossenschaft, die vor Ort verankert ist, Menschen gute Arbeit bietet, demokratisch organisiert arbeitet und solidarisch mit ihren Nachbarbetrieben umgeht, ist für DIE LINKE ebenso begrüßenswert wie ein bäuerlicher, multifunktionaler Familienbetrieb oder ein Betrieb, der sich am Prinzip der Solidarischen Landwirtschaft orientiert (vgl. hierzu das Interview mit Stephanie Wild in diesem Heft). Landwirtschaftsfremde Investoren sollten dagegen sowohl vom Bodenerwerb als auch von der Agrarförderung ausgeschlossen werden. Das Streben nach maximalem Profit ist unvereinbar mit einem verantwortungsvollen Umgang mit Mensch und Natur.



WARUM »GREENING« NICHT AUSREICHT UND WIE ES ANDERS GINGE

48 Prozent der Landflächen in Deutschland und 44 Prozent in Europa werden landwirtschaftlich genutzt. Biodiversität, Wasser-, Boden- und Luftreinhaltung sind unmittelbar von der Landwirtschaft berührt. Das umweltgerechte Wirtschaften von Landwirt*innen muss darum bei der Weiterentwicklung der GAP im Mittelpunkt stehen.

Aktuelle Studien belegen den dramatischen Schwund der Biodiversität: Nicht nur Insekten, auch Vögel und Kleinsäugerarten verschwinden. Mittlerweile haben sowohl der EU-Rat wie auch die EU-Kommission und das Europäische Parlament dieses Problem erkannt. Seit 2015 werden die Auflagen für Direktzahlungen durch das sogenannte Greening ergänzt: 30 Prozent der Zahlungen werden an zusätzliche Umweltleistungen geknüpft.

Leider wurde das Greening-Konzept bei den Verhandlungen in Brüssel aufgeweicht und mit einem komplizierten Regelwerk versehen, sodass die Effekte für Natur- und Artenschutz begrenzt sind. Mehrere Studien kommen zu dem Schluss, dass die Agrarbetriebe vor allem die Elemente auswählen, die am einfachsten und sichersten umsetzbar sind, wie zum Beispiel Zwischenfruchtanbau. Leider haben diese aber auch den geringsten ökologischen Mehrwert. Ökologisch hochwertigere Maßnahmen wie etwa Gewässerrandstreifen werden dagegen kaum genutzt, weil die Umsetzung mit hohen

bürokratischen Hürden und einem großen Sanktionsrisiko verbunden sind. Dieser Effekt ist leider kein Zufall, denn die Regeln wurden vor allem durch Konservative durchgesetzt, die ursprünglich die Idee der ökologischen Vorrangflächen ganz verhindern wollten.

Darum fordert DIE LINKE, in Zukunft die Förderrichtlinien für hochwertige Natur- und Klimaschutzmaßnahmen so einfach wie möglich zu halten und den für die Beantragung erforderlichen Aufwand zu senken. Neben mehr Geld wollen wir auch die Förderung differenzieren, sodass besonders wichtige ökologische Maßnahmen direkt belohnt würden. Der Deutsche Verband für Landschaftspflege hat 2017 eine sogenannte Gemeinwohlprämie vorgeschlagen, die auf einem seit 2014 in Schleswig-Holstein auf Kreis- und mittlerweile Landesebene erprobten Projekt basiert. Je mehr ökologische Maßnahmen die Landwirt*innen durchführen – sei es die Schaffung von Dauergrünland, von Brachen und Blühstreifen oder der Verzicht auf bestimmte Düngemittel –, desto mehr Geld erhalten sie. Auch in der Weidetierhaltung fordert DIE LINKE eine Förderung mit Prämien aus der Ersten Säule, wie es in anderen EU-Ländern schon jetzt passiert.

EINE SOZIAL- UND ÖKOLOGISCH GERECHTE FÖRDERSTRUKTUR

Das Prinzip »öffentliches Geld für öffentliche Leistungen« muss nicht nur für ökologische, sondern auch für soziale Leistungen gelten. Menschen in der Land-, Forst- und Fischereiwirtschaft und im Gartenbau brauchen Arbeitsbedingungen und Einkommen, von denen sie gut leben können. Dazu bedarf es mehr regionaler Verarbeitung und Vermarktung jenseits der Konzernstrukturen sowie eines stärkeren Kartellrechts, das faire Marktregeln durchsetzen kann. Sozialpflichtige Arbeitsplätze müssen als öffentliche Leistung im Förderkatalog berücksichtigt werden. Das würde auch die Benachteiligung der originär ostdeutschen Agrarstrukturen beenden. In den großen landwirtschaftlichen Zusammenschlüssen wie etwa den Genossenschaften sind die Arbeitsbedingungen oft besser, weil sich die Arbeit auf mehr Schultern verteilen und so begrenzen lässt sowie fairere Löhne gezahlt werden können. Dennoch muss es auch in Kleinbetrieben möglich sein, mit angemessenen Arbeitsbedingungen und ausreichenden Löhnen zu wirtschaften. Agrarholdings ohne soziale Anbindung und Leistungen vor Ort sollten hingegen nicht gefördert werden.

Zentrale Voraussetzung für gute Arbeitsbedingungen ist auch eine faire Kosten- und Gewinnverteilung in der Erzeugerkette. Dazu braucht es eine bessere Verhandlungsposition der Erzeugerbetriebe gegenüber Verarbeitungs- und Handelskonzernen. Die Agrar- und Ernährungswirtschaft muss an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet, Verarbeitung und Vermarktung müssen regionalisiert werden. Die Förderpolitik einer zukünftigen GAP muss dazu beitragen, die sozialen und ökologischen Standards für alle schrittweise anzuheben. Soweit dadurch Mehrkosten entstehen, müssen diese aus Sicht der LINKEN gerecht geteilt und von der gesamten Wertschöpfungskette getragen werden. Das ist auch deshalb wichtig, um die zunehmende Aufspaltung beim Lebensmittelangebot zu verhindern. Qualitativ hochwertige Lebensmittel sind sonst einkommensstarken Bevölkerungsschichten

vorbehalten, der Rest erhält Massenproduktion zu Dumpingpreisen. Nur mit angemessenen Preisen kommen die landwirtschaftlichen Erzeugnisse aus der Ramschecke und die landwirtschaftlichen Erzeuger*innen werden fair beteiligt. Eine Regulierung insbesondere der vier großen Einzelhandelskonzerne im Lebensmittelsektor ist unumgänglich, wenn Erzeuger*innen kostendeckende Preise erzielen sollen, ohne dass einkommensarme Konsument*innen dafür draufzahlen müssen.

Dass der Ökolandbau positivere Umwelteffekte hat als der konventionelle Landbau, ist unbestritten. Doch auch hier wirken die Systemfehler und es gibt mittlerweile deutliche Konzentrationsprozesse bei der Verarbeitung und vor allem bei der Vermarktung. Die Förderung muss differenziert und ökologische und soziale Effekte müssen unmittelbar berücksichtigt werden. Voraussetzung für Direktzahlungen sollte sein, dass Betriebe zusätzliche Leistungen für das Gemeinwohl erbringen müssen. Dieses Prinzip ließe sich durch die freiwilligen Förderprogramme der Zweiten Säule (u. a. Programme für die Entwicklung des ländlichen Raums) ergänzen. Direktzahlungen generell zu streichen, wie es immer wieder gefordert wird, oder zu freiwilligen Fördermitteln zu machen, birgt das Risiko, diejenigen Betriebe hängenzulassen, die wegen der niedrigen Marktpreise und der explodierenden Bodenpreise auf das Geld angewiesen sind.

Die bisherige Förderstruktur gleicht einem undurchsichtigen Dschungel. Sie ist derartig kompliziert, dass alle, die sich damit nicht intensiv beschäftigen, zwangsläufig im Unklaren bleiben und von speziellen Förderungen nichts erfahren. Deswegen ist eine staatlich finanzierte Beratung dringend notwendig, damit Landwirt*innen unabhängig von Konzernen an das notwendige Wissen kommen. Diese Beratung sollte nicht auf die Antragstellung und Förderstrukturen beschränkt bleiben, sondern Betrieben auch Hilfestellung bei der sozialen und ökologischen Aufwertung ihres Produktionsmodells bieten, damit sich neue Ansätze praktisch in den Betriebsablauf integrieren lassen. Darüber hinaus ist eine massive Verstärkung der Förderung von sozialer Infrastruktur im ländlichen Raum dringend geboten.

Immer mehr Menschen in unserer Gesellschaft verstehen unter Agrarpolitik mehr als die Subventionierung von landwirtschaftlichen Produzent*innen, sie betrachen diese vielmehr als elementaren Bereich von Gesellschaftspolitik. Besonders deutlich wird dies alljährlich im Januar, wenn parallel zur »Grünen Woche« in Berlin zigtausende Menschen auf die Straße gehen, um für eine andere, nachhaltige Agrarpolitik zu protestieren. Auch DIE LINKE ist bei den Demonstrationen unter dem Motto »Wir haben es satt« breit vertreten. Zugleich stellen wir jedoch immer wieder klar: Die Ersten, die unter den problematischen Strukturen leiden, sind die Landwirt*innen selbst. Sie müssen in ihrer Marktmacht gestärkt werden und sind auf Rahmensetzungen angewiesen, die es ihnen ermöglichen, sozial und ökologisch nachhaltig zu wirtschaften. Die Auseinandersetzung muss wegkommen von der Diskussion über moralisch richtiges oder falsches Verhalten. Wenn diejenigen, die unsere Lebensmittel produzieren, nicht mehr von ihrer Arbeit leben können, läuft etwas grundsätzlich falsch. Eine Agrarwende hin zu faireren Preisen und sozialen Standards ist überfällig.

KONZERNE DENKEN IN QUARTALEN, BAUERN IN GENERATIONEN

WER ERNÄHRUNGSSOUVERÄNITÄT WILL, MUSS BÄUERLICHE STRUKTUREN STÄRKEN

VOLKER WOLTERSDORFF

In der städtischen Vorstellungswelt sind bäuerliche Betriebe ein Refugium jenseits kapitalistischer Verwertungsinteressen. Man muss nur auf die wirklichkeitsfernen Bilder in den Supermarktregalen und Werbeclips schauen. Tatsächlich aber ist die Landwirtschaft völlig durchkapitalisiert. Trotzdem ist die Sehnsucht nach einer anderen Landwirtschaft, in der eine Ökonomie der Sorge um das Land und seine Lebewesen über den Kapitalinteressen steht, nicht aus der Luft gegriffen. Sie stützt sich auf reale Bedürfnisse und auf eine konkrete, geschichtlich verankerte und enkeltaugliche landwirtschaftliche Praxis, die ich »bäuerlich« nennen will und die für das Ziel der Ernährungssouveränität zentrale Bedeutung hat.

Denn wer ein Ende der Abhängigkeit des Lebensmittelsektors von den Kapitalinteressen einiger weniger Konzerne will, muss bäuerliche Strukturen stärken, die anders funktionieren. Ernährungssouveränität setzt auf die Dezentralisierung und Diversifizierung der Lebensmittelproduktion. Sie braucht kleinteili-

ge, regionale Netzwerke, von Erzeuger*innen untereinander wie auch von Erzeuger*innen und Verbraucher*innen, die als freie Assoziationen politisch aushandeln, wie und was die Vielen erzeugen und essen wollen, und dies auch ökonomisch umsetzen. Landwirtschaftliche Produktions-, Reproduktions-, Zirkulations- und Konsumptionsbedingungen müssen ökologisch nachhaltig, sozial gerecht, demokratisch und daher vielfältig organisiert sein.

Bäuerliche Produktion zeichnet sich durch langfristige Perspektiven in kooperativen Netzwerken aus. Diese sind traditionell familiär und patriarchal geprägt, müssen es aber nicht sein. Sehr wohl müssen sie aber auf Kooperation statt auf Konkurrenz beruhen, und zwar nicht nur in der Hof-, sondern auch in der Dorfgemeinschaft. Wer einen Hof bewirtschaftet, hat ihn häufig von eine*r Vorgänger*in übernommen und möchte ihn einmal eine*r Nachfolger*in übergeben. Das Ziel ist damit der Erhalt und die langfristige Verbesserung (im Sinne von Resilienz) der zum Hof gehörigen Böden, Pflanzen, Tiere und Menschen. Kurzfristige Gewinnmaximierung ist nicht im Interesse der meisten Bäuer*innen: Wer sich an der standortgebundenen Einheit des Hofes orientiert, muss die ökologischen und sozialen Kosten einer Wirtschaftsweise selbst bezahlen. In diesem Modell lohnt es sich, auf Bodengesundheit und Humusaufbau zu achten, das Saatgut und die Herden zu verbessern und Anbau und Fruchtfolge so zu diversifizieren, dass sich Ertragseinbußen und -gewinne ausgleichen. Auch Arbeitskraft darf nicht völlig verschlissen werden. Bäuer*innen erfahren sich in existenzieller Abhängigkeit von der Natur, zu deren Bewältigung sie auf Kooperation angewiesen sind. Früher haben sie deshalb gemeinsam Anbau und Ernte geplant und Maschinen angeschafft. Heute ist fast jeder Hof der einzige im Dorf, denn agrarindustrielle Strukturen, die sich an kurzfristiger Gewinnmaximierung und am Shareholder Value orientieren, verdrängen immer mehr die bäuerliche Landwirtschaft. Die Konzerne und Kapitalgesellschaften selbst sind in den ländlichen Regionen nicht präsent und lassen immer größere Flächen und Tiermengen von wenigen, örtlich relativ ungebundenen Arbeitskräften und Lohnunternehmer*innen bewirtschaften.

VOLKER WOLTERSDORFF ist Naturland-Biobauer im Berliner Speckgürtel und ehrenamtlicher Kulturwissenschaftler. Er ist Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft und im Bündnis junge Landwirtschaft. Einmal im Jahr fährt er mit seinem Traktor auf die Demo »Wir haben es satt«.

Bäuerlichkeit hat das Potenzial, Wege aus dieser Wirtschaftsweise aufzuzeigen. Zugleich ist sie aber immer wieder mit Einhegungsstrategien konfrontiert, die sie zwingen, sich nach kapitalistischen Maßstäben zu organisieren. An diesem Widerspruch müssen sich bäuerliche Betriebe tagtäglich abarbeiten.

Wie genau dieser Widerspruch sich darstellt, lässt sich anhand meiner eigenen Erfahrungen mit dem Aufbau eines kleinen Biobetriebs im Berliner Speckgürtel aufzeigen. Nicht so sehr, um über das bestmögliche Betriebskonzept nachzudenken – gerade eine Diversifizierung von bäuerlichen Wirtschafts-

weisen schafft Erfahrungswissen und kann unterschiedliche Bedürfnisse befriedigen –, sondern um zu verdeutlichen, welche Widerstände und Zwänge mit dem Versuch verbunden sind, Landwirtschaft anders, nämlich im Sinne eines Buen Vivir, zu betreiben.

UNGLEICHER ZUGANG ZU HÖFEN, BÖDEN UND FÖRDERGELD

Inzwischen gibt es eine wachsende Bewegung vor allem junger Menschen, die ihre Lust auf Landwirtschaft entdecken, und zwar auf eine andere Landwirtschaft. Die Arbeit auf einem selbst verantworteten Hof sehen viele als weniger entfremdet an, weil sie konkret sinnlich den gesamten Prozess des Entstehens, Werdens und Vergehens von Leben und Lebensmitteln verfolgen und gestalten können. Dagegen wissen die meisten Menschen fast nichts über die Herkunft ihres Essens. Die Hände in der Erde zu haben und den Kontakt zum Tier zu spüren, die Jahreszeiten und Witterungen zu erleben – all dies steht im Kontrast zur immer flexibler, spezialisierter und steriler werdenden Arbeitswelt. Auch wenn die Entscheidung, Bäuer*in zu werden, nicht leicht gemacht wird, ist es eine Entscheidung gegen Flexibilität und Mobilität und für Selbstbestimmung innerhalb einer überschaubaren, als sinnvoll erlebten Einheit in gemeinsam erfahrener Abhängigkeit.

Leider haben die meisten aber große Schwierigkeiten, diesen Wunsch zu verwirklichen. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2007 sind die Preise für das Eigentum und die Pacht landwirtschaftlicher Nutzflächen durch die Decke gegangen. Allein im Land Brandenburg, wo die Bodenqualität eigentlich sehr dürftig ist, stiegen sie teils um das Vierfache. Während es noch relativ leicht ist, einen sogenannten Resthof, also Wohnhaus mit Scheune und Stallungen, zu finden, ist der Zugang zu Land weitgehend versperrt. Manche sprechen von einer neuen Art Berufsverbot, weil außer erben, einheiraten oder im Lotto gewinnen kein Weg zur bäuerlichen Existenz offensteht.

Mein Partner und ich hatten Glück, dass wir unseren Hof 2008 kauften, als die Banken noch in Schockstarre waren und bevor Warren Buffett die Devise ausgab, dass Boden das neue Gold sei. Doch auch wir brauchten einen langen Atem: Die gerade mal zehn Hektar Grünland, die zur Hofstelle gehörten, waren bis Ende 2016 verpachtet. Erst dann konnten wir einen landwirtschaftlichen Betrieb als privates Einzelunternehmen anmelden. Dafür mussten wir einen Betriebsplan vorlegen, der den Eindruck erweckt, gewinnbringend wirtschaften zu wollen. Nullwachstum oder Degrowth werden als Betriebsphilosophie nicht akzeptiert. Der Status als landwirtschaftliches Unternehmen verschaffte uns aber neue Zugänge: Die örtliche Kirchengemeinde bot uns Flächen zur Pacht an, denn einige Landeskirchen berücksichtigen aufgrund des stetigen politischen Drucks durch die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) mittlerweile auch soziale und ökologische Kriterien bei der Vergabe von Land. Selbstverständlich reicht dafür keine Absichtserklärung. Es bedarf der Zertifizierung durch eine Kontrollstelle, dass die EU-Richtlinien für ökologische Landwirtschaft eingehalten werden, unabhängig davon, ob man sie für ökologisch sinnvoll

hält. Diese Zertifizierung ist auch nötig, um staatliche Fördergelder aus EU-Töpfen für ökologischen Landbau zu bekommen.

Menschen, die keine Lust auf Bürokratie und Staatsknete haben, können sich aus dem System der Zertifizierung und EU-Förderung zwar zurückziehen, haben aber dadurch gehörige Einkommenseinbußen. Bei Großbetrieben machen die Zahlungen aus Brüssel bis zu 40 Prozent des Einkommens aus. Kleinere Betriebe erhalten ungleich weniger und könnten leichter darauf verzichten. Sie haben zusätzlich das Problem höherer Personalkosten: Je durchrationalisierter ein Betrieb wirtschaftet, desto mehr Flächen oder Tiere lassen sich von einer Arbeitskraft betreuen. Die AbL fordert deshalb schon lange, die Agrarförderung an soziale und ökologische Faktoren zu koppeln. Aus Sicht bäuerlicher Betriebe ist die jetzige Förderung eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der Agrarindustrie.

IN ENGEN GRENZEN: ÖKOLANDBAU UND SAATGUTSOUVERÄNITÄT

Seit Anfang 2017 bewirtschaften wir also knapp 30 Hektar Acker- und Grünland im Nebenerwerb, eine Größe, die ökonomisch unter dem Minimum für einen überlebensfähigen Betrieb liegt, aber genug Arbeit für mehr als uns zwei macht. Wir halten einige Milchkühe mit Nachzucht, Schafe, Hühner, Gänse und Schweine. Beim Anbau unserer Ackerfrüchte sind wir auf Dünger und Saatgut mit Biosiegel angewiesen. Diese kommen überwiegend von Agrarunternehmen, die den Großteil ihres Geldes mit konventioneller Ware machen. Wer sich sein Saatgut aus der Vorjahresfrucht »nachbaut«, anstatt es zu kaufen – eine jahrhundertealte bäuerliche Praxis, von deren züchterischer Leistung wir noch heute zehren –, muss trotzdem Gebühren bezahlen. Denn die Saatgutkonzerne lassen sich ihre Zuchtleistung von wenigen Jahren honorieren, obwohl es ein Patentverbot für Pflanzen und Tiere gibt. Bäuer*innen, die da nicht mitspielen wollen, haben Tauschbörsen für »freies Saatgut« von alten Sorten gegründet, für die keine Nachbaugebühren anfallen – vergleichbar mit der Bewegung für Open-Source-Software. Leider sind die alten Sorten meistens nicht biozertifiziert, denn der teure Verwaltungsakt rechnet sich vor allem, wenn später Profit damit erzielt werden soll.

Gentechnik liefert ein weiteres Einfallstor für eine kapitalistische »Landnahme«. Zwar ist sie in der EU nur eingeschränkt erlaubt, aber Produkte gentechnisch veränderter Pflanzen und Tiere dürfen importiert werden. So ist das meiste Sojaeiweißfutter in der konventionellen Landwirtschaft gentechnisch verändert. Im Biolandbau gibt es Initiativen zur Herstellung regionaler Eiweißpflanzen. Weil wir uns den eigenen Anbau noch nicht zutrauen, kaufen wir selbst Biosüßlupinen als Eiweißfutter zu. Ansonsten versuchen wir, im Sinne des ökologischen Kreislaufgedankens das Futter für unsere Tiere (Futterrüben, Kartoffeln, Weizen) selbst zu produzieren, um von den Futtermittelkonzernen unabhängig zu sein. Außerdem bauen wir zusätzliche Kartoffeln an und stellen einem Freund, der einen kleinen Catering-Service in Berlin betreibt, die restlichen zwei Hektar zur Verfügung, um Kürbisse und Rote Bete anzubauen. Es zeigte sich aber schnell, dass wir uns übernommen hatten. Wir kamen mit

dem Hacken von unerwünschten Pflanzen nicht hinterher. Ökolandbau ist sehr arbeitsaufwendig, weil er ohne chemische Ackergifte eine intensive mechanische und manuelle Beikrautregulierung nach sich zieht. Auch die Ernte nahm viel mehr Zeit in Anspruch als gedacht. Wir bemühten uns nach Kräften, unsere Freund*innen zu mobilisieren, und hatten schöne und befriedigende Gruppenerlebnisse, doch stießen wir alle an zeitliche und körperliche Grenzen.

Der Großteil der Arbeit ist in der deutschen Landwirtschaft zu den heutigen Preisen nur mit migrantischen Landarbeiter*innen zu bewältigen, die, wenn überhaupt legalisiert, zum abgesenkten landwirtschaftlichen Mindestlohn arbeiten. Kleine Betriebe können sich Angestellte aber meistens nicht leisten und basieren auf der Bereitschaft zur Selbstausbeutung aller Hofangehörigen. Um die Größenordnung zu veranschaulichen: Die Jugendorganisation der AbL diskutierte auf ihrem letzten bundesweiten Treffen ernsthaft, ob ein 14-stündiger Arbeitstag alternativlos sei. Ernährungssouveränität bedeutet deshalb, die Arbeit in der Landwirtschaft mehr wertzuschätzen oder selbst alternative Strukturen zu schaffen. Das hat wenig mit Landlustromantik zu tun, sondern verlangt den Stadtbewohner*innen Disziplin und Idealismus ab, die Billigangebote in den Supermärkten stehen zu lassen und die Lebensmittelversorgung selbst in die Hand zu nehmen.

DAS PROBLEM DER VERMARKTUNG UND VERTEILUNG

Nach eingefahrener Ernte und gewonnener Milch stellten sich uns neue Fragen: Wie bringen wir das kostendeckend an die Menschen? Der Einzelhandel oder eine Molkerei kamen aus zwei Gründen nicht infrage: Ein kleiner Betrieb wie der unsrige kann die Mengen und Standards, die dort abgefragt werden, gar nicht bedienen, selbst nicht im Biobereich. Außerdem ist die Wertschöpfung für die Erzeuger*innen unter den heutigen Bedingungen gering. Dank ihrer Marktmacht können die Riesen des Lebensmitteleinzelhandels die Preise diktieren. Die Molkereien wiederum gewähren zwar eine Abnahmegarantie, dafür legen sie aber auch die Preise fest, und zwar erst nachträglich. Die Milchbetriebe sind zudem auf Jahre an ihre Vertragsmolkerei gebunden, ohne zu wissen, wie viel sie aus ihrer Milch erlösen werden. Dadurch bemühen sich alle gleichermaßen um eine hohe Milchmenge, wodurch die nächste Preiskrise vorprogrammiert ist.

Für uns heißt das in der Konsequenz Direktvermarktung. Das birgt andere Schwierigkeiten. Es kostet viel Zeit, die dann im Stall oder auf dem Feld fehlt, und es erfordert große Kommunikationsbereitschaft. Die meisten Bäuer*innen sind aber habituell keine Verkaufstalente. Wir bieten mittlerweile einen Teil unserer Produkte über eine sogenannte Marktschwärmerei an. »Gib deinem Bauern die Hand« ist das Motto dieser Online-Bauernmärkte, die in Frankreich entstanden sind und sich auch hierzulande ausbreiten. Im Netz können Erzeuger*innen ihre Produkte den Verbraucher*innen direkt anbieten. Die Übergabe organisiert eine Gastgeber*in an einem Ort, der auch zum Kennenlernen dienen soll. Die Abnahmemengen schwankten bei uns aber sehr,

sodass sich Anfahrt und Zeitverlust meist nicht lohnten. Dabei haben wir dank der Nähe zu Berlin bereits einen Standortvorteil und wesentlich kürzere Strecken als andere Betriebe. Trotzdem landeten viele unserer Kürbisse am Ende als Spende bei der Berliner Tafel, weil sie keine Abnehmer*innen fanden. Immer noch sinnvoller, als sie unterzuackern. Andere Möglichkeiten der Vermarktung wären die Belieferung einer Abo-Kiste oder Food-Coop sowie die Gründung einer Solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi) mit festen Abnehmer*innen. Diese Modelle funktionieren jedoch am besten für Gartenbaubetriebe, die ein breites und abwechslungsreiches Gemüsesortiment anbieten. Milch- und Fleischprodukte wiederum benötigen wegen ihrer Verderblichkeit eine geschlossene Kühlkette. Ihr Verkauf erfordert zudem die zum Teil kostspielige Konformität mit zahllosen EU-Verordnungen, die sich an den Bedürfnissen der Großkonzerne orientieren. Bäuerliche Betriebe kommen in dieser Logik nicht vor und haben in Brüssel keine Lobby.

WAS ALSO KÖNNEN WIR (GEMEINSAM) TUN?

Im kommenden Jahr beabsichtigen wir, unsere Milchviehherde zu vergrößern, die Milch in einer hofeigenen Käserei zu veredeln und in einem Hofladen zu vermarkten. Die nährstoffreiche Molke, sonst zumeist ein Abfallprodukt, werden wir unseren Schweinen verfüttern. Den Mehraufwand können wir nur mit der Unterstützung einer neuen Käserin bewältigen. Langfristig wären wir an einer vielfältigeren Hofgemeinschaft interessiert, können aber nicht einmal absehen, ob die Käserin von dieser Arbeit wird leben können, geschweige denn weitere Hofmitglieder wie etwa eine Gärtnerin. Hilfe erhalten wir durch einen Studenten des Ökolandbaus, der sein Praktikum bei uns absolviert. Parallel dazu haben wir begonnen, uns an bäuerlichen Netzwerken zu beteiligen, um mit anderen Biobetrieben zu kooperieren und uns vielleicht zu einer Erzeugergemeinschaft oder »Kooperations-SoLaWi« zusammenzuschließen.

Wie erfolgreich sich unser Hof entwickeln wird, hängt auch von den politischen Rahmenbedingungen ab, die über die Chancen für eine Agrarwende entscheiden. Auf EU-Ebene werden zurzeit die Koordinaten für die zukünftige Agrarförderung diskutiert. Diese Steuerungsmöglichkeiten müssten demokratisch gestaltet werden, um das Feld nicht den Lobbygruppen der Agrarindustrie zu überlassen.

Um auszuhandeln, welche Art der Landwirtschaft und Ernährung wir wollen, haben sich auch in vielen deutschen Städten sogenannte kommunale Ernährungsräte gegründet, die unterschiedliche Akteur*innen zusammenbringen. An solchen Punkten wird sich entscheiden, ob Biolandbau eine Nische für teure Konsumprodukte einer besserverdienenden Mittelschicht bleibt oder ob sich bestimmte sozialökologische und bäuerliche Wirtschaftsweisen verallgemeinern können und es »Bio für alle« geben wird. Die gesellschaftspolitische Wetterlage legt eher nahe, dass wir von der großen Politik wenig erwarten können und das Feld der Agrarwende selber bestellen müssen. Oft werde ich gefragt, warum ich mir das alles antue. Die Antwort ist so einfach wie unzureichend: wegen des Blicks in die Augen meiner Kühe.

ÜBER DIE NISCHE HINAUS

WIE EINE GRASWURZELBEWEGUNG ALTERNATIVEN ZUM MARKT AUFBAUT

GESPRÄCH MIT STEPHANIE WILD

Was ist das Grundprinzip der Solidarischen Landwirtschaft?

Es geht erstmal darum, selbst einen zusätzlichen und überschaubaren Wirtschaftskreislauf aus Konsument*innen und Agrarproduzent*innen zu organisieren. Darin soll der Austausch von Lebensmitteln, Geld und praktischer Unterstützung so funktionieren, dass am Ende nicht nur biologisches und regionales Essen auf den Tellern landet, sondern die, die es angebaut haben, auch davon leben können. Die Produkte werden nicht mehr mit Preisen versehen und über den Markt vertrieben. Stattdessen werden nicht nur die Lebensmittel, sondern die gesamten Tätigkeiten einer nachhaltigen Landwirtschaft finanziert. Konkret überweist etwa eine Gruppe von Menschen regelmäßig einen vereinbarten Betrag an einen Hof, der die geplanten und zuvor vorgestellten Betriebskosten deckt. Das Solidarische daran ist, dass auch Ernteausfälle oder Produktionsrisiken von den Verbraucher*innen mit getragen werden.

Wie kam es zur Gründung eures Netzwerks in Deutschland? Und wie viele Initiativen gibt es heute?

Projekte Solidarischer Landwirtschaft gibt es schon ziemlich lange, einige schon länger als der Begriff in Deutschland verwendet wird. Die Anregung kam aus Frankreich, der Schweiz, Japan und den USA und von studentischen Forschungsarbeiten. Wir begannen uns auszutauschen und wurden schnell mehr. Das Netzwerk, das im Herbst 2011 gegründet wurde, sollte von Anfang an auch ein transformatives Projekt sein, das Weiterbildung und neue Erfahrungen ermöglicht. Nachdem die ersten SoLaWis vor allem rund um die Metropolen entstanden, sind inzwischen viele mittelgroße Städte dazugekommen. Unsere Bestandsliste umfasst heute mehr als 200 Projekte, von denen etwa ein Drittel im Netzwerk aktiv ist. Daneben versammelt unsere Website weitere 118 Initiativen, die eine SoLaWi gründen wollen. Um einen Betrieb zu unterstützen, braucht es am Ende gar nicht so viele Leute. Neben den vielen Stadt-Land-Netzwerken gibt es inzwischen auch Kooperationen außerhalb von Städten. Wie auf der

digitalen Karte unter ernte-teilen.org zu sehen ist verteilen sich SoLaWis inzwischen in alle Himmelsrichtungen.

Was ist die Motivation der Landwirt*innen und Gärtnereibetriebe, sich zu beteiligen?

Wir denken, dass kleine und mittlere bäuerliche Betriebe die Versorgung der Menschen sichern sollten, nicht Konzerne und Agrarfabriken. Der Kosten- und Preisdruck lässt aber nur die rationalisierten Betriebe überleben. Jeden Tag schließen 30 Betriebe in Deutschland. Die, die übrig bleiben, betreiben häufig eine Form der Landwirtschaft, die wir nicht wollen. Die Kooperation in einer SoLaWi bietet Höfen und Gärtnereien nicht nur mehr ökonomische Sicherheit und Planbarkeit, sondern auch mehr Gestaltungsfreiheit durch eine marktunabhängigere Form der Produktion. In manchen Fällen stehen die wirtschaftlichen Aspekte sicher im Vordergrund, andere Betriebe sehen ein Netz aus engagierten Landwirt*innen aber auch als echten Mehrwert. Als Netzwerk bieten wir Beratung und eine Menge Fachwissen für die Gründung und Umstellung von Solidarhöfen an.

Inwiefern sind SoLaWis auch politische Akteure? Welche Rolle spielen die Kritik an der aktuellen Agrarpolitik und politische Bewegungen wie die für Ernährungssouveränität?

Die Bewegung für Ernährungssouveränität und die Forderung nach einer Stärkung der bäuerlichen Landwirtschaft waren wichtige Impulse für die Gründung des Netzwerks. Wir kritisieren das agrarindustrielle Modell und diskutieren Alternativen. Dass der Bereich der Landwirtschaft unter den Zwängen einer kapitalistischen Wirtschaftslogik nicht zum Wohl der Menschen funktionieren kann, ist ja alles andere als eine neue Überlegung. Ein globalisierter Markt ist definitiv kein Modell für die Lebensmittelgrundversorgung. Deswegen unterhalten wir gute Kontakte zur Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), mobilisieren für die «Wir haben es satt«-Demos und sind Teil einer Plattform von Verbänden, die die Neuausrichtung der EU-Agrarpolitik fordern. Vielen ist es sehr wichtig, Teil einer Bewegung zu sein, der es um mehr geht als nur um die eigene gesunde Ernährung. Mit unserem regionalen Ansatz schaffen wir nicht nur Alternativen zum Status quo, sondern bringen auch unsere Kritik unter die Leute. Essen müssen wir schließlich alle. Was genau dahintersteckt, ist vielen nicht klar. Nach unserer Erfahrung ist die Beschäftigung mit solidarischer Landwirtschaft und das Zusammentreffen mit anderen kritischen Menschen oft der Einstieg in eine Politisierung.

STEPHANIE WILD gründete gemeinsam mit anderen 2011 das Netzwerk Solidarische Landwirtschaft, war dessen erste Angestellte und übernimmt vor allem koordinierende Aufgaben, die Öffentlichkeitsarbeit und Vertretung nach außen.

Solidarische Landwirtschaft, kurz SolaWi (auch: CSA = community-supported agriculture), bezeichnet Formen der Vertragslandwirtschaft, bei der Zusammenschlüsse von Verbraucher*innen längerfristig mit einem oder mehreren produzierenden Betrieben aus der Region kooperieren, denen die feste Abnahme von Produkten mehr Planbarkeit und sichere Einnahmen ermöglicht.

Wie ist die soziale Zusammensetzung in den SoLaWis?

Das ist von Gruppe zu Gruppe verschieden und zum Glück längst nicht so homogen, wie manche meinen – gerade die milieuübergreifende Mischung ist für viele ein Grund, aktiv zu werden. Essen ist eine ganz große Schnittmenge und vielleicht eines der wenigen Themen, das uns gesellschaftlich überhaupt noch verbindet. Diese praktische Frage ist nicht nur interessant für weiße Bildungsbürger*innen aus der Großstadt. SoLaWis entstehen meist aus sozialen Netzwerken: Das kann der Kirchenchor sein, die Mund-zu-Mund-Propaganda im Kindergarten, die BUND-Ortsgruppe oder die Willkommensinitiative.

Um bei einer SoLaWi einsteigen zu können, braucht es Zeit, Geld und nicht zuletzt soziale Zugänge. Diskutiert ihr diese Barrieren? Gibt es Strategien, um etwa ärmeren Menschen die Teilnahme zu ermöglichen?

Das »solidarisch« in unserem Namen bezieht sich ausdrücklich nicht nur auf die Landwirtschaft, sondern auf das Verhältnis aller Beteiligten. Den Beitrag zur Unterstützung der Produktion bringt jede Gruppe gemeinsam auf. Sie kann die einzelnen Mitglieder je nach Einkommen unterschiedlich stark belasten. Einige Gruppen setzen solche Modelle schon um, wir regen es auf jeden Fall an. Ähnlich verhält es sich mit der Zeitproblematik. Unserem Selbstverständnis nach geht es bei der solidarischen Landwirtschaft um aktives Mitwirken. Dass Alleinerziehenden oder Menschen mit einer 40-Stunden-Woche ein intensiver Einsatz schwerfällt, liegt aber auf der Hand. Als Netzwerk versuchen wir einen Rahmen zu schaffen, in dem über dieses Dilemma und solidarische Umgangsweisen immer wieder diskutiert wird.

Wie funktioniert die Vernetzung der Initiativen und wie organisiert ihr Entscheidungsprozesse? Haben sich eure Strukturen seit der Gründung professionalisiert?

Unsere zentrale Entscheidungsinstanz sind die jährlichen Netzwerktreffen. Wir arbeiten hier nicht mit einem paritätischen Vertretungsmodell, sondern nach dem Prinzip der Beteiligung. Auf den Treffen wird ein Rat gewählt, der zu gleichen Teilen aus Vertreter*innen von SoLaWis und Einzelpersonen besteht. Der Rat bestimmt aus seinen Reihen eine »Koordination« für kurzfristige Entscheidungen, die sich mit den Angestellten in unserem Netzwerkbüro abstimmt. Als Rechtsform sind wir ein gemeinnütziger Verein. Über die vergangenen sieben Jahre sind wir aber viel mehr geworden: in allen SoLaWis zusammen inzwischen etwa 20 000 bis 25 000 Personen und Haushalte – Tendenz steigend. Das lässt sich nicht mehr wie am Anfang über persönliche Kontakte und eine Excel-Tabelle verwalten. Die Spannung zwischen unserem basisdemokratischen Anspruch und einer höheren Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit auszuhalten, ist oft nicht einfach. Wir haben derzeit viele Baustellen: Von der Homepage über Projektanträge können wir vieles nicht so schnell umsetzen, wie wir es gerne würden. Einige finden deshalb, dass wir eine richtige Geschäftsführung bräuchten, für andere wäre das der Anfang vom Ende. Wir müssen uns aber zweifelsohne irgendwie professionalisieren, wenn wir

das anhaltende Wachstum bewältigen wollen. Wir sind darum stets auf der Suche nach neuen Lösungen, mit denen alle leben können.



Wie verallgemeinerbar ist euer Modell? Was wären die Voraussetzungen, um es auszuweiten?

Schon heute erreicht das Modell weit mehr Menschen als die unmittelbar Beteiligten, und wir erwarten, dass die Idee und Praxis sich auch noch weiter ausbreiten. Die Ziele – faire Entlohnung, nachhaltige regionale Erzeugung und Sicherheit für die landwirtschaftlichen Betriebe – können durchaus auf einen größeren Maßstab übertragen werden. Und das sollten sie auch! Dadurch würden sich die Modelle im Konkreten natürlich ändern, etwa der direkte Bezug zu einem einzelnen Hof. Aber es gibt Beispiele, die Mut machen, dass dies nicht zwangsläufig den Ausverkauf der Idee bedeuten muss. Zum Beispiel Hansalim in Südkorea, eine der weltweit größten Organisationen solidarischer Landwirtschaft, die mit 2 000 Höfen Lebensmittel für mehr als eineinhalb Millionen Menschen produziert. Dazu zählen 21 Verteilerkooperativen und 180 Bioläden. Hansalim ist gleichzeitig fest verwurzelt in sozialen Bewegungen, mobilisiert gegen Atomkraft und grüne Gentechnik. Dank der Gemeinwohlorientierung fließt kein Gewinn in private Taschen. Von solchen Beispielen bräuchte es viel mehr.

Was können Menschen tun, die konkret aktiv werden möchten?

Sie sollen einfach anfangen: sich nach Gruppen in der Nähe umsehen und Kontakt aufnehmen. Wenn diese gerade keine Neumitglieder aufnehmen, ermutigen wir Interessierte, auf die Suche nach Mitstreiter*innen zu gehen und eine neue Initiative zu gründen. Außerdem können sie natürlich Mitglied oder Fördermitglied im Netzwerk werden. Wir freuen uns immer über neue Gesichter.

Das Interview führte Steffen Kühne.

ZUM WEITERLESEN

www.solidarische-landwirtschaft.org
www.ernte-teilen.org

WEM GEHÖRT DER BODEN?

ÖFFENTLICHE BODENPOLITIK GEGEN DIE NEUE LANDNAHME

PLAN B KONKRET

Gute Böden sind lebensnotwendige Güter und wertvolle Lebensräume. Doch der Zugang zu dieser elementaren Ressource wird immer mehr zum Problem. Die Weltbevölkerung wächst, zugleich steht immer weniger fruchtbares Ackerland zur Verfügung, nicht nur durch den Flächenverbrauch von Siedlungen und Straßen, vor allem auch durch die Übernutzung durch die Landwirtschaft. Auf immer weniger Land soll immer mehr produziert werden, um die Welternährung zu sichern.

Allein diese Prognose erhöht den Druck auf das knappe Gut Boden. Das lockt auch Spekulant*innen und Großinvestor*innen an. Das Nachsehen haben die, die tagtäglich das Land bewirtschaften, aber in diesem Wettbewerb nicht mithalten können.

Der Zugang zum Boden muss aber gesichert sein für diejenigen, die unsere Mittel zum Leben, unsere Lebensmittel, herstellen. An dieser Frage entscheidet sich die Ernährungssouveränität der Zukunft. Die

Forderung nach einem breiten Zugang zu Boden wird seit einigen Jahren immer lauter. Die Politik soll die Konzentration der Böden in wenigen Händen verhindern.

Doch wie genau wäre die Bodenfrage aus linker Sicht zu regeln? Sollte der laut Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization of the United Nations/FAO) rechnerisch jede*r Erdenbewohner*in zustehende Acker von 2000 m² das Maß aller Dinge sein? Oder ist das Land möglichst effektiv so zu verteilen, dass genug Nahrung für alle produziert werden kann? Ginge ein breiterer Zugang zum Boden mit einer geringeren Produktivität einher und wäre gesamtgesellschaftlich kontraproduktiv? Wie kann breite Eigentumsverteilung und eine gemeinschaftliche Bewirtschaftung sinnvoll gestaltet werden?

Diese Fragen sind auch in der Linken umstritten. Die Erfahrungen mit Bodenreformen und der Kollektivierung von Landwirtschaft, etwa in den realsozialistischen Ländern, sind widersprüchlich, ebenso die Erfahrungen mit unterschiedlichen Genossenschaftsmodellen und Eigentumsformen. In der Praxis bieten sich vielfältige Ansätze einer alternativen Bodenvergabe und -nutzung. Hier lässt sich weiterdenken, wie eine öffentliche, demokratische Kontrolle des Bodens und dessen sinnvolle sozialökologische Nutzung heute gestaltet sein könnte.

DER GRIFF NACH DEN ÄCKERN

Land Grabbing betrifft nicht nur Afrika oder den globalen Süden, auch wenn dort die Auswirkungen am dramatischsten sind. Es ist ein weltweites Phänomen, das in Kambodscha ebenso auftritt wie in den USA oder in Osteuropa oder Ostdeutschland. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe »Bodenmarktpolitik« geht davon aus, dass zwischen 20 und 35 Prozent der Flächen in den neuen Bundesländern an Nichtlandwirte gehen. Dieser Trend treibt die Bodenpreise nach oben und ist eine Bedrohung für lokale Betriebe. Zusätzlich kaufen sich Kapitalgeber auch über Anteilskäufe in Betriebe ein und erhalten so Zugang zum betrieblichen Bodeneigentum. Einige Agrargesellschaften Ostdeutschlands sind bereits auf wenige Personen konzentriert und bieten durch ihre große Vermögenskonzentration einen Ansatzpunkt für den Einstieg von Investor*innen. Durch dieses »Farm Grabbing« entstehen riesige Landflächen, die von Aktiengesellschaften verwaltet werden.

Das hat enorme Folgen. Produziert wird immer weniger für die Region und fast ausschließlich für den Agrarexport. Kurzfristige,

DAS PROJEKT PLAN B der Bundestagsfraktion DIE LINKE formuliert Visionen, wie ein sozialökologischer Umbau bis 2050 gestaltet werden kann. Die Kernthese ist: Ein solcher Umbau kann nur als ein soziales und demokratisches Erneuerungsprojekt gelingen. Die Schritte dorthin wurden seit Beginn des Projekts 2012 für einzelne Felder konkretisiert und in öffentlichen Veranstaltungen zur Diskussion gestellt. Der vorliegende Text ist ein redaktionell bearbeiteter Ausschnitt aus der 2015 erschienenen Broschüre »PLAN B konkret – Wem gehört das Land? Der Kampf um den Boden«.

Mehr Informationen zum Projekt unter:
www.plan-b-mitmachen.de
www.nachhaltig-links.de

gewinnorientierte Pachtverträge machen eine langfristige Anbauplanung kaum möglich. Das erschwert Investitionen in den Boden und bewirkt Übernutzungen. Auch der Staat, die Länder und die Kirchen sind durch ihre Pachtausschreibungen an dieser Preistreiberei beteiligt. Der Zugang zum Boden hängt nicht von der gesellschaftlichen Notwendigkeit eines Agrarbetriebes und seiner Produkte ab, sondern davon, wer beim ruinösen Bieterwettbewerb überlebt hat.

Manche sehen das neue Interesse am Boden auch positiv: Es berge die Chance auf neue Investitionen, gebe dem ländlichen Raum eine Zukunftsperspektive. Doch leider steigen mit den Bodenpreisen nicht zugleich die Anzahl der Arbeitsplätze und die Wertschöpfung. Stattdessen führt der »Strukturwandel« zu einem »Höfesterben«. Dort, wo ein Betrieb aufgibt, wandern die Flächen meist zu den kapitalstarken, großen Betrieben.

ANSÄTZE DER KOOPERATION – GENOSSENSCHAFTEN ALS ALTERNATIVE?

Gegen den ruinösen Wettbewerb in der Landwirtschaft formiert sich zusehends eine Gegenbewegung: Kooperation statt Konfrontation. Die Zusammenarbeit von Erzeugerinnen, Verbrauchern, Bauern und Städterinnen, Höfen und Lieferanten bietet Perspektiven: sowohl für kleine Familienbetriebe als auch für mittlere Betriebe, die unter den Weltmarktpreisen leiden. Sie können helfen, Erzeugungskosten zu reduzieren, Maschinen besser auszulasten oder Risiken breiter zu streuen. Natürlich muss eine Kooperation ohne Zwang und strikt freiwillig sein. Vertrauen muss wachsen und der gegenseitige Nutzen für alle erkennbar sein.

Schon heute gibt es Formen der Kooperation, etwa in »Maschinenringen«, in denen sich Agrarbetriebe zusammenschließen, um Land- und Forstmaschinen – als Genossenschaft oder Verein – gemeinsam zu nutzen. Auch die immer stärker um sich greifende Idee der »Solidarischen Landwirtschaft« (SoLaWi) kann ein Lösungsansatz für die Vermarktung und den Absatz von Produkten sein. Ein weiteres Beispiel sind innovative Bodenfonds für Biobetriebe wie etwa der Bodenfonds der sozialökologischen GLS22-Bank, der im Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin aktiv ist und darauf zielt, land- und forstwirtschaftliche Flächen dauerhaft für den ökologischen Landbau zu sichern. Obwohl es sich um einen nichtlandwirtschaftlichen Kapitalgeber handelt, steht hier der langfristige Nutzen, nicht der kurzfristige Profit im Vordergrund. Großflächig übertragbar ist das Beispiel nicht, kann jedoch Anregung für einen staatlichen Bodenfonds bieten, der sozialökologische Bewirtschaftungsanforderungen vorgibt.

Ein weiterer Schritt der Kooperation ist die eigentümerübergreifende, gemeinsame Bearbeitung der Nutzflächen im Modell der Agrargenossenschaften. Es hat eine über 160-jährige Tradition und spielt eine zentrale Rolle in den Diskussionen um linke Agrarpolitik, wo es als Alternative zu den kleinbäuerlichen Familienbetrieben gesehen wird. Die Agrargenossenschaft bietet die Möglichkeit, gemeinsam Verantwortung für die Flächen und die dazugehörigen Menschen zu übernehmen. Sie hat zudem den Vorteil, dass geregelte Arbeits- und Urlaubszeiten



sowie Krankheitsvertretungen möglich sind, was die einzelnen Landwirte entlastet. Als Zusammenschluss von Landeigentümern, Landwirtinnen und bäuerlichen Familien soll die gemeinsame Bewirtschaftung das gemeinschaftliche Vermögen wahren und mehren und den damit verbundenen Menschen und Dörfern eine soziale Zukunft zu sichern.

Zwischen der Mitgliedschaft in einer Agrargenossenschaft und dem Bodeneigentum besteht formalrechtlich kein unmittelbarer Zusammenhang. Meistens bringen die Genossenschaftsmitglieder ihr Bodeneigentum als Pachtfläche ein. Die Genossenschaft erlaubt es, Privateigentum an Boden gemeinschaftlich zu nutzen. Obwohl das Modell seinen Mitgliedern viele Vorteile bietet und gerade für kleine Familienbetriebe einen Ausweg bieten könnte, gibt es heute weniger als 1 000 Agrargenossenschaften in der Bundesrepublik. Tendenz fallend. Die meisten sind im Bereich der arbeitsintensiven Tierproduktion und Energieerzeugung tätig – reine Ackerbaubetriebe sind selten. Neugründungen lassen sich leider an einer Hand abzählen. Zu groß sind die politischen Widerstände, zu restriktiv

die gesetzlichen Rahmenbedingungen, zu stark das Festhalten an bisherigen Modellen, zu groß ist die Angst vor Kontrollverlusten bei den Mitgliedern – sowohl was den Besitz als auch was die Entscheidungsgewalt über den Betrieb betrifft.

Dennoch gibt es Agrargenossenschaften in Ostdeutschland als erfolgreiche Modelle der landwirtschaftlichen Kooperation und als Mehrfamilienbetriebe. In anderen Regionen der Welt sind sie schon viel länger verankert, jedoch oftmals nicht als Produktivgenossenschaft. Doch nicht alle Agrargenossenschaften sind Vorzeigebetriebe. Es gibt auch Genossenschaften, deren Geschäftsmodell von einer auf den Weltmarkt fixierten, flächenstarken GmbH schwer zu unterscheiden ist. Es muss im Einzelfall kritisch hinterfragt werden, wie die einzelnen Akteure am Markt agieren und das Land bewirtschaften und inwiefern der Genossenschaftsgedanke im Betrieb noch gelebt wird. Dies verweist jedoch auch auf die Notwendigkeit, Rahmenbedingungen zu schaffen, mit denen der Genossenschaftsgedanke wieder beflügelt werden kann, etwa durch eine Änderung des Genossenschaftsrechts sowie ein breiteres wirtschaftspolitisches Umdenken.

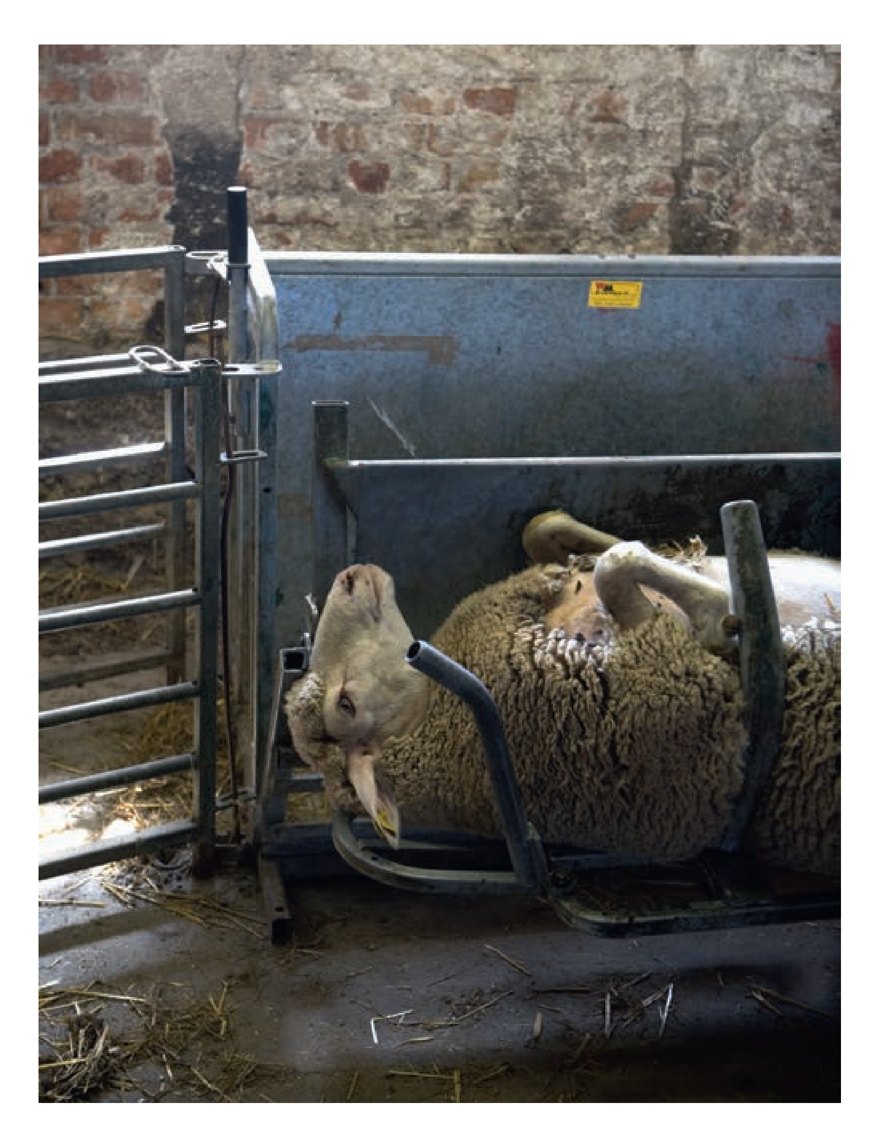
DEN MARKT ZURÜCKDRÄNGEN – ÖFFENTLICHES EIGENTUM STÄRKEN

Um langfristig einen demokratischen Zugang zu Böden und eine sinnvolle gesellschaftliche Nutzung sicherzustellen, gilt es, den Marktdruck effektiv einzudämmen. Die zunehmende Entkopplung des Bodeneigentums vom Dorf oder der Region und die Verdrängung durch landwirtschaftsfremdes Kapital müssen gestoppt werden. Aber wie? Die Schutzvorschriften des Grundstücksverkehrsgesetzes aus den 1950er Jahren entpuppen sich aktuell als ein stumpfes Schwert. Das Gesetz soll eine »ungesunde Verteilung von Grund und Boden« verhindern. Doch wie eine gesunde Bodenverteilung aussieht, ist nicht ausreichend formuliert. Entsprechend gering sind die Möglichkeiten der Behörden, den Flächenerwerb zu beanstanden oder zu versagen. Darum ist eine Verbesserung des Bodenrechts vonnöten, die eine stärkere Regulierung ermöglicht. Die Einspruchsmöglichkeiten der Behörden sind zu stärken, das Vorkaufsrecht für regional ansässige Agrarbetriebe und für gemeinnützige Siedlungsunternehmen ist zu verbessern. Zugleich muss es Zugänge geben für junge Menschen, die in die Landwirtschaft einsteigen wollen.

Das alles wirft die grundsätzliche Frage nach dem Eigentum an Boden auf: Das Privateigentum an Grund und Boden wird noch immer als Voraussetzung für eine nachhaltige Bewirtschaftung gesehen. Individuelles Eigentum an Grund und Boden wird kaum noch (grundsätzlich) infrage gestellt. Dabei war Boden über lange Zeit ein Kollektivgut und wurde erst durch Enteignungen privatisiert. Der Zugang der einen ist seither der Ausschluss der anderen. Der Besitzende erzielt ein leistungsloses Einkommen, indem er den Boden verpachtet. Der gesellschaftliche Einfluss ist bislang gering.

Daher muss es mehr als bisher darum gehen, öffentliches Bodeneigentum zu erhalten und zu mehren. Denn bei öffentlichem Eigentum kann – auch durch demokratische Kontrolle – deutlich besser als bei Privateigen-

tum ein sozialökologischer Umbau der Agrarwirtschaft vorangebracht werden. Darum muss die Privatisierung von Äckern, Wiesen und Wäldern dringend gestoppt werden. Die wenigen verbliebenen (BVVG)-Flächen[1] müssen in einen öffentlichen Bodenfonds überführt und langfristig an regional ansässige Betriebe verpachtet werden. Hierbei sind sozialökologische Mindestkriterien der Bewirtschaftung zu definieren, zum Beispiel ein bestimmter Prozentsatz Ökolandbau. Öffentlicher Boden muss besonders zur Erfüllung öffentlicher Leistungen beitragen.



Wo rechtliche Vorgaben nicht ausreichen, um mehr Klima-, Umwelt- und Landschaftsschutz zu erreichen, könnten Pachtverträge zwischen einer öffentlichen Einrichtung (Bodenfonds) und dem Agrarbetrieb detailliertere Produktionsvorgaben regeln (alte Sorten und Rassen, bodenschonende Bewirtschaftung, Gentechnikfreiheit). Darüber hinaus kann umfangreicher staatlicher Bodenbesitz die Spekulation eindämmen und für eine vielfältige Bewirtschaftungsstruktur sorgen. Der Zugang zum Boden muss dabei sowohl für regional wirtschaftende Agrarbetriebe als auch für Neueinsteigerinnen und Nebenerwerbslandwirte möglich bleiben. Darüber hinaus sind die als »Tragik der Allmende« bekannten Probleme der Übernutzung von Gemeinschaftsgütern zu berücksichtigen. Anstatt allen gleichzeitig Zugang zu verschaffen, muss gemeinschaftlich festgelegt werden, wer den Boden wie nutzen darf.

BODENREFORMEN – LAND KOLLEKTIVIEREN?

Der Zugang zum Boden kann auch durch Umverteilung des Bodenbesitzes verändert werden. Hier lohnt ein Blick auf die ambivalenten historischen Erfahrungen. Bodenreformen haben ungerechte Besitzverhältnisse überwunden, waren aber oft mit neuem Unrecht verbunden.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es im Osten Deutschlands zu zwei Wellen einer

Bodenreform. Zunächst wurde der gesamte Großgrundbesitz entschädigungslos enteignet und Landarbeiterinnen, landlosen Bauern und Kriegsflüchtlingen zugeteilt. Es entstanden rund 210 000 neue Bauernhöfe, die nicht geteilt, verkauft, verpachtet oder verpfändet werden durften. Damit verlor der Boden den Charakter einer Ware, die Struktur extremer Ungleichverteilung wurde abgeschafft. Jedoch erwies sich die geschaffene Kleinbetriebsstruktur als begrenzt leistungs- und zukunftsfähig. Als Ausweg beschloss die SED 1952 den Kurs der Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft, wobei das Grundprinzip der Freiwilligkeit zum Teil verletzt wurde. Als LPG-Mitglieder blieben die Bäuer*innen zwar Eigentümer ihres Bodens, die Nutzungs- und Verfügungsrechte gingen jedoch voll und ganz auf die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) über. Trotz dieser vermeintlich progressiven Bodenordnung blieben die Leistungen der LPG auch aufgrund mangelnder Ressourcen hinter denen der privaten Familienbetriebe Westdeutschlands zurück. Für eine alternative Bodenordnung stellt sich folglich die Frage, ob Gemeineigentum gemeinschaftlich oder eher durch Vergabe privater Nutzungsrechte effizient zu nutzen ist.

EINE LINKE PERSPEKTIVE FÜR ÖFFENTLICHE BODENNUTZUNG

Was lernen wir aus diesen Erfahrungen? Wie würde unsere Landwirtschaft, wie würde unsere Gesellschaft aussehen, wenn privater Bodenbesitz durch rein gesellschaftlichen Bodenbesitz unter demokratischer Kontrolle ersetzt würde? Und wie könnte eine Rückführung des Bodens in Gemeineigentum konfliktfrei ablaufen?

Bereits im Jahre 1967 hob das Bundesverfassungsgericht die Besonderheit des Bodens hervor: »Die Tatsache, dass der Grund und Boden unvermehrbar und unentbehrlich ist, verbietet es, seine Nutzung dem unübersehbaren Spiel der freien Kräfte und dem Belieben des Einzelnen vollständig zu überlassen; eine gerechte Rechts- und Gesellschaftsordnung zwingt vielmehr dazu, die Interessen der Allgemeinheit beim Boden in weit stärkerem Maße zur Geltung zu bringen als bei anderen Vermögensgütern.« (BVerfG, 12.01.1967 – 1 BvR 169/63). Mit anderen Worten: Boden ist so wichtig, dass die Politik im Sinne des Allgemeinwohls unbedingt steuernd eingreifen muss, wenn es schiefläuft.

Doch leider haben alle Bundesregierungen seit 1990 darauf verzichtet, bodenmarktpolitische Ziele zu definieren. Eine aktuelle Formulierung ist daher dringend notwendig. Zwar wurde nach jahrelanger Kritik der LINKEN mittlerweile auch in der Politik der Handlungsbedarf erkannt. Von Bund und Ländern wurde im Januar 2014 eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die 2015 Handlungsempfehlungen vorlegte, um die Bodenspekulationsblase einzuhegen. Leider reagierten die zuständigen Fachpolitiker*innen bisher nicht darauf, eine Umsetzung steht noch aus.

Insgesamt braucht es jedoch schnelle Schritte in Richtung eines sozialökologischen Umbaus der Agrarwirtschaft. Die Plan-B-Initiative fordert dazu bis zum Jahr 2050 Maßnahmen für mehr gute Arbeitsplätze in der Landwirtschaft, mehr Naturverträglichkeit,

mehr regionale Wirtschafts- und Stoffkreisläufe, mehr Ressourceneffizienz und mehr Tierschutz.

Für die Bodenpolitik würde das bedeuten, den Zugang für die Landwirtschaft zu sichern und den Ausverkauf öffentlicher Flächen zu stoppen. Alle BVVG-Flächen wären in einen öffentlichen Bodenfonds (auf Bundesebene oder in mehreren Fonds auf Landesebene) zu überführen. Dieser Fonds soll entsprechend den Vorgaben eines Agrarstrukturgesetzes langfristige Pachtverträge mit den Agrarbetrieben aus der Region oder Neueinsteigern abschließen und muss öffentlich kontrolliert und transparent arbeiten. Auf der Landesebene geht es darum, den Anstieg von Boden- und Pachtpreisen gesetzlich abzudämpfen, etwa über eine neue Klausel in den Grundstücksverkehrsgesetzen. Zugleich könnten regelmäßige verbindliche Pachtpreisspiele für mehr Transparenz bei den Bodenpreisen sorgen.

Auf internationaler Ebene müssen die »Freiwilligen Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten« der Vereinten Nationen in ein rechtlich verbindliches Regelwerk überführt und zudem sichergestellt werden, dass deutsche Banken und Unternehmen es auch verbindlich anwenden. Um Land Grabbing zu bekämpfen, müssen die Land(nutzungs)rechte speziell von Frauen, Kleinbauern, Indigenen und anderen potenziell betroffenen Gruppen gefestigt und ihre politische Organisierung gestärkt werden.

Im Ganzen muss es um eine breite Streuung des Bodeneigentums gehen, um die Konzentration in den Händen weniger zu verhindern, sowohl was Grund und Boden als auch Anteile an landwirtschaftlichen Betrieben (*share deals*) betrifft. Das Grundstückverkehrsrecht soll zu einem aktiven Steuerungselement umgebaut werden, das auch Obergrenzen an Bodeneigentum und eine Beschränkung auf natürliche Personen festlegt. Demgegenüber muss die gemeinnützige Nutzung von Boden gestärkt werden, etwa indem der Erwerb von Flächen durch gemeinnützige Siedlungsunternehmen unterstützt wird. Schon im Landwirtschaftsstudium oder in anderen Ausbildungen muss der Rechtsform Genossenschaft mehr Gewicht zukommen. Agrargenossenschaften dürfen zudem durch agrarpolitische Gesetzgebungen nicht diskriminiert werden. Das bedeutet auch, dass sich Genossenschaftsrecht selbst wieder stärker am Ziel der Genossenschaftsidee ausrichten muss.

Insgesamt wäre es notwendig für eine solche offensive Bodenpolitik, die Eigentumsverhältnisse der Nutzflächen bundesweit statistisch zu erheben und die Daten offen zugänglich zu machen. Die Landnutzung selbst muss stärker reguliert werden, um eine nachhaltige sozialökologische Bewirtschaftung sicherzustellen. Hierzu bedarf es eines neuen Agrarstrukturgesetzes mit klaren politischen Vorgaben, welche Agrarstruktur- und Bodenmarktpolitik gewünscht ist (vgl. Tackmann/Rehmer in diesem Heft). Eine gerechte Bodenpolitik geht mit einer sozialen und nachhaltigen Agrarpolitik Hand in Hand.

---

1 Die Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH (BVVG) ist ein staatliches Unternehmen. Ihre Aufgaben sind die Verwaltung, Verpachtung und der Verkauf von land- und forstwirtschaftlichen Flächen auf dem Gebiet der neuen Bundesländer.

»NICHTS ZU VERLIEREN ALS IHRE KETTEN?«

NEUE KLASSENPOLITIK UND IMPERIALE LEBENSWEISE

ULRICH BRAND UND
MARKUS WISSEN

Es gibt in der Linken, wie Michael Brie und Mario Candeias (2017) in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* schreiben, ein politisches Vakuum. Ein dritter »Pol der Solidarität und Gerechtigkeit« – neben dem Pol des gemäßigten Neoliberalismus und dem Pol der Neuen Rechten – müsste erst aufgebaut werden. Dazu wäre eine neue Klassenpolitik zu entwickeln[1], die »einen klaren Gegnerbezug formuliert, zu der führenden Klasse ›oben‹ und gegen rechts, gegen ein neoliberales ›Weiter-so‹, gegen autoritären Umbau und nationalistische, rassistische Mobilisierungen. Sie müsste zudem die Klassenfrage aus ihrer Fixierung auf die alte, oft männlich geprägte Arbeiterklasse lösen und zu einer feministischen und gegen geschlechtliche Normierungen gerichteten – also queeren – und ökologischen Klassenpolitik sowie zu einem klassenbewussten Antirassismus weiterentwickelt werden. Mit einer neuen Klassenpolitik könne der falsche Gegensatz zwischen sozialer Frage und (vermeintlicher) Identitätspolitik

überwunden werden. Feminismus und Ökologie sind nicht nur Elitethemen – es sind auch Klassenfragen.« (Ebd., 85) Damit könnte der »Herrschaftsknoten« (Frigga Haug) verschiedener Unterdrückungsverhältnisse durchtrennt werden und »eine Art verbindender Antagonismus« entstehen. Es gehe um eine »Organisierung und gemeinsame Aneignung von gesellschaftlichen Lebensbedingungen«, wozu gerade neue Projekte und Praktiken zählen, die das gesellschaftliche »Unten« erfassen und von diesem selbst getragen werden (ebd.).

Unser Konzept der »imperialen Lebensweise« (gemeint ist: Produktions- und Lebensweise; Brand/Wissen 2017) steht zu dem der neuen Klassenpolitik vordergründig in einem Spannungsverhältnis. Im Kern besagt der Begriff der imperialen Lebensweise, dass die Menschen (vor allem im globalen Norden) in ihrem Alltag systematisch auf die billige Arbeitskraft und Natur der Welt zurückgreifen, um sich selbst zu reproduzieren. Die imperiale Lebensweise ermöglicht, sich auf eine bestimmte Art und Weise fortzubewegen, zu kommunizieren, zu essen und sich zu kleiden. Diese Handlungen sind in die Alltagspraxen der Menschen tief eingelassen, sie haben sich zu Routinen verfestigt, werden also meist unbewusst vollzogen. Dabei gibt es natürlich große Unterschiede, die vor allem vom Einkommen abhängen. Aber insgesamt leben die allermeisten Menschen hierzulande auf Kosten der Natur und der Arbeitskräfte anderer Regionen in Europa und im globalen Süden.

Die imperiale Lebensweise wird durch politische Entscheidungen, Akkumulationsstrategien von Unternehmen, ungleichen Tausch – institutionalisiert in bi- und multilateralen Investitions- und Handelsabkommen –, dominante gesellschaftliche Orientierungen wie »Wachstum« oder »Fortschritt« und gesellschaftliche Kompromisse (etwa zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden) abgesichert. So hat der US-amerikanische marxistische Agrarsoziologe Philip McMichael (2012) gezeigt, dass das globalisierte Ernährungsregime von immer weniger großen Saatgut-, Düngemittel-, Handels- und Lebensmittelkonzernen sowie von Supermarktketten organisiert wird. Es sind deren Profitinteressen, aber auch die Interessen vieler Konsument*innen, die von dieser Organisation des globalisierten Ernährungsregimes bedient werden. Während Erstere hohe Gewinne einfahren, profitieren Letztere von den niedrigen Preisen eines Lebensmittelangebots, das sich von Saisonalitäten und Regionalitäten vollständig entkoppelt hat und das McMichael als »food from nowhere« charakterisiert. Dieses Ernährungsregime beruht auf sozialökologischen Herrschaftsbeziehungen, die durch die Organisation der Wertschöpfungskette und die Präsentation scheinbar makelloser Produkte im Supermarkt unsichtbar gemacht und gleichsam normalisiert werden.

ULRICH BRAND ist Professor für Internationale Politik an der Universität Wien. **MARKUS WISSEN** ist Professor für Gesellschaftswissenschaften an der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin (HWR). Beide forschen zu politischer Ökonomie und sozialökologischer Transformation. 2017 ist ihr Buch »Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus« im oekom-Verlag, München, erschienen.

Der imperialen Lebensweise wohnt ein Widerspruch inne, der in jüngerer Zeit manifest geworden ist. Zum einen haben sich – nicht zuletzt als Folge der imperialen Lebensweise des globalen Nordens – die Lebensverhältnisse in anderen Weltregionen deutlich verschlechtert. Bisweilen sind sie so untragbar geworden, dass sich die Betroffenen – oft unter größten Risiken – aufmachen, um unter den sozialen, politischen und ökonomischen Verhältnissen zu leben, die die imperiale Lebensweise den Menschen im globalen Norden gewährt. Zum anderen tritt die Widersprüchlichkeit der imperialen Lebensweise in der Ausbreitung ressourcen- und emissionsintensiver Produktions- und Konsummuster in den aufstrebenden Ländern des globalen Südens zutage. Denn damit vergrößert sich der Bedarf an Rohstoffen, an (landwirtschaftlichen) Flächen, an Schadstoffsenken und an Arbeitskräften, die die Rohstoffe extrahieren und billige Lebensmittel produzieren.

Die imperiale Lebensweise beruht auf Exklusivität, also darauf, dass nicht alle an ihr teilhaben. Gleichzeitig entfaltet sie eine starke Anziehungskraft auf all jene, denen die Teilhabe an ihr bislang verwehrt war und die vor allem ihre Kosten zu tragen hatten. Indem sie sich aber verallgemeinert, geht sie ihrer eigenen Existenzgrundlage verlustig: Das Außen, auf das sie aufgrund ihrer überproportionalen Inanspruchnahme von Natur und Arbeitskraft angewiesen ist, schrumpft im selben Maße, wie Teile des globalen Südens sich die imperiale Lebensweise zu eigen machen und dadurch nicht nur als Außen des globalen Nordens wegfallen, sondern selbst von einem Außen abhängig werden, auf das sie ihre Kosten verlagern können. In der Konsequenz verschärfen sich ökoimperiale Spannungen innerhalb des globalen Nordens ebenso wie zwischen diesem und dem globalen Süden.

KLASSENBLINDHEIT DER IMPERIALEN LEBENSWEISE?

Unser Verweis darauf, dass auch die Beherrschten in den Zentren von der imperialen Lebensweise profitieren, hat uns den Vorwurf eingetragen, dass wir das Konzept letztlich »klassenblind« konzipierten, das heißt, die Klassenverhältnisse im globalen Norden hinter einem alles überlagernden Nord-Süd-Gegensatz verschwinden ließen. Die Klassendimension der imperialen Lebensweise werde zwar beschrieben, aber nicht analytisch ausgeführt. Sie werde nachträglich in das Konzept integriert: als *Stratifizierung* der imperialen Lebensweise, für deren *Konstituierung* sie jedoch bedeutungslos sei. Uns bliebe dann nur mehr die moralische Kritik, die die Schuld der Hartz-IV-Empfängerin genauso zuschiebe wie dem Unternehmensvorstand. So liest etwa Hans-Günter Thien (2018) im Nachwort zur Neuauflage seines Buches »Die verlorene Klasse« das Konzept der imperialen Lebensweise so, als ginge es uns vor allem darum, einer als homogen angenommenen Arbeiterklasse ein »falsches Bewusstsein« zuzuschreiben.

Auch wenn die Frage des fehlenden oder unzureichenden Bewusstseins in der Nachhaltigkeitsdebatte immer wieder thematisiert wird (mit der Konsequenz, dass die »grünen Konsument*innen« es angeblich in der Hand haben), ist das gerade nicht unser Argument. Es sind tief verankerte Macht- und Herrschaftsverhältnisse entlang unterschiedlicher Spaltungs-

linien, die zur imperialen Lebensweise führen und von dieser reproduziert werden. Wir wollen gerade zeigen, dass die imperiale Lebensweise konstitutiv mit ausdifferenzierten Klassen-, Geschlechter- und rassisierten Verhältnissen verbunden ist.

Die kapitalistische Produktionsweise zeichnet sich wesentlich dadurch aus, dass sie die Menschen aus ihren traditionellen Bindungen herauslöst und sie dazu zwingt, ihre Arbeitskraft auf dem Markt zu verkaufen, um leben zu können. Damit aber werden die Menschen zugleich in die imperiale Lebensweise hineingezwungen, und zwar umso mehr, wie der Produktionsprozess, in dem sie ihr Einkommen erwirtschaften, die Waren, die sie für ihre Reproduktion benötigen, und die sozialen und physischen Infrastrukturen, auf die sie angewiesen sind, um ihren Alltag zu organisieren, auf der ungleichen Aneignung von Arbeitskraft und Natur andernorts beruhen.

Wir betonen jedoch – und hier scheint uns der Ansatzpunkt für den Vorwurf der Klassenblindheit zu liegen –, dass der in die kapitalistische Gesellschaft eingelassene Zwang zur imperialen Lebensweise nicht notwendigerweise als solcher empfunden wird. Denn er geht durchaus einher etwa mit Arbeitserleichterungen, mehr Komfort und einer größeren Mobilität. Vor allem die mit dem fordistischen Klassenkompromiss durchgesetzte erdölbasierte Konsumnorm verhalf den Lohnabhängigen zu einem bis dahin unbekannten Lebensstandard.



Die »energy available per dollar earned« (Huber 2013) nahm mit der – durch imperialistische Politiken abgesicherten – Verfügbarkeit billigen Erdöls erheblich zu. Große Teile der Arbeiterklasse des globalen Nordens profitierten davon, und zwar zu Lasten der Natur und der Lohnabhängigen im globalen Süden – sowie basierend auf schlecht entlohnter migrantischer Arbeit und der unentgeltlichen Aneignung der von Frauen geleisteten Reproduktionsarbeit im globalen Norden selbst. Letztere, darauf verweisen Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld (2014), ist somit ebenso konstitutiv für die imperiale Lebensweise wie der Zugriff auf Natur und Arbeitskraft im globalen Süden. Sie ist zudem wesentlich für die Konstitution der Klassenverhältnisse im globalen Norden, die ohne die »Abspaltung der unbezahlten, außermarktlichen Reproduktionsarbeit und ihrer Zuweisung an Frauen« nicht zu begreifen sind.[2]

Die Wohlstandszuwächse, die der Fordismus den Lohnabhängigen bescherte,

hoben den Klassengegensatz natürlich nicht auf. Vielmehr wurden die nivellierenden Tendenzen der fordistischen Entwicklungsweise von einer Kontinuität gesellschaftlicher Hierarchien überlagert. Aber auch dies ist kein Argument gegen das Konzept der imperialen Lebensweise. Denn während die nivellierenden Tendenzen sich in einer tendenziellen Verallgemeinerung *materiellen* Wohlstands äußersten, stachelte die gesellschaftliche Hierarchisierung den Konsum zu *symbolischen* Zwecken an. Hierarchisierung geht Hand in Hand mit Statuskonsum: Die Reichen vergewissern sich ihrer sozialen Stellung, indem sie die jeweils neueste Version eines Luxusguts zur Schau tragen. Damit konkurrieren sie untereinander und setzen gleichzeitig die Standards, denen die weniger Begüterten nacheifern. Der materielle Gebrauchswert der Ware ist dabei ihrem symbolischen Wert untergeordnet. Das bedeutet aber, dass Produkte schnell veralten und durch neue ersetzt werden, bevor sich ihr materieller Gebrauchswert erschöpft hat. Statuskonkurrenz, die auf dem Weg des symbolischen oder »demonstrativen« Konsums und auch der »demonstrativen« Verschwendung (Veblen 1899) ausgetragen wird, steigert deshalb den Ressourcenverbrauch über das materiell Nötige hinaus. Die gesellschaftliche Hierarchisierung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft ist eine treibende Kraft der imperialen Lebensweise.

Seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren – und beschleunigt durch Krise und Krisenpolitiken nach 2008 – ist die gesellschaftliche Entwicklung im globalen Norden durch eine (wieder) zunehmende gesellschaftliche Hierarchisierung geprägt, die die Segnungen der imperialen Lebensweise für immer mehr Menschen in weite Ferne rücken lässt. Dazu kommen die Verschärfung der ökologischen Krise und die Zunahme von geopolitischen Spannungen, die auch in der gesellschaftlichen Mitte die diffuse Ahnung nähren, dass die lange Zeit vorherrschende ungleiche Verteilung von Kosten und Nutzen der imperialen Lebensweise nicht von Dauer sein könnte. Allem Anschein nach erodieren also die sozialökologischen Voraussetzungen der klassenübergreifenden Wohlstandszuwächse und der Bearbeitung des Klassengegensatzes im globalen Norden, und zwar umso mehr, je stärker andere (etwa die Schwellenländer) auch von diesen Voraussetzungen abhängig werden und je aggressiver die Eliten des globalen Nordens – mit starker Zustimmung nicht unerheblicher Teile der Bevölkerung – die Exklusivität der imperialen Lebensweise zu verteidigen versuchen.

Die Brüche und Krisenerscheinungen machen sich mittlerweile selbst in ökonomischen Kernbranchen wie der Autoindustrie bemerkbar (vgl. Röttger/Wissen 2017). Hier dürfte sich die Erosion des Klassenkompromisses seit den 1990er Jahren beschleunigt fortsetzen, wenn mit dem nahenden Ende der fossilistischen Mobilität deutlich mehr Arbeitsplätze wegfallen, als durch Elektroautomobilität neu geschaffen werden. Und angesichts des immensen Bedarfs an metallischen Ressourcen, die für die Elektroautomobilität benötigt werden, könnte Automobilität sich perspektivisch wieder zu dem entwickeln, was sie in ihren Anfängen war: ein Luxusgut. Sowohl von der Produktions- als auch von der Konsumseite stellt sich gerade am Beispiel







Landesweiter Kampftag der landlosen Frauen, März 2017 in Brasilien; Oben: Besetzung von Usina Santa Maria in Medeiros Neto-BA; Mitte/unten: Besetzung von Incra in Salvador Beide Bilder: MST/flickr

der Automobilität also die Klassenfrage. Und es spricht einiges dafür, dass sie sich nicht auf Kosten, sondern nur in Einklang mit der ökologischen Frage beantworten lässt.

Dieter Marcello hat schon 1980 darauf hingewiesen, dass sich Arbeitsplätze in der Autoindustrie perspektivisch nur erhalten lassen, wenn die Beschäftigten die Frage nach dem Sinn und Zweck der Produktion, der Gebrauchswertorientierung, stellen und sich für die Transformation von Autoherstellern zu sozial- und umweltverträglichen Mobilitätsdienstleistern einsetzen. Das ist heute aus sozialen wie auch ökologischen Gründen aktueller denn je. »Rot geht nur noch Grün, Gerechtigkeit nur mit Ökologie« (Thie 2013). Das ist der Kern einer ökologischen Klassenpolitik. Diese Gerechtigkeit bezieht sich bei Weitem nicht nur auf die Klassendimension, sondern beinhaltet eine Neudefinition des Arbeitsbegriffs und des Verhältnisses von Lohn- und Reproduktionsarbeit. Dies ist insbesondere im Begriff der Gebrauchswertorientierung impliziert, bei der es darum geht, »dass die tägliche Arbeit für die Zeiträume, in denen sie [die Arbeiter*innen] leben und verbrauchen, wirklich nützliche Produkte hervorbringt« (Mike Cooley bei einem Round Table der *PROKLA*-Redaktion 1980), bei der die Trennung von Produktion und Reproduktion problematisiert und Arbeitsteilung in einem umfassenden Sinn zum Thema wird.

Die alltägliche, habitualisierte, meist unbewusst vollzogene Produktions- und Lebensweise führt nicht nur zu ökologischer Zerstörung und Ausbeutung im globalen Süden. Sie verschärft – gerade wegen ihrer weltweiten Attraktivität und Verallgemeinerung – auch die sozialökologischen Widersprüche im globalen Norden selbst. Das ist die zentrale Herausforderung für aktuelle emanzipatorische Politik und das falsche Versprechen von Rechtsaußen: Die diffuse Ahnung von der Unhaltbarkeit dieser Lebensweise wird umgearbeitet in ein Versprechen, dass es mithilfe von Abschottung, aggressiv-nationalistischer Wirtschaftspolitik und Neokolonialismus doch so weitergehen könne wie bisher.

INTERNATIONALISTISCHE NEUE KLASSENPOLITIK

Aus unserer wissenschaftlichen wie politischen Strategie, die internationalen Voraussetzungen und negativen Konsequenzen der imperialen Lebensweise und die ihr zugrunde liegenden Mechanismen sichtbar zu machen und damit die Bedingungen eines zu schaffenden Modells für Wohlstand und Lebensqualität für alle zu formulieren, ergibt sich: Eine linke Perspektive und damit eine neue Klassenpolitik muss internationalistisch sein. Sie kann sich also nicht auf das Zusammendenken verschiedener Herrschaftsverhältnisse innerhalb eines Landes beschränken (wichtig genug!), sondern muss auch räumlich über die nationalstaatliche Ebene hinausgehen. Das ist bereits in Europa deutlich, wenn die Institutionen, Kräfteverhältnisse und Politiken in der EU systematisch das bundesdeutsche Exportmodell favorisieren und Alternativen blockieren.

Nicos Poulantzas formulierte vor 40 Jahren, dass der Klassenkampf der Form nach national sein muss, dem Inhalt nach aber international. Daran hat sich nichts geändert, es ist im Gegenteil durch die Internationalisierung von Produktions- und Konsumnormen

bestätigt worden. Damit bleibt es nicht bei der notwendigen Bekundung und Praxis internationaler Solidarität, insbesondere über das Sichtbarmachen und die Unterstützung von Arbeitskämpfen in Ländern des globalen Südens, die in vielen Fällen für Auseinandersetzungen hierzulande motivierend sind. Vielmehr geht es darum, den Umbau der Produktions- und Lebensweise in einem Land wie Deutschland konsequent international und internationalistisch zu denken. Dies impliziert eine völlige Restrukturierung von Weltmarkt, internationaler Arbeitsteilung und den entsprechenden Regeln und Kräfteverhältnissen.

Doch anzufangen wäre »zu Hause«, nämlich in Deutschland und in der EU. Politiken einer solidarischen Produktions- und Lebensweise müssten die sozialen und ökologischen Implikationen hierzulande und international berücksichtigen. Sie würden in den Blick nehmen, dass das exportgetriebene Wachstumsmodell vordergründig materiellen Wohlstand für relevante Teile der Bevölkerung schafft, aber um den Preis eines absurden Reichtums der Eliten, der Akzeptanz bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse, der Abhängigkeit von Wohl und Wehe der Investitionsentscheidungen und des kapitalistischen Weltmarkts und eben auch vieler sozialer Ausschlüsse und ökologischer Zerstörungen.

Der Begriff der imperialen Lebensweise (oder jener der »Externalisierungsgesellschaft« von Stephan Lessenich, 2016) weist auf das Dilemma hin, dass viele Lohnabhängige im globalen Norden materiell im Zuge emanzipatorischer sozialökologischer Politik durchaus etwas zu verlieren haben, aber im Umbau der Produktions- und Lebensweise hin zu einer solidarischen eben auch einiges zu gewinnen: mittelfristig bessere und stabilere Lebensbedingungen, mehr Selbstbestimmung und ein erfülltes Leben statt Fixierung auf Disziplin, Erwerbsarbeit und Konsumismus.

LITERATUR

Biesecker, Adelheid/von Winterfeld, Uta, 2014: Extern? Weshalb und inwiefern moderne Gesellschaften Externalisierung brauchen und erzeugen. Working Paper 2/2014 der DFG-Forschungsgruppe Postwachstumsgesellschaften Jena, www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/wp2_2014.pdf

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München

Brie, Michael/Candeias, Mario, 2017: Linkspartei: Gegen das politische Vakuum, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 11/2017, 81–86

Huber, Matt, 2013: Fueling Capitalism: Oil, the Regulation Approach, and the Ecology of Capital, in: Economic Geography 2/2013, 171–194

Lessenich, Stephan, 2016: Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis, Berlin

Marcello, Dieter, 1980: Das Produkt Auto, in: Wechselwirkung, 2. Jg., 52–53

McMichael, Philip, 2012: The land grab and corporate food regime restructuring, in: The Journal of Peasant Studies 3–4/2012, 681–701

PROKLA-Redaktion, 1980: Round Table der PROKLA-Redaktion mit Gewerkschaftern und Gewerkschafts-Wissenschaftlern, in: PROKLA 2/1980, 107–132

Röttger, Bernd/Wissen, Markus, 2017: Ökologische Klassenpolitik, in: LuXemburg Spezial »Neue Klassenpolitik«, August 2017, 62–71

Thie, Hans, 2013: Rotes Grün. Pioniere und Prinzipien einer ökologischen Gesellschaft, Hamburg

Thien, Hans-Günter, 2018: Die verlorene Klasse – ArbeiterInnen in Deutschland, Münster

Veblen, Thorstein, 1899 (1994): The Theory of the Leisure Class, New York

Wichterich, Christa, 2016: Feministische Internationale Politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, in: Brand, Ulrich/Schwenken, Helen/Wullweber, Joscha (Hg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt kritische Wissenschaft, Hamburg, 54–71

1 Siehe dazu auch www.zeitschrift-luxemburg.de/luxemburg-spezial-zu-neuer-klassenpolitik.

2 So Adelheid Biesecker und Uta von Winterfeld in einem ausführlichen Brief an die Autoren. Siehe auch Biesecker/von Winterfeld (2014).

DEGLOBALISIERUNG ALS CHANCE

WIE DIE LINKE AUS DER DEFENSIVE KOMMT

SAMUEL DECKER

US-Präsident Trump scheint eines seiner Wahlversprechen tatsächlich einzulösen: nämlich durch Strafzölle in die Spielregeln des Freihandels eingreifen zu wollen. Nach über zwei Jahrzehnten der linken Globalisierungs- und Freihandelskritik ist es eine rechte Regierung, die den Freihandel ernsthaft in Gefahr bringt. Schon das Einfrieren der TTIP-Verhandlungen im November 2016 wurde Trumps Wahlsieg zugeschrieben. Dabei waren es linke Bündnisse gewesen, die mit beachtlichem Erfolg gegen TTIP mobilisiert hatten. Bei einer Demonstration in Berlin im Oktober 2015 hatten 250 000 Menschen einen sofortigen Verhandlungsstopp gefordert. Eine europäische Bürgerinitiative gegen TTIP sammelte binnen kurzem 1,3 Millionen Unterschriften. Auch das nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA könnte Trump in seiner jetzigen Form aufkündigen. Dieser Schritt hätte Symbolcharakter: Schließlich waren es die Zapatisten, die mit der Parole »¡Ya Basta!« (»Es reicht!«) am 1. Januar 1994 ihren

Aufstand antraten – dem Tag des Inkrafttretens des neoliberalen Freihandelsabkommens. Der politische Bruch mit dem neoliberalen Empire, der mit einer Verspätung von zehn Jahren nach Ausbruch der großen Finanzkrise einsetzt, wird von einer »nationalistischen Internationale« (Yanis Varoufakis) angeführt – rechten Parteien, Bewegungen, NGOs und Medien, die sich weltweit institutionalisieren und vernetzen. Auch in Europa waren es rechte Kräfte, die nach der Niederlage der SYRIZA-Regierung im Sommer 2015 das Ende der EU in ihrer jetzigen Form einläuteten: mit der erfolgreichen, von rechts geführten Brexit-Kampagne und diversen Wahlerfolgen, sodass völkische Parteien inzwischen in der EU in 17 Länderparlamenten vertreten sind, mit einem durchschnittlichen Stimmenanteil von etwa 19 Prozent (Nielsen 2017).

DIE GLOBALISIERUNGSFALLE

Um zu verstehen, weshalb die Neue Rechte als Gewinnerin aus der Krise der Globalisierung hervorgeht und die linke Globalisierungs- und EU-Kritik keine vergleichbare Kraft entfalten konnte, braucht es einen Blick zurück. Als der Neoliberalismus mit den Regierungen Thatcher (1979) und Reagan (1981) seinen Siegeszug antrat, waren die Arbeiterbewegung und die sozialistische Linke bereits geschwächt (vgl. hierzu Decker/Sablowski 2017, 11). Die Wirtschaftskrisen ab Mitte der 1970er Jahre, steigende Arbeitslosigkeit und die wachsende Mobilität des Kapitals schränkten die gewerkschaftliche Verhandlungsmacht und die Spielräume linker Politik insgesamt ein. Kapitalflucht, Währungsabwertungen und außenpolitische Restriktionen wurden zur Drohkulisse, die eine Politik der Umverteilung und Verstaatlichung angesichts der internationalen ökonomischen Abhängigkeiten immer irrationaler erscheinen ließ. Das Scheitern des real existierenden Sozialismus leistete zusätzlich seinen Anteil daran, dass Teile der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie schließlich auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik einschwenkten.

Die Internationalisierung der Produktion und die mit ihr einhergehende Globalisierung der Finanzmärkte müssen als ein Prozess verstanden werden, im Laufe dessen eine linke Handlungsperspektive sukzessive verlorenging. Es war der große Verdienst der globalisierungskritischen Bewegung, diesen neoliberalen Konsens infrage gestellt und die Möglichkeit einer alternativen Politik überhaupt wieder in den Fokus gerückt zu haben. Doch neben der Hoffnungsperspektive, wie sie im Slogan »Eine andere Welt ist möglich« erkennbar wird, entwickelte die globalisierungskritische Bewegung keine Strategie, die den weltweiten ökonomischen Abhängigkeiten gerecht wurde. Die zentrale Idee der globalisierungskritischen Bewegung war eine *andere Globalisierung*, die auf eine Demokratisierung ökonomischer und politischer Strukturen auf globaler Ebene sowie gerechte Austauschbeziehungen zwischen Nord und Süd abzielte. Ob

SAMUEL DECKER ist Ökonom und arbeitet für das Netzwerk Plurale Ökonomik. Er ist zudem in sozialen Bewegungen aktiv, zuletzt gegen den G20-Gipfel in Hamburg, und Mitherausgeber des 2017 erschienenen Buches »Auf Kosten Anderer? Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert«.

und wie eine andere Globalisierung politisch durchgesetzt werden kann, welche Rolle staatlicher Politik dabei zukommt und wie eine Demokratisierung der (globalen) Ökonomie vonstattengehen kann, blieb dabei unklar.

DIE GRENZEN DES NATIONALSTAATS

Die globalisierungskritische Bewegung konnte folglich kein reales Politikangebot unterbreiten, als die neoliberale Globalisierung mit dem Ausbruch der Finanzkrise vor nunmehr zehn Jahren selbst in eine strukturelle Krise geriet. Die Platzbesetzungen sowie die Parteiprojekte links der neoliberalen Sozialdemokratie, die vor dem Hintergrund der Finanz- und Eurokrise Zulauf erhielten, stellten Versuche dar, so etwas wie linke Gegenmacht überhaupt wieder herzustellen. Das griechische OXI-Referendum vom 5. Juli 2015 steht sinnbildlich für die damalige Hoffnung, dass der »autoritäre Neoliberalismus« wirksam angegriffen, wenn nicht gar nachhaltig geschwächt werden könnte. Umso schmerzhafter machte sich erneut das Fehlen eines Handlungskonzepts bemerkbar, das linke Politik nicht auf die nationalstaatliche Ebene beschränkt, sondern zusammen mit ihren transnationalen Ermöglichungsbedingungen zusammendenkt.

Linke Politiker*innen und Wahlbündnisse könnten bei den kommenden Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Spanien, in den USA (beide 2020) sowie in Frankreich und in Großbritannien (beide 2022) durchaus die Regierungsmacht erringen. Doch es ist bereits abzusehen, dass die radikale Umverteilungspolitik einer Regierung Sanders, Corbyn oder Mélenchon auf innen- wie außenpolitische Widerstände und ökonomische Grenzen stoßen würde und ähnlich wie bei den Regierungen Mitterrand oder Tsipras schmerzhafte Kompromisse eingegangen werden müssten. Die Schwächung linker Gegenmacht in den zurückliegenden Jahrzehnten und die zunehmenden Abhängigkeiten nationaler Wirtschaftsräume von transnationalen Wertschöpfungsketten lassen sich durch eine Übernahme der Regierungsmacht nicht einfach umkehren. Der Neoliberalismus hat sich in Verfassungen, Gesetze und staatliche Verfahren eingeschrieben und wird trotz seiner Legitimationskrise durch die strukturelle Macht der transnationalen Kapitalfraktionen gestützt.

IMPERIALE LEBENSWEISE

Die Globalisierung des Kapitalismus hat sich dabei nicht nur auf die Struktur des Staates, sondern auch auf die Lebensweise der Lohnabhängigen ausgewirkt. Wie Markus Wissen und Ulrich Brand in ihrem Buch »Imperiale Lebensweise« aufzeigen (vgl. auch dies. in diesem Heft), entstand mit der Internationalisierung der Produktion seit den 1970er Jahren ein neuer Klassenkompromiss in den frühindustrialisierten Ländern. Löhne stagnierten, Sozialleistungen sanken, gleichzeitig eroberten neue Massenkonsumgüter den Markt, die nicht selten über Kreditschulden finanziert wurden. Sie basieren auf verschärfter Ausbeutung und Landnahmen in den Peripherien.

Es entstanden zudem neue Mittel- und Oberschichten in den aufstrebenden Ökonomien, die im Zuge der neoliberalen Globalisierung in globale Wertschöpfungsketten eingebunden wurden (etwa in den BRICS-Staaten). Die Ausbreitung der imperialen Lebensweise in diesen Ländern »macht die



»Wir haben es satt!«-Demo, 2014 in Berlin © Andrea Linss

Ausweitung des Kapitalismus für immer mehr Menschen so attraktiv« (Brand/Wissen 2017). Trotzdem basiert die imperiale Lebensweise nicht auf Freiwilligkeit. Es handelt sich um eine »Produktions- und Lebensweise, die den Menschen strukturell aufgezwungen wird und ihnen gleichzeitig unter den gegebenen Bedingungen erweiterte Lebens- und Handlungsspielräume gibt« (ebd.).

POLARISIERUNG?

Die Globalisierung stellt linke, auf eine Überwindung des Kapitalismus abzielende Politik vor ein doppeltes Dilemma. Einerseits wurden die Möglichkeiten für ein Ausscheren aus der Politik des neoliberalen Wettbewerbsstaates systematisch verengt. Andererseits gibt es durch divergierende Lohn- und Sozialstandards und den imperialen Zugriff auf die Arbeitskraft und Natur peripherer Räume zwischen den Lohnabhängigen auf internationaler Ebene immer mehr Interessengegensätze. Klassenverhältnisse artikulieren sich globale, die »Akkumulation des sozialen Reichtums« (Neumann/Mezzadra 2016) findet global statt, doch eine »globale Klassenpolitik« ist nicht in Sicht. Selbst innerhalb der Europäischen Union weisen die Konfliktmuster der Arbeiterklasse starke Unterschiede auf. Oskar Lafontaines Äußerung, man dürfe »bei der Hilfe für Menschen in Not das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit nicht außer Kraft



BUND

setzen« (*Neues Deutschland*, 22.9.2017) ist zwar krude, hat aber durchaus System. Die Abschottung nach außen wird akzeptiert, um damit vermeintliche Vorteile bei den sozialen Verteilungskämpfen im Inneren zu haben.

Die These von einer Polarisierung, die ein Erstarken linker wie rechter Gesellschaftsprojekte seit der Finanzkrise diagnostiziert, ist nicht falsch, verstellt jedoch den Blick auf die zentrale Problematik. Der politische Nationalismus hat seine Ermöglichungsbedingungen im Kontext der Globalisierung nicht eingebüßt. Im Gegenteil: Er verfügt über eine realistische Handlungsperspektive und eine Erzählung, die viele Menschen emotional anspricht und in der multiplen Krise des globalen Kapitalismus Abhilfe verheißt. Nachdem das Glücksversprechen der Globalisierung gebrochen wurde, ist »Abschottung« zum Allheilmittel geworden, mit dem man sich angeblich gegen Migrant*innen, ausländische Investoren oder internationale Regelwerke zur Wehr setzen kann. Im Niedergang der westlich dominierten Weltordnung und im tatsächlichen oder imaginierten sozialen Abstieg der Lohnabhängigen in den Gesellschaften des globalen Nordens wird die Neue Rechte zu einem geschichtlichen Akteur, der an globalhistorischen Entwicklungen ansetzt und ihnen eine politische Richtung gibt.

TRANSFORMATION ALS GEGENPROJEKT?

Natürlich ist auch der neue Nationalismus mit Widersprüchen konfrontiert. Tatsächlich bricht er nicht mit neoliberaler Wirtschaftspolitik, sondern radikalisiert eher dessen sozialchauvinistische Ausrichtung. Ob er den materiellen Lebensstandard seiner Anhängerschaft langfristig steigern kann, darf bezweifelt werden. Bei Versuchen, in die Spielregeln des neoliberalen Wettbewerbskapitalismus einzugreifen, sind die Widerstände der transnational orientierten Kapitalfraktionen und der auf sie ausgerichteten Staaten immens, wie sich derzeit am Beispiel der USA und der Politik der Trump-Regierung studieren lässt. Darauf zu warten, bis autoritär-nationalistische Hegemonieprojekte sich flächendeckend selbst diskreditieren oder durch liberale oder konservative Kräfte zu Fall gebracht werden, ist jedoch keine gute Strategie. Der neue Nationalismus funktioniert vor allem auf rhetorischer Ebene und stellt seinem Wesen nach eine Form der

»passiven Revolution« dar, die die Unzufriedenheiten der Lohnabhängigen mit der neoliberalen Politik so bearbeiten und umlenken soll, dass Märkte und Produktionsverhältnisse nicht grundlegend politisiert werden.

Damit eine neue, global ausgerichtete Linke ein politisches Angebot unterbreiten kann, muss sie ihrerseits einen positiven Bezug auf die Krise der westlichen neoliberalen Weltordnung entwickeln. Gerade unter diesem Gesichtspunkt ist die aktuelle Dominanz der Transformationsperspektive in progressiven Debatten ein zentrales Problem. Zum einen verbleibt sie in abstrakt-akademischen Gefilden, ist kaum emotional vermittelbar und verspricht eher noch mehr Unsicherheit und Instabilität als robuste Krisenlösungen. Vor allem aber dethematisiert der Transformationsdiskurs systematisch das, was die Rechten sehr erfolgreich betreiben: Kritik an der Globalisierung sowie an ihren regionalen Erscheinungsformen. Der Transformationsbegriff zwingt nicht dazu, die Richtung anzugeben, die ein progressiver Politikwechsel nehmen müsste. Die Herausforderung besteht aber darin, die fortschreitende Internationalisierung der Produktion, die weitere Ausbreitung der Finanzmärkte, die Kommodifizierung sämtlicher Lebensbereiche und den Abbau demokratischer Gestaltungsmöglichkeiten aufzuhalten und umzukehren.

PLAN B?

Somit greift die Forderung nach einer sozialökologischen Transformation zwar ein bestehendes gesellschaftliches Unbehagen auf, knüpft jedoch nicht an die maßgebliche Konfliktachse unserer Zeit an. Die dominante gesellschaftliche Konfliktlinie verläuft zwischen denjenigen politischen Kräften, die am Prinzip »There is no Alternative« festhalten und die ökonomische Globalisierung noch vertiefen wollen, und denen, die beides kritisieren und neue Formen internationaler Koordination entwickeln. Es existieren unterschiedliche Kooperationsformen abseits des westlich dominierten Global-Governance-Systems, die teils progressiven Zielen folgen (z. B. die ALBA-Vernetzung[1] oder die Bank des Südens), vor allem aber geoökonomische Handlungsspielräume eröffnen wollen (z. B. die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder die BRICS-Gemeinschaft). Daher ist es berechtigt, von einer »partiellen oder selektiven Deglobalisierung« zu sprechen (Wahl 2015, 1ff). Auch der Desintegrationsprozess der EU könnte bereits den Punkt überschritten haben, an dem eine weitreichende institutionelle Reform noch greifen könnte.

Folglich wird derzeit an einem »Plan B« gearbeitet, bei dem die wirtschaftspolitischen Optionen eines Euro-Ausstiegs und keynesianischer Nachfragesteuerung neu ausgelotet werden. Das zentrale Problem der Idee des »Keynesianismus in einem Land« (z. B. bei Sahra Wagenknecht, Wolfgang Streeck oder Jean-Luc Mélenchon) besteht darin, dass die wirtschaftspolitische Einhegung des Nationalstaats im Zuge der Globalisierung und der europäischen Integration nicht mitgedacht wird (vgl. hierzu Riexinger 2016). Es gibt »keinen Exit aus gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen« (ebd.) – jede ökonomische Alternative und jede politische Strategie zu ihrer Durchsetzung muss transnational

ausgerichtet sein, wenn sie eine reale Alternative entwickeln will. Gerade dort, wo die Suche nach wirtschaftspolitischen Handlungsspielräumen auf nationaler Ebene mit dem Versuch einhergeht, die gesellschaftlichen Verhältnisse des Fordismus zur Zielfolie linker Politik zu machen, wird es abwegig. Denn so wird eine klassenpolitische Konfliktlinie, die eine Aneignung des globalen Reichtums und ein besseres Leben für die großen Mehrheiten aller Gesellschaften in den Mittelpunkt stellt, immer wieder verwischt.

NEUER INTERNATIONALISMUS

Doch kosmopolitische Vorstellungen von einem »European New Deal« (DiEM25), einer »anderen Globalisierung« oder »großen Transformation« greifen ihrerseits ins Leere. Eine Deglobalisierung im Sinne einer »Fragmentierung politischer Herrschaftsverhältnisse« (Simon 2016, 23ff) und der Herausbildung eines multipolaren Kapitalismus hat längst eingesetzt. Politische Kräfteverhältnisse – auch die Interessen der transnational orientierten Kapitalfraktionen – verdichten sich nach wie vor primär auf der nationalen Ebene. Politische Auseinandersetzungen und Brüche werden sich auf absehbare Zeit vor allem in nationalstaatlichen Räumen ereignen, auch wenn sie allein innerhalb des Nationalstaats nicht herbeigeführt und auf Dauer stabilisiert werden können. Die richtige Konsequenz aus der Globalisierung des Kapitalismus ist weder das Festhalten am Nationalstaat noch die Flucht in einen ausschließlich transnationalen Raum des Politischen. Ein *neuer Internationalismus* müsste darin bestehen, die nationalstaatliche und die transnationale Ebene stärker miteinander zu vermitteln und dabei neue politische Handlungsspielräume aufzuschließen.

Wer nach einem solchen Bezugsrahmen sucht, kommt an Walden Bellos Konzept der Deglobalisierung nicht vorbei (vgl. Bello 2005; 2013). Der philippinische Wissenschaftler und Aktivist brachte den Begriff zum ersten Mal Anfang der 2000er Jahre in die globalisierungskritische Bewegung ein und löste damit heftige Debatten aus. Er wurde dabei nicht müde zu betonen, dass Deglobalisierung nicht Abschottung und Nationalismus bedeutet, sondern eine neue Form internationaler Regulierung und politischer Kooperation. Es geht ihm um eine koordinierte ökonomische Deglobalisierung als internationalistisches Gegenstück zur neoliberalen Globalisierung des Kapitals. In seinen 14 Prinzipien forderte Bello unter anderem eine binnenorientierte Produktion, ökonomische Subsidiarität und eine Neuverteilung von Einkommen und Vermögen (Bello 2013). Diesen Ansatz als reformistisch abzutun, wäre voreilig. Es ist abzusehen, dass diese Schritte zu einem Konflikt mit der kapitalistischen Produktionsweise und ihrer globalen Verfasstheit führen werden.

SOLIDARISCHE DEGLOBALISIERUNG

Wie transformativ und internationalistisch das Konzept der Deglobalisierung sein kann, ist letztlich von den konkreten Kämpfen und Bewegungen abhängig, die sich seiner annehmen. Doch es muss klar sein, dass ohne eine international koordinierte Kontrolle, Auflösung, Dezentrierung und Demokratisierung der Produktions- und Finanznetzwerke des globalen Kapitalismus eine linke

Handlungsperspektive nicht zurückkehren wird. Dabei geht es um die Verknüpfung einer globalen linken Perspektive – eines »progressiven Internationalismus« (Yanis Varoufakis) – mit lokalen, nationalen und regionalen Transformationsprojekten. Wie und an welchen Stellen müssten beispielsweise Gewerkschaften, NGOs, linke Parteien und soziale Bewegungen zusammenarbeiten, um an die Stelle des globalen *corporate food regime* – von der Sojaplantage in Brasilien bis zum deutschen Supermarkt – eine dezentralisierte Nahrungsmittelproduktion und solidarische Ernährungsweise zu setzen? Wie könnte es durch Solidaritätsnetzwerke und internationale ökonomische Unterstützungen, Schuldenschnitte und politischen Druck auf der Straße gelingen, mit der neoliberalen Sparpolitik in einem Mitgliedsland der EU zu brechen? Ein solidarisches Europa und alternative Kooperationsräume andernorts wären Teil einer solidarischen Deglobalisierung. Ein so verstandener neuer Internationalismus müsste zu einer machtpolitisch fundierten Alternative weiterentwickelt werden, um die herrschende Politik mehr und mehr unter Rechtfertigungsdruck zu setzen. Die Ebene des Nationalstaats und die Frage der (linken) Regierungsmacht dürfen dabei nicht ausgeklammert, sondern müssen in eine langfristige, internationalistische Strategie eingebettet werden.

Entscheidend ist es zu bestimmen, in welche Richtung eine linke Handlungsperspektive führen soll. Ein »dritter Pol«, der ein gesellschaftliches Gegenprojekt zum neuen Nationalismus und zum kosmopolitischen Neoliberalismus bilden soll, wird solange keine Gestalt annehmen, wie ein emanzipativer Bezug zur Krise der Globalisierung fehlt. Deglobalisierung – sowohl als partielle Realität als auch als solidarisches Gegenprojekt zur Globalisierungskritik von rechts – bietet eine Chance, verlorengegangene Handlungsmacht zurückzugewinnen.

LITERATUR

Bello, Walden, 2013: Capitalism's Last Stand? Deglobalization in the Age of Austerity, London

Bello, Walden (Hg.), 2005: De-Globalisierung. Widerstand gegen die neue Weltordnung, Hamburg

Bond, Patrick, 2003: »Deglobalization«? Sure, but ..., https://systemicalternatives.org/2014/02/13/deglobalization-sure-but/

Brand, Ulrich/Wissen, Markus, 2017: Imperiale Lebensweise! Modernisierung oder Überwindung von Herrschaft? Replik auf Dieter Boris und Eröffnung einer Debatte, in: Sozialismus, 24.11.2017, www.sozialismus.de/detail/artikel/mperiale-lebensweise-modernisierung-oder-ueberwindung-von-herrschaft/

Decker, Samuel/Sablowski, Thomas, 2017: Die G20 und die Krise des globalen Kapitalismus, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Studien, Berlin

Neumann, Mario/Mezzadra, Sandro, 2016: Der demokratische Aufstand, in: LuXemburg Online, März 2016, www.zeitschrift-luxemburg.de/der-demokratische-aufstand/

Nielsen, Maiken, 2017: Jeder kämpft für sich allein, tagesschau.de, 28.9.2017, www.tagesschau.de/ausland/rechte-in-europa-103.html/

Riexinger, Bernd, 2016: Gegen-Macht und linke EU-Kritik statt Exit-Illusionen. Bei der Durchsetzung von Alternativen zum Neoliberalismus gibt es keine Abkürzungen über die Währungsfrage, in: Prager Frühling, Oktober 2016, www.prager-fruehling-magazin.de/de/article/1322.gegen-macht-und-linke-eu-kritik-statt-exit-illusionen.html

Simon, Jenny, 2016: Am Rande des Imperiums. Chinas Staatskapitalismus zwischen Rivalität und Interdependenz, in: Wissenschaft und Frieden 4/2016, 23–25

Wahl, Peter, 2015: Zwischen Geopolitik und Finanzmarktregulierung: Die G20 in den Umbrüchen der Weltordnung, in: Informationsbrief Weltwirtschaft & Entwicklung, März/April 2015, 1–3

1 ALBA (Alianza Bolivariana para los Pueblos de Nuestra América – Tratado de Comercio de los Pueblos) ist ein lateinamerikanisches Wirtschaftsbündnis und ist als wswsssAlternative zu einem von den USA geplanten Freihandelsabkommen gedacht.

»DIE FRAGEN DES ALLTAGS SIND KLASSENFRAGEN«

WIE LINKE STUDIERENDENPOLITIK 50 JAHRE NACH 1968 AUSSEHEN KANN

GESPRÄCH MIT RHONDA KOCH

Im Dezember ladet ihr zu einem Kongress unter dem Titel »50 Jahre 1968« ein. Viele Großeltern heutiger Studierender gingen damals auf die Straße. Warum ist das Thema für euch wichtig?

Um es ganz grundsätzlich zu sagen: 1968 ist ein Beweis, dass die Geschichte von Menschen gemacht wird. Es war weltweit die Zeit einer kollektiv gelebten, geforderten und vor allem gefühlten konkreten Utopie: Die verschiedensten sozialen Bewegungen und Kämpfe konnten zeigen, dass eine andere Gesellschaft jenseits der kapitalistischen Herrschaft denkbar ist, dass unser Leben anders und freier gestaltet werden kann, dass Nazis kein Recht auf Posten haben, dass die koloniale Unterdrückung des globalen Südens durch den Westen und die rassistische Herrschaft in den USA durch den Zusammenschluss der Unterdrückten infrage gestellt werden können.

Diese Kultur des Aufbegehrens lehrt uns 1968, und genau das brauchen wir heute wieder. Herbert Marcuse hat dieses Gefühl in »Versuch über die Befreiung« sehr gut beschrieben: »Die jungen Rebellen wissen oder fühlen, dass es dabei um ihr Leben geht, um das von Menschen, das zum Spielball in den Händen von Politikern, Managern und Generälen wurde.« Und vielleicht noch entscheidender: Er hat auch beschrieben, dass dieses Gefühl verbunden war mit der Einsicht in die Möglichkeit von Veränderung durch Auseinandersetzung und Konflikt.

Zugleich wissen wir, dass sich die Hoffnung der 68er auf grundlegende Veränderung nicht verwirklicht hat. Uns interessiert daher auch die Frage nach dem Scheitern. Was können wir aus der Geschichte lernen, um sie nicht das zweite Mal als Farce zu erleben? Wir müssen dieses Mal feministisch sein! Und wir müssen konsequenter die Machtfrage stellen. Das bedeutet auch, das Verhältnis von Studis und Arbeiterklasse neu in den Blick zu nehmen. Dafür ist der Mai 1968 bis heute ein wichtiger Ausgangspunkt.

Nach dem Generalstreik des Pariser Mai 1968 wandten sich viele Studierende der Arbeiterklasse zu, manche gingen in die Fabriken, um

Arbeiter*innen zu agitieren. Was bedeutet sozialistische Klassenpolitik für dich heute?

Die in den 1960ern beginnende Öffnung der Hochschulen hat dazu geführt, dass sie ihren exklusiven Charakter als Orte der Elitenreproduktion teilweise verloren haben. Heute macht bereits die Hälfte eines Jahrgangs Abitur. Wir müssen also anders als in den 1970ern die Uni gar nicht verlassen, um uns auf die Suche nach der Arbeiterklasse zu machen. Viele der heutigen Studierenden sind selbst Teil von ihr. Die Öffnung der Hochschulen hat entscheidend zur Veränderung der Arbeiterklasse und zu einer tendenziellen Annäherung proletarischer und akademischer Milieus beigetragen.

Trotzdem gibt es natürlich weiterhin politische und kulturelle Unterschiede und verschiedene Arten und Weisen, wie gesellschaftliche Widersprüche alltäglich erfahren und verarbeitet werden. Es geht uns darum, einen »solidarischen Ethos« (Vivek Chibber) zu organisieren: Gesellschaft wird ausgehend von unterschiedlichen Positionierungen – etwa einer Studentin oder einer Sicherheitskraft am Flughafen Schönefeld – anders empfunden, muss deswegen aber nicht weniger solidarisch gelebt werden. Nur muss diese Solidarität eben organisiert werden, wenn die Verhältnisse tagtäglich Konkurrenz und Spaltung befördern.

Die Frage, wie und mit wem eine solidarische und verbindende Praxis entwickelt werden kann, wird ja gerade an vielen Orten der gesellschaftlichen Linken diskutiert.

Ja, allerdings stört mich die häufige Gegenüberstellung von Identitätspolitik und sozialer Frage, so als gäbe es da keinen engen

RHONDA KOCH hat sich in den Krisenprotesten 2009ff politisiert und ist seit 2011 Mitglied in DIE LINKE. SDS. Seit Januar 2018 ist sie Geschäftsführerin des Studierendenverbands.

Zusammenhang. So bleibt die Debatte oftmals abstrakt, anstatt nach konkreten Verbindungen zu fragen. Wer Klassenpolitik ausschließlich mit Arbeitskämpfen in der Fabrik und die soziale Frage mit Lohnforderungen gleichsetzt, macht es sich zu leicht. Unser Alltag jenseits der Lohnarbeit ist ja nicht frei von der Akkumulationslogik des Kapitals. Das Drumherum »der Fabrik«, die Reproduktionssphäre, die von marxistischen Feministinnen in den 1970er und 1980er Jahren ins Zentrum der Analyse gestellt wurde, ist mit dieser Logik eng verwoben. Und dadurch werden Widersprüche produziert: Dem Kapitalismus geht es um eine möglichst kostengünstige Reproduktion der Ware Arbeitskraft. Hierfür notwendige Tätigkeiten wie Pflege, Erziehung oder Betreuung brauchen aber Zeit, lassen sich kaum rationalisieren, sind wenig profitabel. Sie stehen sogar oft im Konflikt mit der Mehrwertschöpfung.

Es waren schon immer Frauen und Migrant*innen, die den Widerspruch zwischen einem an Profitmaximierung orientierten Herrschaftssystem und einem langfristigen Bedürfnis nach gesellschaftlicher Reproduktion tragen mussten. Dass die Klasse nicht vom Himmel fällt, sondern auch jenseits der Lohnarbeit konstituiert werden kann und muss, sollten wir langsam mal verstanden haben.

Die Fragen des Alltags sind Klassenfragen. Sozialistische Klassenpolitik muss also davon

ausgehen, dass wir es mit Menschen zu tun haben, die denken und fühlen, zur Arbeit gehen, Wohnungen mieten, Kinder haben, in Beziehungen leben, Essen gehen, füreinander sorgen, in die Moschee oder Synagoge gehen, fernsehen und vieles mehr. Die Konflikte, in denen sich die Klasse als solche konstituieren kann, sind deshalb sehr vielfältig. Das können Kämpfe um höhere Löhne, aber auch um niedrige Mieten, öffentliche Räume oder Zeitkämpfe sein. Wir haben etwa den Streik von Beschäftigten einer H&M-Filiale in Berlin unterstützt. Deren Organisierung begann nicht mit der Lohnfrage, sondern mit dem Kampf für einen arbeitsfreien Sonntag. Für uns kommt es darauf an, diese Konflikte von links aufzugreifen. Dass die Linke bei den Erwerbslosen oder den »klassischen« Arbeiter*innen an Stimmen verloren hat, liegt meines Erachtens auch daran, dass wir nicht vor Ort waren, um gemeinsam mit ihnen eine an ihren Bedürfnissen ansetzende Politik aufzubauen. Zudem haben wir die Systemfrage nicht konsequent genug gestellt und die materiellen Existenznöte des Prekariats und der Geflüchteten nicht mit der Forderung nach der Enteignung der reichsten Deutschen verknüpft. Das Zentrum für politische Schönheit hat den Begriff des »aggressiven Humanismus« starkgemacht. Ich finde das spannend. Ich gebe die Hoffnung nicht auf, dass Menschen lieber aggressiv die zehn reichsten Deutschen enteignen, bevor sie auf Menschen draufhauen, die vor Not und Elend fliehen.

Die fehlende Kritik an den herrschenden Geschlechterverhältnissen, aber auch männerbündische Strukturen im SDS wurden spätestens mit dem Tomatenwurf von Sigrid Rüger beim Delegiertenkongress 1968 zu einem offenen Konflikt. Welche Rolle spielt diese Auseinandersetzung 1950 Jahre später in eurem Verband?

Unser Studierendenverband ist keine Blase des Antisexismus. Aber wir arbeiten permanent und bewusst, theoretisch wie praktisch, an der Frage von Frauenunterdrückung und Sexismus. Die Tomate flog 1968 auf einen rein männlichen Vorstand. Heute haben wir einen Bundesvorstand, der aus sechs Frauen und vier Männern besteht, außerdem sind zwei Frauen in der Geschäftsführung. Meiner Ansicht nach wäre ein Männerbund wie damals nicht mehr möglich. Das liegt entscheidend an den Kämpfen der zweiten Frauenbewegung, die aus einer Kritik an den patriarchalen Organisationsstrukturen der 1960er Jahre entstanden ist. Viele ihrer Theorien sind auch heute noch für uns zentral, auch wenn sie in der Mainstreamerzählung oft durch den Alice-Schwarzer-Mist erstickt werden. Wir diskutieren im Moment sehr intensiv deren sozialistische Strömung, vertreten etwa durch Frigga Haug, Margaret Benston oder Lise Vogel, die heute wieder durch Gabriele Winker und das Projekt der Care-Revolution an Relevanz gewonnen hat. In Zeiten eines neoliberalen Regimes, das sich nicht zu schade ist, den Feminismus für seine Zwecke auszuschlachten, geht es uns um die notwendige Zusammenführung von Feminismus und Marxismus sowie Geschlecht und Klasse.

Der SDS war nach dem Ausschluss durch die SPD 1960 parteiunabhängig und versuchte sich – vergeblich – am Aufbau einer neuen kommunistischen Partei. Während ein großer Teil der 68er schließlich den Gang in die

Institutionen antrat, habt ihr euch in starker Nähe zur Partei DIE LINKE gegründet. Wie haben sich die Rahmenbedingungen linker Politik an den Hochschulen dadurch verändert? Inwiefern übt die Partei eine Sogwirkung auf den Verband aus?



»Wir haben es satt«-Demo, Januar 2018 in Berlin, Andreas Weiland

Ich sehe die Rolle des SDS darin, auf eine klassen- und bewegungsorientierte Mitgliederpartei hinzuarbeiten, die über verschiedene Milieus hinweg einen solidarischen Ethos produziert. Ich habe die Hoffnung noch nicht aufgegeben, dass DIE LINKE so etwas sein kann. Eine heterogene Organisation ist angesichts einer ausdifferenzierten Gesellschaft notwendig für die Organisierung von linker Hegemonie. Ich würde zwar nicht sagen, dass das Modell der Partei für die Formierung sozialer Macht immer zwingend die beste Organisationsform ist. Aber momentan halte ich die politische Arbeit um die Linkspartei für das hoffnungs- und zugleich anspruchsvollste Projekt, das wir als Sozialist*innen haben.

Als SDS sehen wir unsere Aufgabe darin, eine Art Scharnier zu sein und das aktivistische studentische Milieu mit einer linksreformistischen und langfristig einer aktiven Partei zu verbinden. Letztlich wollen wir als Sozialist*innen den Kapitalismus stürzen. Das geht nur über den Aufbau einer sozialen Macht von unten, nicht über Regierungsbeteiligung. Die Sogwirkung des parlamentarischen Apparats ist uns bewusst, die Sogwirkung einer reinen Bewegungsorientierung aber auch. Mit dem Ziel, uns als sozialistische Studierendenorganisation langfristig an den Universitäten zu verankern, sind wir übrigens durchaus erfolgreich: Nach zehn Jahren SDS haben wir an über 60 Unis Basisgruppen und wachsen weiter. Studierende haben heute – wie vor 50 Jahren – das Potenzial, soziale Auseinandersetzungen zu polarisieren und damit gesamtgesellschaftliche Bewegungen in Gang zu setzen.

Dafür müssen wir aber Kämpfe der Studis mit denen betrieblicher Aktivist*innen zusammenführen, an der Uni, in der Gewerkschaft, im Betrieb und auf der Arbeit darauf hinwirken, diese Lager auf lange Sicht organisatorisch zusammenzubekommen. Das sehe ich als zartes Pflänzchen in der Linken wachsen – und nirgendwo anders.

Das Interview führten Julia Garscha und Florian Wilde.



Schwimmbad Moskwa, 1960
© Valentin Mastyukov, Boris Trepetov/TASS

GOTTESHAUS UND RIESENPLANSCHE

AUSSTELLUNG »THE POOL« ZUR MOSKAUER BAUGESCHICHTE 9.–18. MÄRZ 2018 IN BERLIN

Im März war im Haus 1 in Berlin-Kreuzberg die Fotoausstellung »The Pool« zu sehen. Zentraler Gegenstand des Kooperationsprojekts des Künstlers Eiko Grimberg und der Rosa-Luxemburg-Stiftung: das »Bassin Moskwa«, ein gigantisches rundes Schwimmbad mit einem Durchmesser von 130 Metern, einst die weltweit zweitgrößte Einrichtung ihrer Art.
An ihm lassen sich verschiedene Epochen der jüngeren russischen Geschichte ablesen: Revolution, Moderne, Sowjetzeit und Stalinismus, politische Erneuerung und aktuelle Prozesse der Restauration. Das Schwimmbad selbst existierte nur zwischen 1960 und 1994. Heute befindet sich an seinem ehemaligen Standort die Christ-Erlöser-Kathedrale, das zentrale Gotteshaus der russisch-orthodoxen Kirche. Ursprünglich im Jahr 1883 errichtet, wurde sie während des Stalinismus abgerissen und in den Jahren 1995 bis 2000 originalgetreu wiederaufgebaut. Weltbekannt wurde die Kathedrale durch das »Punk-Gebet« von Pussy Riot im Jahr 2012. Diese Aktion war für Grimberg der Ausgangspunkt für sein Projekt.
Im Jahr 1931 hatten die Pläne für das Areal noch anders ausgesehen: Es war die Errichtung eines großen Palasts der Sowjets geplant, mit einer Leninstatue als Spitze. Das gigantische Bauvorhaben sollte Eiffelturm und Empire State Building in den Schatten stellen und mit 415 Metern das höchste Gebäude der Welt werden. Doch der Bau kam nicht voran. Stalins Nachfolger Chruschtschow gab ihn schließlich auf und ließ auf dem kreisförmigen Fundament ab 1958 das riesige »Bassin Moskwa« bauen – ein damals modernes und visionäres Projekt.

Liza Pflaum

Infos: www.rosalux.de/dokumentation/id/38682

MIT WEM?

GEGEN DAS VERGESSEN
DISKUSSION ZUR REVOLUTION 1918/19
23. FEBRUAR 2018 IN BERLIN

Das Jahr 2018 hält viele geschichtspolitische Jubiläen bereit. In Deutschland steht es besonders unter dem Eindruck der Revolution von 1918/19, die mit ihren Folgen für die Demokratiegeschichte des Landes wie auch für die Arbeiter- und Frauenbewegung von herausragender Bedeutung war. Die einzelnen Bedeutungszuschreibungen wandelten sich im Verlaufe der letzten 100 Jahre mehrfach und auf oft widersprüchliche Weise. Wie veränderte sich der Blick der Linken auf die Revolution angesichts des Schocks der »Machtergreifung« 1933 und welches Verhältnis zur Revolution entwickelte die antiautoritär gewordene Studentenbewegung Ende der 1960er Jahre? An welchen Punkten lassen sich die Revolutionen von 1918/19 und 1989 vergleichen? Wieso wurde die Revolution 1918/19 in den letzten Jahren zu einer »vergessenen«? Unter dem Titel »Verschmäht, vergessen oder glorifiziert?« diskutierten am 23. Februar in Berlin Susanne Kitschun, Peter Brandt, Rüdiger Hachtmann, Anja Thuns, Dietmar Lange und Jörn Schütrumpf diese Fragen und gingen auch den Gründen nach, warum es heute immer wichtiger wird, sich die historischen Ereignisse zu vergegenwärtigen. Die mit 150 Gästen sehr gut besuchte Veranstaltung fand in Kooperation mit der Gedenkstätte des Friedhofs der Märzgefallenen, dem Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam, dem August-Bebel-Institut und dem Münzenbergforum statt. Mitte April wurde die Veranstaltungsreihe zum Jubiläum mit dem Podium »100 Jahre Revolution – 100 Jahre Demokratie in Bayern« im Münchener DGB-Haus fortgesetzt, diesmal in Zusammenarbeit mit der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Uwe Sonnenberg/Julia Killett

KONFLIKTFALL KIRCHENASYL
DISKUSSION AUF KATHOLIKENTAG PLUS
12. MAI 2018 IN MÜNSTER

Noch nie war das Kirchenasyl so notwendig und so umstritten wie heute. Es handelt sich um eine vom Staat noch »geduldete« Praxis, die zunehmend unter Druck gerät. Zudem ist ihre Umsetzung oft schwierig für die Gemeinden, die auf breite öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Auf dem Katholikentag Plus in Münster diskutieren linke christliche Initiativen und Vertreter*innen der Partei DIE LINKE über Strategien und Handlungsmöglichkeiten.
Organisiert wird die Veranstaltung vom Institut für Theologie und Politik, der BAG Asyl in der Kirche und der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

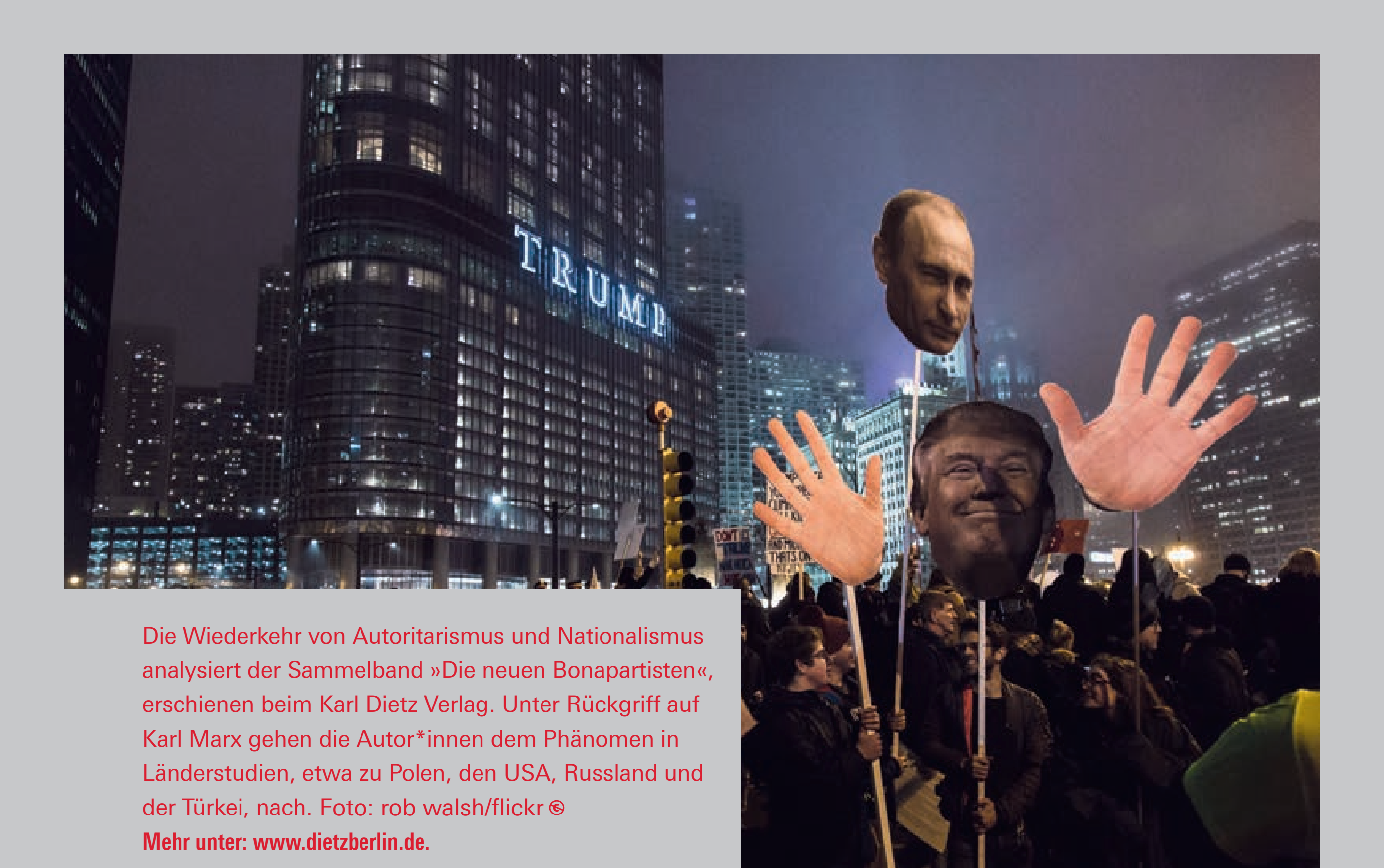
Infos: www.itpol.de

DAS WISSEN DER OPFER
NSU-MONOLOGE
22. UND 23. MAI 2018 IN BERLIN

Die Bühne für Menschenrechte zeigt die von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützte Inszenierung der »NSU-Monologe« im Heimathafen Neukölln. Das dokumentarische Theaterstück erzählt in türkischer und deutscher Sprache vom jahrelangen Kampf dreier Familien von Opfern der neonazistischen Terrorgruppe. Im April war das Ensemble mit der Aufführung auch im Münchener DGB-Haus zu Gast.

Infos: www.buehne-fuer-menschenrechte.de/nsu-monologe

Eine Übersicht der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderten Projekte mit externen Partnern findet sich auf www.rosalux.de.



Die Wiederkehr von Autoritarismus und Nationalismus analysiert der Sammelband »Die neuen Bonapartisten«, erschienen beim Karl Dietz Verlag. Unter Rückgriff auf Karl Marx gehen die Autor*innen dem Phänomen in Länderstudien, etwa zu Polen, den USA, Russland und der Türkei, nach. Foto: rob walsh/flickr
Mehr unter: www.dietzberlin.de.

FEINDLICHE ÜBERNAHME
STUDIE ZU RECHTSPOPULISMUS UND GEWERKSCHAFTEN

Nach »Krise ohne Konflikt« (2011) und »Krisenerfahrungen und Politik« (2013) haben sich das Institut für Sozialwissenschaftliche Forschung München und WissenTransfer ein weiteres Mal den Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb zugewandt. Die im März erschienene dritte Studie, deren Erscheinen von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt wurde, hält bereits im Titel fest, dass der erstarkende Rechtspopulismus nun zu einem veritablen Problem für die Gewerkschaften und ihre alltägliche Arbeit geworden ist.

Ausgehend von über 100 Interviews mit Gewerkschafter*innen und Gruppengesprächen fragt die Studie, ob die Arbeitswelt lediglich ein Spiegelbild der gesellschaftlichen Problemlagen ist, ob die rechtspopulistischen und rechtsextremen Vorurteile »gleichsam von außen, resultierend aus der Unzufriedenheit mit Gesellschaft und Staat« in die Arbeitswelt schwappen oder ob die Umbrüche in der Arbeitswelt selbst originär zu rechtspopulistischen Anschauungen beitragen. Die Forscher*innen stoßen auf eine Zuspitzung, die mit steigendem Leistungsdruck, permanenter Umstrukturierung, »Verflüssigung« fester Strukturen, im Ergebnis mit einem weitgehenden Zusammenbruch der »meritokratischen Betriebsordnung« verbunden wird. »Das Gefühl, dass die eigene Leistung nicht mehr anerkannt wird, dass man nicht gerecht entlohnt wird, und die verweigerte Wertschätzung des persönlichen Engagements markieren im Vergleich zu den Ergebnissen unserer früheren Studien dabei eine neue Qualität.« Hinter »Enttäuschungen und Kränkungen [stecken] weniger bereits erfolgte Abstiegsprozesse und Abwertungserfahrungen; treibendes Motiv ist vielmehr die Erwartung wirtschaftlicher und sozialer Verschlechterung«, die als Kontrollverlust über die eigene Erwerbsbiografie und Sorge um die Zukunft der Kinder erfahren wird. Betroffen sind vor allem jene sozialen Gruppen, deren Berufe

WER SCHREIBT?

und Branchen von technologisch getriebener Entwertung bedroht sind, in deren Betrieben die gewerkschaftlichen Machtressourcen erodieren oder gar nicht erst vorhanden waren. Gleichwohl führen die arbeitsweltlichen Erfahrungen nicht zwingend zu einem rechten Bewusstsein. Entweder sind entsprechende Sichtweisen bereits vorher vorhanden und dienen als Interpretationsfolie für negative Veränderungen oder die rechtsgerichteten politischen Vorstellungen werden – auch mangels plausibel erscheinender Alternativen – als Ausweg aus einer problematischen Arbeits- und Lebenssituation gesehen.
Gewerkschafter*innen sind zunehmend gezwungen, sich auf die betrieblichen Belange zu beschränken und aus politischen Debatten herauszuhalten. Das erschwert die »klare Kante gegen rechts«. Eine besondere Herausforderung stellen aktive Betriebsräte dar, die tagsüber Gewerkschaftsarbeit machen und abends den Bus zur Pegida-Demonstration organisieren.
Eine besondere Stärke der Studie liegt im behutsamen und offenen Umgang mit dem empirischen Material. Sie versucht zu verstehen, wie die betriebliche Wirklichkeit gesehen wird und welche Verknüpfungen zwischen Arbeits- und Lebensverhältnissen hergestellt werden, und operiert entsprechend zurückhaltend mit eigenen Urteilen und Etiketten.

Horst Kahrs

Dieter Sauer/Ursula Stöger/Joachim Bischoff/Richard Detje/Bernhard Müller: Rechtspopulismus und Gewerkschaften. Eine arbeitsweltliche Spurensuche, Hamburg (VSA) 2018, 14,80 Euro

---

ZUM BEISPIEL: BASF
KONZERNMACHT UND MENSCHENRECHTE

Warum leben in Südafrika die Menschen, die das wertvolle Metall Platin abbauen, in Slums? Der Band »Zum Beispiel: BASF« zeichnet die Verantwortung europäischer Konzerne für miserable Arbeitsbedingungen und Gewalt am Anfang der Lieferkette nach. Er thematisiert koloniale Kontinuitäten im Rohstoffhandel, zu Wort kommen Arbeiter*innen, Aktivist*innen und Wissenschaftler*innen. Es geht um BASF, dessen Lieferanten Lonmin und das Massaker von Marikana, um Lobbyismus und Unternehmensverantwortung, um Regulierung und postkoloniale Verantwortung – und nicht zuletzt um die neuen Herausforderungen transnationaler Solidarität. Das Buch erscheint mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung beim Mandelbaum-Verlag.

Bestellungen unter: www.rosalux.de/zum-beispiel-basf

DAS BEISPIEL SACHSEN-ANHALT
WIE DIE AFD IN BUND, LAND UND KOMMUNE AGIERT

Den rasanten Aufstieg der AfD untersucht ein Forschungsprojekt von Rosa-Luxemburg-Stiftung, Mitarbeiter*innen der Hochschule Magdeburg-Stendal und zivilgesellschaftlichen Initiativen. Erkenntnisse zur Krise des Neoliberalismus werden mit hegemonietheoretischen Überlegungen zu deren politischer Bearbeitung von »oben« und von rechts verbunden. Es wird zudem gefragt, warum rechte Angebote derzeit einen Zugewinn kollektiver wie individueller Handlungsfähigkeit zu bieten scheinen. Nicht zuletzt geht es darum, wie progressive Eingriffe möglich werden. Der erste Forschungsbericht ist unter dem Titel »Reaktionär, rassistisch, rechts« soeben in der Reihe Studien der Stiftung erschienen. Autoren sind Sebastian Friedrich und Bernd Linke.

Mehr unter: www.rosalux.de/publikationen



Zum 200. Geburtstag von Karl Marx veranstaltete die Stiftung vom 2. bis 6. Mai den internationalen Kongress »Marx 200«: eine kurze Woche mit Theorie, Politik und Kunst. Mehr als 1 000 kamen zum Franz-Mehring-Platz in Berlin. Foto: rls ⓒⓢⓘ

Dokumentation und weitere Veranstaltungen: www.rosalux.de/marx200

WIE WEITER MIT ARD, ZDF & CO.?
PODIUMSDISKUSSION
9. MÄRZ 2018 IN BERLIN

Gerade haben sich die Schweizer in einer Volksabstimmung für den Erhalt ihres öffentlich-rechtlichen Rundfunksystems ausgesprochen. Die sogenannte No-Billag-Initiative scheiterte deutlich. Dennoch ist das System der Rundfunkfinanzierung auch hierzulande in der Kritik. Um die Zukunft des öffentlichen Rundfunks im Zeitalter des digitalen Wandels ging es im März bei einer Abendveranstaltung der Linksfraktion im Bundestag und der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Zu den Referent*innen zählten unter anderem Karola Wille, Intendantin des Mitteldeutschen Rundfunks, und Thüringens Staatssekretär für Medien, Malte Krückels (DIE LINKE). Laut Einschätzung des Publizisten Volker Grassmuck hat das Vertrauen der Bevölkerung in die traditionellen Medien in der Bundesrepublik wieder zugenommen, die Aufklärungsbemühungen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten hätten zu mehr Transparenz bei Produktionskosten und Gehältern geführt. Nächste Reformschritte seien im Digitalsektor nötig, etwa bei der Vernetzung mit Angeboten aus Wissenschaft und Kultur. Wie die medienpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Doris Achelwilm, kritisierte auch er die zu kurze Verweildauer öffentlicher Beiträge im Web. Neben mehr Kultur und frauenpolitischen Themen im Programm mahnte Achelwilm eine bessere Qualität der politischen Talkshows an.

Henning Heine

Dokumentation: www.linksfraktion.de/themen/nachrichten und https://mmm.verdi.de/medienpolitik
Zum Weiterlesen: Elliesen-Kliefoth, Imke/Hilker, Heiko, 2018: »Qualität statt Quote«, Online-Publikation, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, www.rosalux.de/publikation/id/38498



WAS WAR?

GLOBALE KONFLIKTE IM TRUMP-ZEITALTER
KONFERENZ
26.–27. JANUAR 2018 IN BERLIN

Noch im Wahlkampf 2016 hatte Trump die Freihandels- und imperiale Kriegspolitik der USA aus einer ökonomisch-nationalistischen Perspektive scharf kritisiert. Gut ein Jahr später vollzog er unter dem Einfluss der Lobby von Finanz-, Öl- und Erdgaskonzernen eine kriegspolitische 180-Grad-Wende. Die Außen- und Sicherheitspolitik der USA wird auch weiterhin von den Verantwortlichen des »Kriegs gegen den Terror« bestimmt. Zugleich zeigt die Politik gegenüber Iran oder Kuba: Die Kriegsgefahr hat seit Trumps Amtsantritt eher zugenommen. Dennoch ist die US-Dominanz nicht mehr uneingeschränkt. Die EU-Staaten, Saudi-Arabien, Iran, Russland, China oder Brasilien betreiben subimperiale Politik in einem komplexen Verhältnis von Konfrontation und Kooperation mit den USA. Diese Mächte ringen weltweit um geopolitischen Einfluss und verstärken damit Konflikte, was die wachsende Zahl der Geflüchteten zeigt. Mit den veränderten außenpolitischen Konstellationen befasste sich Ende Januar die Friedenskonferenz 2018 der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin. Ziel der Tagung war es, die Praxen und Interessen imperialer Staatsakteure in latent oder offen gewaltförmigen Konflikten zu beleuchten und existierende friedenspolitische Alternativen zur herrschenden Politik auszuloten.

Eva Wuchold

Dokumentation: www.rosalux.de/en/event/es_detail/K9HQS/die-neuen-weltumordnungskonflikte-im-trump-zeitalters

---

KEINE NEUE EISZEIT
PODIUMSGESPRÄCH ZUM DEUTSCH-RUSSISCHEN VERHÄLTNIS
26. MÄRZ 2018 IN BERLIN

Dialog mit Russland statt Konfrontation – so lässt sich die Hauptforderung des Podiumsgesprächs der Rosa-Luxemburg-Stiftung zusammenfassen. Wenige Tage nach der Wiederwahl Wladimir Putins zum Staatspräsidenten und mitten in der eskalierenden Skripal-Affäre diskutierten die Publizistin Daniela Dahn, die Leiterin des Moskauer Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Kerstin Kaiser, und der Vorsitzende des Deutsch-Russischen Forums, Matthias Platzeck, vor rund 200 Zuhörer*innen über die sich rapide verschlechternden Beziehungen Westeuropas zu Russland. Eine erneute »Eiszeit« müsse im Interesse des Friedenserhalts und der Stabilität verhindert werden, so der Tenor der Podiumsteilnehmer*innen.

Dokumentation: www.rosalux.de/dokumentation/id/38723

NACHRICHTEN AUS DER ZUKUNFT
DIE WASSERKRISE IN KAPSTADT

Frühjahr in Kapstadt: »Day Zero« scheint abgewendet. Der 28. März wäre der Tag gewesen, an dem der südafrikanischen Millionenmetropole das Trinkwasser auszugehen drohte. Mit einem auf der Website des Magazins *National Geographic* veröffentlichten Videos hatte die Rosa-Luxemburg-Stiftung bereits zu Jahresbeginn auf das soziale Desaster aufgrund der Wasserkrise und die damit verbundenen Veränderungen im Alltag hingewiesen. Wie alle »Umweltkrisen« geht auch diese vor allem zulasten von armen Menschen, also denjenigen, die am wenigsten dazu beigetragen haben. Interessant ist, dass in diesem Fall aber auch die wohlhabende Mittelschicht und selbst Reiche die Folgen zu spüren bekommen. Die Wasserkrise gibt eine Ahnung von den Umweltkrisen der Zukunft und zeigt ein neues Krisenbewusstsein in breiten Teilen der südafrikanischen Gesellschaft.

https://video.nationalgeographic.com/video/news/how-cape-towns-residents-are-surviving-the-water-crisisfor-now

ROSA LUXEMBURG STIFTUNG
AKTUELLE PUBLIKATIONEN UND VERANSTALTUNGEN

Veranstaltung | 15. Juni
AUFSTAND AM TELLERRAND
Zweites politisches Sommerpicknick



11:00–22:00 Uhr
TAK Theater im Aufbauhaus
und Prinzessinnengarten
Prinzenstraße 85 F, 10969 Berlin

Weitere Infos und das komplette Programm veröffentlichen wir in Kürze unter www.rosalux.de/sommerpicknick

Antje Blöcker
AUTO, UMWELT UND VERKEHR – REVISITED!
Neun Thesen des Initiativkreises «Zukunft Auto»

Online-Publikation 5/2018
13 Seiten, ISSN 2567-1235, März 2018
Download unter:
www.rosalux.de/publikation/id/38648







Timo Daum
DAS AUTO IM DIGITALEN KAPITALISMUS
Dieselskandal, Elektroantrieb, autonomes Fahren und die Zukunft der Mobilität

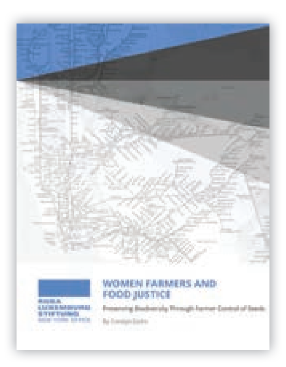
100 Seiten, Broschur
ISBN 978-3-9818987-3-6, März 2018
Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/38652



Rosa-Luxemburg-Stiftung, BUND, Heinrich-Böll-Stiftung, Oxfam, Germanwatch, Le Monde Diplomatique
KONZERNATLAS
Daten und Fakten über die Agrar- und Lebensmittelindustrie 2017

52 Seiten, Broschur, Januar 2017

Download und Bestellung unter:
www.rosalux.de/publikation/id/14555



Carolyn Sachs
FRAUEN IN DER LANDWIRTSCHAFT
Eine Studie zu Nahrungsgerechtigkeit und Saatgutsouveränität

20 Seiten, englisch
Broschur, Februar 2018
Download unter: www.rosalux-nyc.org/wp-content/files_mf/sachs_womerfarmersandfoodjustice_en_lore44.pdf



DAS ARGUMENT 325

AKTUALISIERUNG BLOCHS

Ruth Rehmann: Blickkontakt
Silke Wittich-Neven: Weißwäschereien
Jan Rehmann: Ernst Bloch als Philosoph der Praxis
Beat Dietschy: Im Mischdunkel nationaler Berauschung. Ernst Blochs Erbschaft dieser Zeit, in Zeiten des Rechtspopulismus gelesen
Matthias Mayer: Heimat in der multikulturellen Gesellschaft. Überlegungen im Anschluss an Ernst Bloch
Roland Boer: Blochs »Ungleichzeitigkeit« und die Widersprüche des chinesischen Sozialismus
Wolfgang Fritz Haug: Karl Marx' Metakritik der Religion und Ernst Blochs Transzendieren ins Diesseits
Daniel Queiser: Vorwärts zu Aristoteles? Ernst Blochs Komposition einer links-aristotelischen Linie

***

Jennifer Cotter: Feminismus, »Neuer Materialismus« und Verabschiedung der Dialektik
Tilman Reitz: Kulturkampf im Wettbewerbsstaat. Zerreißproben der deutschen Linken
Thomas Wagner: Wer die Rechte bekämpfen will, muss ihr Denken kennen
Nachruf Hannelore May 1947–2017 (Halina Bendkowski)

Rezensionen

Das Argument 325, März 2018,
13,00 Euro,
ISSN 0004-1157
www.inkrit.org/argument



iz3w – ZEITSCHRIFT ZWISCHEN NORD UND SÜD 366

ARBEITSRECHTE

Helmut Weiss und Mag Wompel: Haben oder nicht haben
Daniel Kulla: Der Staat gibt, der Staat nimmt?
Kathrin Zeiske: »Hier gibt es absolute Gewinngarantie«
Susana Prieto: »…keinerlei Probleme mit Gewerkschaften…«
Bernard Schmid: Erstickende Einheit
Ute Weinmann: Unterm Existenzminimum
Christa Wichterich: Feudal und neoliberal
Hanns Wienold: Streiks und Polizeigewalt

POLITIK UND ÖKONOMIE

Christian Stock: Türkei: Kein Tourismus in die Türkei!
Markus Bickel: Außenpolitik: Krieg mit deutschen Waffen
Nikolas Grimm: Costa Rica: Politischer Evangelikalismus
Albert Scherr: China: Alles nur Propaganda?
Theresa Weck: Entwicklungspolitik: Fehler im System
Oliver Schulten: Sklaverei: Gewandelt und nicht abgeschafft
Benjamin Horvath: Ungarn: Wir und die Anderen

KULTUR UND DEBATTE

1968 I: »Täter beim Namen nennen« Interview mit Jorge Gálve
1968 II: »Zu kämpfen ist es immer wert« Interview mit Edith Gonzalez
Film: Beharrliche Träume
Isabel Rodde: Die Berlinale zeigte »Heldinnen«-Filme aus Kenia und Palästina
Joachim Zeller: Postkolonialismus: Eine koloniale Schatzkammer

iz3w 366, Mai/Juni 2018
5,30 Euro,
ISSN 1614-0095
www.iz3w.org



PERIPHERIE 149

BUEN VIVIR – GUT LEBEN, ABER WIE

Ana Patricia Cubillo-Guevara, Julien Vanhulst, Antonio Luis Hidalgo-Capitán, Adrián Beling: Die lateinamerikanischen Diskurse zu buen vivir. Entstehung, Institutionalisierung und Veränderung
Timmo Krüger: Politische Strategien des buen vivir. Sozialistische Regierungspolitik, indigene Selbstbestimmung und Überwindung des wachstumsbasierten Entwicklungsmodells
Pedro Alarcón, Katherine Rocha, Simone Di Pietro: Die Yasuní-ITT-Initiative zehn Jahre später. Entwicklung und Natur in Ecuador heute

DISKUSSION

Reinhart Kößler: Buen vivir – die leere Alternative?
Anna-Lena Dießelmann, Andreas Hetzer: Die Inferiorität des Anderen. Lateinamerika in der Auslandsberichterstattung deutscher Leitmedien

PERIPHERIE-STICHWORT

Ana E. Carballo, Adrián Beling, Julien Vanhulst: Buen vivir
Charlotte Schumann: Indigenität

Rezensionen

Peripherie 149, April 2018
36,00 Euro,
ISSN: 0173-184X
www.zeitschrift-peripherie.de



IMPRESSUM

LuXemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis 1/2018
ISSN 1869-0424

Herausgeber: Vorstand der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V.i.S.d.P.: Hannah Schurian, hannah.schurian@rosalux.org, Tel: +49 (0)30 44310-404
Redaktion: Harry Adler, Michael Brie, Hanno Bruchmann, Mario Candeias, Alex Demirović, Barbara Fried, Julia Garscha, Corinna Genschel, Susanne Hentschel, Steffen Kühne, Benjamin Luig, Christiane Markard, Ferdinand Muggenthaler, Tadzio Müller, Miriam Pieschke, Katharina Pühl, Rainer Rilling, Thomas Sablowski, Hannah Schurian, Ingar Solty, Moritz Warnke und Florian Wilde
RosaLux-Seiten: Andreas Bohne, Lutz Brangsch, Henning Heine

Kontakt zur Redaktion: luxemburg@rosalux.org
Redaktionsbüro: Harry Adler, harry.adler@rosalux.org
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Telefon: +49 (0)30 44310-157
Fax: +49 (0)30 44310-184
www.zeitschrift-luxemburg.de
Join us on Facebook: http://www.facebook.com/zeitschriftluxemburg
Twitter: http://twitter.com/luxemburg_mag

Abonnement: Seit 2014 erscheint die *LuXemburg* kostenfrei.
Bestellen unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/abonnement
Förderabonnement: Jede Spende ist willkommen.

Lektorat: TEXT-ARBEIT. Lektorats- und Textbüro für Politik, Wissenschaft und Kultur; www.text-arbeit.net

Titelbild: René de Paula ⓘ⊜⊜

Grafik und Satz: Matthies & Schnegg – Ausstellungs- und Kommunikationsdesign, www.matthies-schnegg.com

Druck: DRUCKZONE GmbH & Co. KG, Cottbus,
Druck auf PEFC-zertifiziertem und säurefreiem Papier



2–3/2017 MARXTE NOCH MAL?!
Am 5. Mai 2018 wäre Karl Marx 200 geworden. Wie lässt sich heute an sein Werk anschließen? Und zwar so, dass die Theorie zum Maßstab für verändernde Theorie und Praxis werden kann? Als Politiker wird Marx in der Linken wenig diskutiert, dabei lässt sich für aktuelle Strategiefragen vieles lernen. Wie könnte »Marx-Consulting« die heutige Gewerkschaftspolitik befruchten? Wie kann ein von Marx inspiriertes Denken einen klassenpolitischen Feminismus bereichern? Warum eigentlich heute Marxist*in werden, und noch wichtiger: bleiben? Und wie steht es mit dem Subjekt der Revolution, der Transformation, der revolutionären Realpolitik?

BEITRÄGE VON Bini Adamczak | Elmar Altvater | Alain Badiou | Michael Brie | Tithi Bhattacharya | Alex Demirović | Michael Hardt & Antonio Negri | Frigga & Wolfgang F. Haug | Michael Heinrich | Stefanie Hürtgen | Katja Kipping | Marcello Musto | Karl Heinz Roth | Klaus Weber u.a.

Januar 2018, 196 Seiten



1/2017 EINWANDERUNGSSCHLAND
Die Rechte stellt die soziale Frage rassistisch. Daran polarisiert sich auch die linke Debatte: Anti-Rassismus in den Vordergrund oder endlich wieder diejenigen ins Zentrum stellen, die linke Politik nicht mehr erreicht? Für globale Gerechtigkeit streiten oder erst hier soziale Schieflagen ins Lot bringen? Das Heft sucht nach Ansätzen einer antirassistischen Klassenpolitik jenseits sozialer und politischer Spaltung. Wie lassen sich die Kämpfe der Migration mit sozialen Garantien in einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft verbinden? Und wen können wir für ein solches Projekt gewinnen?

BEITRÄGE VON Keeanga-Yamahtta Taylor | Trésor | Elke Breitenbach | Lena Kreck & Jörg Schindler | Stefanie Kron | Katja Kipping | Juliane Karakayalı | Stephan Lessenich | Leoluca Orlando | Helene Heuser | Kirsten Schubert | Christoph Spehr | Birgit zur Nieden u.a.

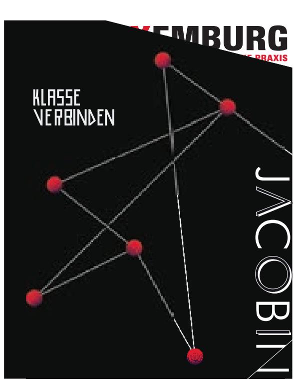
April 2017, 148 Seiten



3/2016 EINSTÜRZENDE ÜBERBAUTEN
Brexit, Trump und Erfolge der AfD markieren die Krise der Demokratie. Rechte Forderungen nach »Souveränität« und Kritiken an »Politiker-Filz« verfangen massenhaft, weil sie ›Wahres‹ treffen: Der autoritäre Neoliberalismus hat die politischen Formen ausgehöhlt. Sozialdemokratische Parteien zerfallen, die europäischen Institutionen sind reformunfähig, vielfach bildet sich gar kein ›Block an der Macht‹, halten sich konkurrierende Eliten lediglich in Schach. Wir erleben eine Zeit EINSTÜRZENDER ÜBERBAUTEN. In dieses Vakuum stoßen rechte Bewegungen und Parteien. Solange die Linke keine mitreißende Alternative präsentiert, bleibt die Identifikation mit ›Anpackern‹ von Trump bis Renzi, bleibt der ›Populismus von oben‹ das beste Spiel.

BEITRÄGE VON Arlie Russel Hochschild | Marco Revelli | Jodi Dean | Christine Buchholz | Volker Hinck | Hilary Wainwright | Katalin Gennburg | Moritz Warnke | Henrik Lebuhn | u.a.

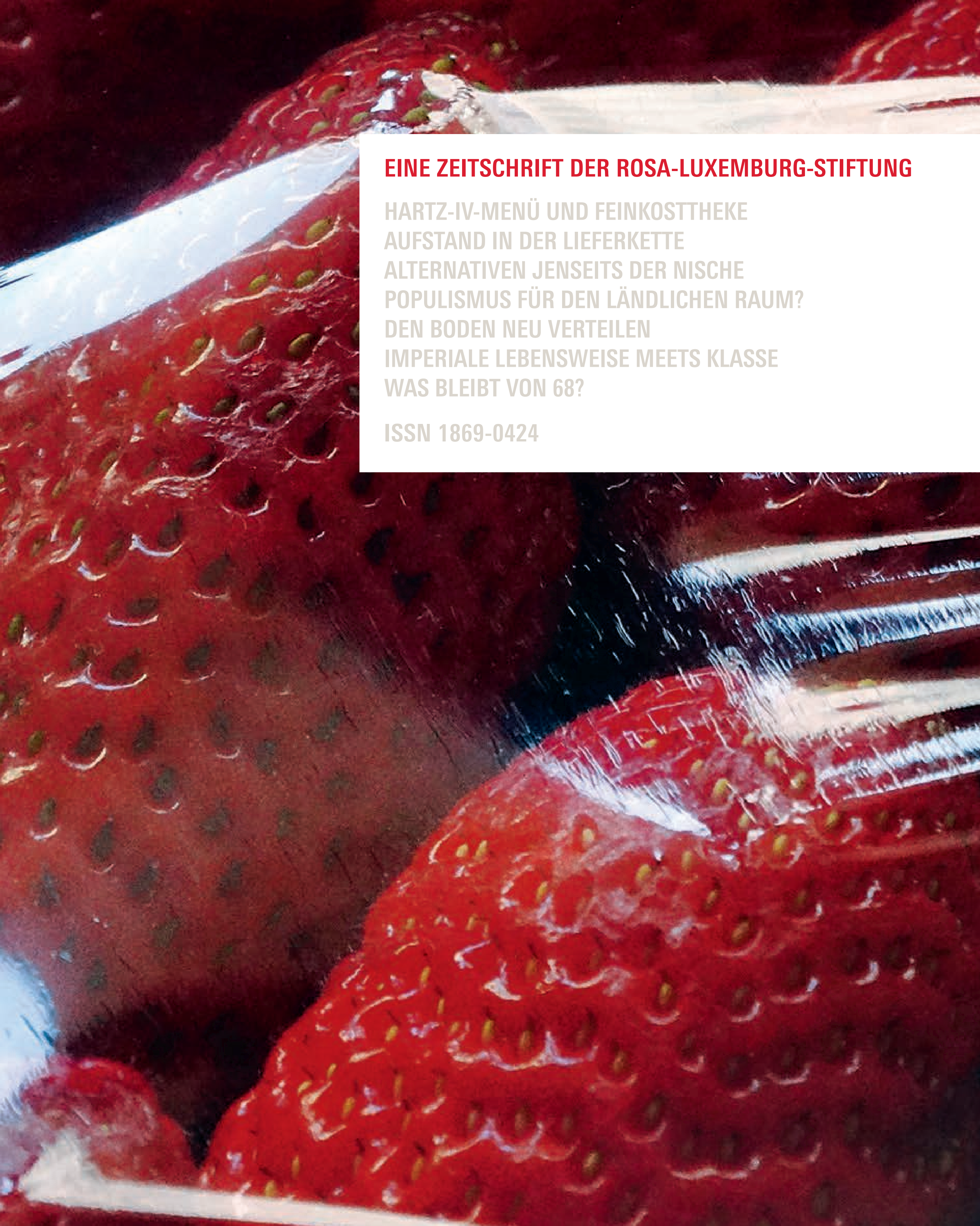
Dezember 2016, 124 Seiten



2/2016 KLASSE VERBINDEN – IN KOOPERATION MIT DER ZEITSCHRIFT JACOBIN
Antworten auf die Krise des autoritären Neoliberalismus kommen derzeit von rechts. Politik ist das Geschäft wortgewandter Expert*innen und Demokratie oft ein den Interessen der vielen entzogenes Management des Status quo. Wo liegen hier linke Handlungsmöglichkeiten? Soziale Kämpfe haben sich auf die kommunale Ebene verlagert, ringen um eine Basis der Organisierung im Alltag der Einzelnen, eine Verankerung in Nachbarschaften. Sie stellen korrupten Eliten veränderte Praxen entgegen – ein ›Regieren von unten‹. Die Kommune soll als Ort der Politik zurückgewonnen werden. Es gilt populare Praxen zu verbreitern und in unterschiedlichen Milieus der Subalternen zu verankern. Wie lassen sich die disparaten Teile der KLASSE VERBINDEN?

BEITRÄGE VON Mimmo Porcaro | Hilary Wainwright | Bernd Riexinger | Catarina Principe | Felix Wiegand | Hannah Schurian | Christos Giovanopoulos | Miriam Pieschke | Veronika Duma | Raul Zelik | u.a.

August 2016, 144 Seiten


EINE ZEITSCHRIFT DER ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG
HARTZ-IV-MENÜ UND FEINKOSTTHEKE
AUFSTAND IN DER LIEFERKETTE
ALTERNATIVEN JENSEITS DER NISCHE
POPULISMUS FÜR DEN LÄNDLICHEN RAUM?
DEN BODEN NEU VERTEILEN
IMPERIALE LEBENSWEISE MEETS KLASSE
WAS BLEIBT VON 68?
ISSN 1869-0424